



Geschäfte zu Bundesratszielen sowie Projekte und Vorhaben 2027

Auszug aus den Zielen des Bundesrates 2027
und
aus dem Voranschlag 2027 mit IAFP 2028–2030

Übersicht pro Departement

Dieser Auszug ergänzt die [Ziele des Bundesrates 2027](#). Im Gegensatz zu den Zielen ist er nach Departementen und Verwaltungseinheiten strukturiert. Das Dokument umfasst die Geschäfte mit Bezug zu einem der Bundesratsziele und die Projekte und Vorhaben der Verwaltungseinheiten (exkl. der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der unabhängigen Behörden und Gerichte), veröffentlicht im [Voranschlag 2027 mit IAFP 2028–2030](#). Es hat keinen offiziellen Charakter, sondern gibt den Leserinnen und Lesern lediglich einen Überblick über alle Planobjekte für das Jahr 2027.

Inhaltsverzeichnis

B+G	4
Bundeskanzlei (BK)	4
EDA	7
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	7
EDI	10
Generalsekretariat EDI (GS-EDI)	10
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)	11
Schweizerisches Bundesarchiv (BAR)	12
Bundesamt für Kultur (BAK)	13
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)	15
Bundesamt für Gesundheit (BAG)	18
Bundesamt für Statistik (BFS)	22
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	23
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)	26
Institut für Virologie und Immunologie (IVI)	27
EJPD	28
Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD)	28
Bundesamt für Justiz (BJ)	29
Bundesamt für Polizei (fedpol)	32
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)	34
Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)	35
Staatssekretariat für Migration (SEM)	36
Informatik Service Center ISC-EJPD (ISC-EJPD)	37
VBS	38
Generalsekretariat VBS (GS-VBS)	38
Nachrichtendienst des Bundes (NDB)	39
Bundesamt für Sport (BASPO)	40
Bundesamt für Cybersicherheit (BACS)	41
Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)	43
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS)	46
Verteidigung (V)	48
Bundesamt für Rüstung armasuisse (armasuisse)	50
Bundesamt für Landestopografie swisstopo (swisstopo)	51

EFD.....	52
Generalsekretariat EFD (GS-EFD).....	52
Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV).....	53
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS).....	55
Eidgenössische Münzstätte Swissmint (Swissmint)	57
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)	58
Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV).....	62
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)	66
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT).....	67
Eidgenössisches Personalamt (EPA).....	68
Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)	69
 WBF.....	 70
Generalsekretariat WBF (GS-WBF).....	70
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).....	71
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW).....	76
Agroscope (Agroscope)	77
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)	79
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO).....	81
Bundesamt für Zivildienst (ZIVI).....	83
Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS).....	84
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)	85
Information Service Center WBF (ISCeco).....	88
 UVEK.....	 90
Generalsekretariat UVEK (GS-UVEK)	90
Bundesamt für Verkehr (BAV).....	91
Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)	94
Bundesamt für Energie (BFE).....	97
Bundesamt für Strassen (ASTRA)	101
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).....	104
Bundesamt für Umwelt (BAFU).....	106
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).....	109
Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST)	111
Regulierungsbehörden Infrastruktur (ReglInfra).....	112

BUNDESKANZLEI (BK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) im Rahmen des Programms E-Collecting (in Umsetzung der Mo. Mühlemann 24.3851 und Michel Matthias 24.3905): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 in Umsetzung der Motionen Mühlemann 24.3851 und Michel Matthias 24.3905 die Vernehmlassung zu einer Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) eröffnen. Damit sollen in enger Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden beschränkte, praktische Versuche mit E-Collecting ermöglicht werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen, Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes für die Amtsperiode 2028-2031: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen, Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes für die Amtsperiode 2028-2031 vornehmen. Damit verbunden ist eine Änderung von Anhang 2 der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) sowie weiterer Verordnungen des EDI, des VBS und des WBF zur Aufhebung einzelner Kommissionen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Stärkung der Krisenfrüherkennung und Eskalationsmechanismen in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung der Po. PUK-V 24.4540 und PUK-V 24.4534): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Postulate PUK-V 24.4540 und PUK-V 24.4534 zur Überprüfung und Stärkung der Krisenfrüherkennung durch die Bundeskanzlei gutheissen. Der Bericht soll darlegen, wie die bestehende Krisenfrüherkennung organisatorisch, prozessual und konzeptionell weiterentwickelt werden kann, um Risiken und sich abzeichnende Krisenlagen frühzeitig zu identifizieren und wirksam zu adressieren. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie eine formalisierte Eskalationsmöglichkeit für hierarchisch untergeordnete Verwaltungseinheiten gegenüber der Bundeskanzlei ausgestaltet werden kann. Der Bericht wird hierzu ein konkretes Konzept vorlegen, das Zuständigkeiten, Abläufe, Informationsflüsse sowie die Einbettung in die bestehenden Führungs- und Koordinationsstrukturen des Bundes regelt. Ziel ist es, die Rolle der Bundeskanzlei in der Krisenfrüherkennung zu stärken und die Handlungsfähigkeit des Bundesrates in ausserordentlichen Lagen weiter zu verbessern.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht über die Umsetzung des Einbezugs der Wissenschaft ins Krisenmanagement (Aufbau thematischer Cluster und weiteres Vorgehen): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht über die Umsetzung des Einbezugs der Wissenschaft ins Krisenmanagement zur Kenntnis nehmen. Der Bericht wird die Erfahrungen im Aufbau und in der Bewirtschaftung der thematischen Cluster darlegen und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Die Bildung der thematischen Cluster in besonders krisenrelevanten Themengebieten soll eine schnellere Identifikation der Expertinnen und Experten im Krisenfall ermöglichen und bereits in normalen Zeiten den Austausch zwischen Bundesverwaltung und Wissenschaft fördern.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Digitale Souveränität. Wo steht die Schweiz?»

(in Erfüllung des Po. Häberli-Koller 25.3659): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Häberli-Koller 25.3659 betreffend die digitale Souveränität der Schweiz gutheissen. Der Bericht wird den Fokus gemäss dem Einflussbereich und den Kompetenzen des Bundesrats auf die Bundesverwaltung legen. Aspekte der digitalen Souveränität, die darüber hinausgehen (beispielsweise kritische Infrastrukturen, Beziehungen zum Ausland, allfällige Fragen der Standortförderung usw.), werden im Bericht skizziert oder als relevante Fragestellungen benannt. Die departementalen Verantwortlichkeiten bleiben dabei gewahrt.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Vote Electronique: Begleitung erstmaliger Einsatz im Kanton GE und Erteilung Grundbewilligungen für die Nationalratswahlen

Mit dem Projekt Vote électronique soll die Ausübung politischer Rechte auch über elektronische Verfahren ermöglicht werden. Seit Juni 2023 werden in den Kantonen BS (setzt die Versuche bis voraussichtlich Ende 2026 aus), SG, GR und TG wieder Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe durchgeführt. Nach Erteilung der Grundbewilligung und Zulassung begleitet und unterstützt die BK den Kanton GE bei der Wiederaufnahme von E-Voting und insbesondere anlässlich des Urnengangs vom 06.06.27. Die Grundbewilligungen für den Einsatz von E-Voting an den Nationalratswahlen sind den aktiven E-Voting-Kantonen.

Soll-Termin: 06.06.2027

Umsetzung Massnahmen für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung, insbes. Stärkung der

Koordination: Aufbau und Operationalisierung der Kompetenzstellen im KI-Netzwerk sind abgeschlossen

Der Umsetzungsplan zur Teilstrategie für den Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung beinhaltet als erste Massnahme die Stärkung der Koordination. Mit dem dazu erstellten Konzept und der Verankerung des Kompetenznetzwerkes KI in der Digitalisierungsverordnung sind die Grundlagen geschaffen und die Verpflichtung der betroffenen Verwaltungsstellen zur Mitwirkung für Koordinations- und Strategieumsetzungsarbeit strukturell verankert (Art. 32a DigiV). Die Kompetenzstellen werden mit Ressourcen für diese Arbeiten ausgestattet. Die Arbeiten der anderen Umsetzungsmassnahmen werden gemäss Priorisierung verfolgt.

Jede Kompetenzstelle im KI-Netzwerk verfügt über eine Ansprechperson, welche die Rolle zur Koordination und Absprache im Netzwerk übernimmt und die Arbeiten zu den Umsetzungsmassnahmen im jeweiligen Themenfeld verantwortet.

Soll-Termin: 31.12.2027

Büroautomation mit Open Source Software (BOSS): Aufbau Open Source Plattform

Die zunehmende Abhängigkeit von proprietären Softwarelösungen stellt Organisationen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, vor strategische Herausforderungen. Mit dem Projekt BOSS wird eine Open Source Lösung für die Arbeitsplätze der Bundesverwaltung aufgebaut um die digitale Souveränität zu stärken.

Bis Ende 2027 ist eine Open Source Plattform für ca. 1000 Mitarbeitende produktiv nutzbar und kann im Notfallszenario für die gesamte Bundesverwaltung erweitert werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Weiterentwicklung Governance digitale Transformation: Start des Pilotbetriebs mit den Departementen und Bereitstellung der nötigen Umsetzungshilfsmittel

Die BK (DTI) wurde beauftragt, die erforderlichen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Anpassungen der Governance der digitalen Transformation gemäss Bundesratsbeschluss vom 6. März 2026 umzusetzen.

Der Pilotbetrieb mit den Departementen zu den Synergieprüfungen wurde aufgenommen. Der Fokus liegt dabei auf bestehenden, formalisierten Lösungen wie Standarddiensten und Gemeinsamen Fachdiensten. Eine erste Fassung eines Servicekatalogs sowie Hilfsmittel zur Durchführung von Synergieprüfungen und für das Monitoring von Vorgaben liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2027

Stärkung partizipativer Ansätze in der Digitalisierung (in Umsetzung der Mo. Michel Matthias 25.3259): Umsetzung

Der Bundesrat wird beauftragt, in Gesetzgebungs- und weiteren Projekten im digitalen Bereich, die sich dafür eignen, schnellstmöglich partizipative, transparente und über die verschiedenen involvierten Bundesämter koordinierte Prozesse zu etablieren. Ziel dieses Ansatzes des «Community Building» ist der verstärkte Einbezug des Wissens und der Ideen breiter interessierter Kreise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um der Dynamik in digital geprägten Dossiers, insbesondere im Bereich der KI, angemessen Rechnung zu tragen und die etablierten Prozesse im Sinne eines transparenten und offenen Ansatzes zu erweitern. Zu diesem Zweck sorgt der Bundesrat für die nötigen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen.

Der Bundesrat wird bis im zweiten Halbjahr 2027 die Motion Michel 25.3259 «Mehr Beteiligung, bessere Digitalisierung» umsetzen und deren Abschreibung über den Bericht Motionen und Postulate beantragen. Um partizipative Ansätze gezielt zu stärken, wird die Bundeskanzlei geeignete Hilfsmittel entwickeln. Der Einbezug externer Akteure soll dabei kontextabhängig erfolgen. Zur Sicherstellung, dass Gesetzgebungs- und weitere Projekte im digitalen Bereich systematisch auf ihre Eignung für den Einsatz partizipativer Methoden geprüft werden, kann diese Prüfung in eine Checkliste der Projektabwicklungs-Methodik HERMES aufgenommen, und gegebenenfalls der Gesetzgebungsleitfaden angepasst werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN (EDA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzierung der Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung 2030 in Riyadh (Saudi-Arabien): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft verabschieden und die für die Teilnahme nötigen finanziellen Mittel beantragen. Vom 1. Oktober 2030 bis 31. März 2031 findet in Riyadh (Saudi-Arabien) die nächste Weltausstellung der Kategorie A statt. Das Oberthema lautet «Foresight for Tomorrow». Die Schweiz soll als leistungsstarkes, innovatives, vertrauenswürdige Land positioniert werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Beitrag an das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) 2027–2028: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028 den zweijährigen Beitrag an das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) 2027–2028 beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Soll-Termin: 30.06.2027

Beitrag an das Komitee des internationalen Roten Kreuzes (IKRK) 2027–2028: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028 den zweijährigen Beitrag an das Komitee des internationalen Roten Kreuzes (IKRK) 2027–2028 beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Soll-Termin: 30.06.2027

Beitrag an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) 2028–2030: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028 den mehrjährigen Beitrag an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung 2028–2030 beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Soll-Termin: 31.12.2027

Fünfter Staatenbericht der Schweiz zur allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) im UNO-Menschenrechtsrat: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den fünften Staatenbericht der Schweiz zur allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) im UNO-Menschenrechtsrat genehmigen. Die allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus der UNO zum Monitoring der Menschenrechtslage. Jeder UNO-Mitgliedstaat wird im Fünfjahresrhythmus in einem Peer-Review-Verfahren von den anderen Staaten überprüft.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft IDB Invest:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft IDB Invest verabschieden. Mit dem Beitrag fördert die Schweiz die Entwicklung des Privatsektors in Lateinamerika, fördert den Handel im Rahmen des Mercosur-Abkommens und erleichtert den Marktzugang für den Schweizer Privatsektor. Die Beteiligung steht im Einklang mit der Priorisierung der multilateralen Entwicklungsbanken. Die Interamerikanische Entwicklungsbank, zu der auch IDB Invest gehört, ist eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) 2027–2028: Beschluss

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2027 den zweijährigen Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) 2027-2028 beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Soll-Termin: 30.06.2027

Green Climate Fund (GCF) (Dritte Wiederauffüllung): Beschluss

Im zweiten Halbjahr 2027 wird der Bundesrat über den Beitrag zur dritten Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds (GCF-3) entscheiden. Der GCF ist Teil des Finanzierungsmechanismus des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und ist somit für die multilaterale Finanzierung der Bekämpfung des Klimawandels von grosser Bedeutung.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (Programmperiode 2025-2029):
Laufende Umsetzungsphase

Die 49 Programme sind 2027 in Umsetzung

Soll-Termin: 31.12.2027

Beschleunigung der Digitalisierung und Automatisierung von konsularischen Dienstleistungen:
Inbetriebnahme des «digitalen Hubs konsularische Dienstleistungen»

Im Rahmen der «Digitalisierungsinitiative der Konsularischen Direktion des EDA zugunsten der Auslandschweizergemeinschaft» wird ein sog. «digitaler Hub konsularische Dienstleistungen» umgesetzt. Dieser soll konsularische Dienstleistungen konsequent im Sinne der Digitalisierungsbestrebungen des Bundes miteinbeziehen sowie bestehende Geschäftsprozesse möglichst überdepartemental digitalisieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Auftritt der Schweiz an der Expo 2027 in Belgrad: Eröffnung Schweizer Pavillon an der Expo Belgrad

Vom 15. Mai – 15. August 2027 findet in Belgrad die nächste Expo statt. Das Thema der Expo lautet «Play for Humanity: Sport and Music for All». Die Schweiz nutzt den Schweizer Pavillon als Plattform zur Interessenvertretung, Beziehungspflege und Imageförderung in Serbien und dem Westbalkan.

Soll-Termin: 30.06.2027

Entwicklung einer neuen IT-Software für das Vertragsmanagement (ESPRIT): Einführung des Projekts zur Integration der Vertragsverwaltungsprozesse gemäss den gesetzlichen Bestimmungen

2027 – 2031 Aktualisierung des Vertragsmanagementsystems für die Zentrale und die Auslandsvertretungen im Zuge der Einführung einer neuen Software auf Bundesebene.

Soll-Termin: 30.06.2027

Globales Flüchtlingsforum: Austragung in Genf und Eröffnung durch einen Bundesrat

Als Gaststaat des UNHCR wird die Schweiz das 3. Globale Flüchtlingsforum als Mit-Gastgeber durchführen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat (letztes Jahr): Drei Sessionen (Frühling, Sommer, Herbst)

Im letzten Jahr ihrer Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat setzt die Schweiz gezielt Akzente in ihren Prioritäten, stärkt strategische Partnerschaften und trägt dazu bei, wirkungsorientierte Initiativen mit langfristiger Strahlkraft zu konsolidieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Aktualisierung bestehender bilateraler Abkommen mit der EU: Verabschiedung entsprechender Beschlüsse durch die gemischten Ausschüsse

Bestehende bilaterale Abkommen mit der EU sollen 2027 aktualisiert werden. Die entsprechenden Beschlüsse müssen von den zuständigen Gemischten Ausschüssen gefasst werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft in der Schweiz: Ausrichtung des Gipfels

Ausrichtung des Gipfels der Europäischen Politischen Gemeinschaft in der Schweiz

Soll-Termin: 30.06.2027

Länderprogramm Ukraine 2025–2028: Umsetzung

Nach der Verabschiedung des Länderprogramms Ukraine 2025–2028 durch den Bundesrat im Februar 2025, trägt die DEZA zu einer kohärenten interdepartementalen Umsetzung des Länderprogramm Ukraine bei

.

Soll-Termin: 31.12.2027

EDI

GENERALSEKRETARIAT EDI (GS-EDI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Evaluationsbericht zur Behindertenpolitik des Bundes 2023–2026: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Evaluationsbericht zur Behindertenpolitik 2023–2026 zur Kenntnis nehmen. Die Behindertenpolitik des Bundes dient als Orientierungsrahmen für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in der Schweiz und fasst die zentralen Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung und der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zusammen. Die Ergebnisse der Evaluation werden für die letzte Phase der bis 2028 verlängerten Behindertenpolitik und für die Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Inklusions-Initiative ab 2029 (Nationale Strategie, Aktionsplan Bund) von Bedeutung sein.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Aussprachepapier zur Umsetzung der Mo. SGK-N 24.3003 «Das IFEG modernisieren. Gleiche Wahlmöglichkeiten und entsprechende ambulante Unterstützung für Menschen mit Behinderungen im Bereich Wohnen»: Entscheid BR

Aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung verzichtet der Bundesrat auf die ursprünglich vorgesehene Umsetzung der Motion SGK-N 24.3003 im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags zur Inklusions-Initiative. Das EDI führt stattdessen die Gespräche mit den Kantonen und den interessierten Organisationen weiter, um mögliche Umsetzungsoptionen zu eruieren.

Das EDI legt dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 2027 ein Aussprachepapier vor, das die Ergebnisse der getroffenen Diskussionen und Abklärungen präsentiert und Varianten für die weitere Umsetzung der Motion SGK-N 24.3003 aufzeigt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Nationale Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus 2026–2031: Umsetzung Aktionsplan

Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2025 die nationale Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus verabschiedet und die zuständigen Stellen mit der Umsetzung in Form eines Aktionsplans beauftragt. Die Strategie umfasst vier Handlungsfelder und formuliert jeweils Ziele.

Der Aktionsplan mit Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus wird laufend umgesetzt und weiterentwickelt.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDG. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN (EBG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Nationale Strategie gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Nationale Strategie gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt verabschieden. Die zusammen mit den Kantonen und Gemeinden und unter Einbezug der Zivilgesellschaft erarbeitete und unter der Co-Federführung von EDI und EJPD stehende Strategie soll Betroffene effektiv vor Gewalt schützen, die Koordination weiter verstärken und Massnahmen besser aufeinander abstimmen. Ziel dieses verstärkten Engagements des Bundes ist ein umfassender, kohärenter Ansatz, der bestehende strategische Instrumente zusammenführt, den politischen Austausch institutionalisiert und Massnahmen breit abstützt.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Gleichstellungsstrategie 2030: Umsetzung

Der Bundesrat hat am 12. Dezember 2025 von der Zwischenbilanz zur Umsetzung der Gleichstellungsstrategie 2030 Kenntnis genommen und das EBG beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesstellen dem Bundesrat bis Ende 2026 neue prioritäre Massnahmen auf Bundesebene und allfällige weitere Anpassungen der Ziele der Gleichstellungsstrategie 2030 vorzulegen. 2027 wird das EBG die neuen prioritären Massnahmen in seiner Zuständigkeit umsetzen sowie ein halbjährliches Monitoring der Umsetzung aller Massnahmen des Bundes sicherstellen.

Soll-Termin: 31.12.2027

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV (BAR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ablösung des Digitalen Archivs: Einführung neues Digitales Archiv

Das aktuelle Digitale Archiv wird durch eine neue zukunftsfähige Applikation abgelöst.

Im ersten Halbjahr 2027 ist das bisherige digitale Archiv abgelöst und das produktive System (DPS) ist im Einsatz. Alle Daten sind vollständig migriert und stehen im neuen digitalen Archiv zur Verfügung.

Soll-Termin: 30.06.2027

Magazinneubau Zollikofen: Abschluss Erhebung Nutzerbedürfnisse

Die Planung wird in Zusammenarbeit mit dem BBL fortgesetzt.

Die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer sind erhoben und damit die Voraussetzungen geschaffen, damit im Bauprojekt die nächste Phase gestartet werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

Online-Zugang: Abschluss Initialisierungsphase Nachfolgelösung des Online-Zugangs

Der Online-Zugang zu den Unterlagen des Bundesarchivs wird entlang der Kundenbedürfnisse von Öffentlichkeit und Verwaltung verbessert.

Die Initialisierungsphase ist abgeschlossen und der Entscheid für die Nachfolgelösung gefällt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Ablösung Infrastruktur Linked Data Plattform: Abschluss Projekt LINDASnext

Die neue Linked Data Plattform LINDASnext (2. Generation) wird in Betrieb genommen.

Das Projekt LINDASnext ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Digitalisierungsinfrastruktur: Entscheid Beschaffungs-/Nachfolgelösung

Das BAR benötigt eine Nachfolgelösung für die aktuelle Digitalisierungsinfrastruktur.

Der Entscheid für die Nachfolgelösung ist gefällt.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR KULTUR (BAK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung der Nationalbibliotheksverordnung (NBibV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die angepasste Nationalbibliotheksverordnung (NBibV) in Kraft setzen. Die vorliegende Teilrevision enthält die Ausführungsbestimmungen zum Dépôt légal numérique (Digitales Pflichtexemplar). Sie legt die Grundlagen für das Sammeln und Einfordern digitaler Helvetica fest und konkretisiert im Bereich der Vermittlung die erforderlichen Einschränkungen und Massnahmen zum Schutz der kommerziellen Interessen der Urheberrechtsinhaberinnen und Urheberrechtsinhaber.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision der «Liste indicative» der Schweiz für Welterbestätten: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die «Liste indicative» der Schweiz mit den möglichen Kandidaturen für das UNESCO-Welterbe verabschieden. Die Vertragsstaaten der Welterbekonvention müssen dem Welterbekomitee ein Verzeichnis (die sogenannte «Liste indicative») der Objekte vorlegen, die zu einem späteren Zeitpunkt in die Liste des Welterbes aufgenommen werden könnten. Die «Liste indicative» muss rund alle zehn Jahre überarbeitet werden. Da die aktuelle Liste Ende 2016 vom Bundesrat verabschiedet wurde, ist eine Revision notwendig.

Soll-Termin: 31.12.2027

Dritter Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Übereinkommens der UNESCO zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den dritten Bericht zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes verabschieden. Dieser wird in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Organisationen erarbeitet und nach der Verabschiedung durch den Bundesrat Ende Juni 2027 eingereicht.

Soll-Termin: 30.06.2027

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2029–2032 (Kulturbotschaft 2029–2032): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2029–2032 eröffnen. In der Kulturbotschaft zieht der Bundesrat Bilanz über die laufende Förderperiode, formuliert die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes für die Folgeperiode und beantragt dem Parlament die zu ihrer Umsetzung benötigten Finanzmittel.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Prüfung und Weiterentwicklung der Förderung im Bereich des Kulturerbes – insbesondere von Netzwerken: Gutheissung

Der Bund vergibt verschiedene Finanzhilfen (Baukultur, Museen, Netzwerke, immaterielles Kulturerbe usw.) im Bereich des Kulturerbes. Insbesondere die Unterstützung von Netzwerken Dritter ist gemäss Kulturbotschaft 2025–2028 zu evaluieren und allenfalls anzupassen.

Das EDI wird im zweiten Halbjahr 2027 auf der Basis der Evaluation der Unterstützung von Netzwerken Grundsatzentscheide in Bezug auf eine Weiterentwicklung der Förderung im Bereich des Kulturerbes treffen.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE (METEOSCHWEIZ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilnahme an der Europäischen Weltrauminfrastruktur im Bereich Meteorologie (EUMETSAT-Programme «Altimetrie», «EPS-Aeolus», «EPS» und «MSG»): Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 über die finanzielle Beteiligung der Schweiz an den Pflichtprogrammen «Altimetrie» und «EPS-Aeolus» sowie über die Verlängerung der Programme «EPS (EUMETSAT Polar System)» und «MSG (Meteosat Second Generation)» von EUMETSAT beschliessen. Die von EUMETSAT betriebenen Wettersatelliten sind Teil der europäischen Raumfahrtinfrastruktur und somit Bestandteil der kritischen Infrastruktur Europas, die unter anderem Warnungen vor extremen Wettersituationen ermöglicht.

Soll-Termin: 30.06.2027

Beitrag des Bundes an das Weltstrahlungszentrum Davos (WRC): Weiterführung für die Jahre 2028–2031: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Beitragsleistung des Bundes an das Weltstrahlungszentrum (WRC) in Davos beschliessen. Das WRC wird von der Stiftung «Schweizerisches Forschungsinstitut für Hochgebirgsklima und Medizin» betrieben und führt kontinuierlich Messungen zur Sonneneinstrahlung durch, damit Änderungen des Klimas abgeschätzt werden können. Eine seit 1978 periodisch erneuerte Vereinbarung zwischen dem EDI (vertreten durch MeteoSchweiz), der Regierung des Kantons Graubünden, der Gemeinde Davos und der Stiftung regelt die Finanzierung des WRC.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Ausfallsichere Rechenleistung und Transformation Informations- und Kommunikationstechnologie:

Fortschritt bei der Migration geschäftskritischer Applikationen in die Cloud gemäss rollender Detailplanung: Migration, Operationalisierung und Dekommissionierung der Altsysteme von weiteren sechs geschäftskritischen Applikationen

Im Projekt geht es um die Bereitstellung einer skalierbaren Hostinglandschaft, bestehend aus Bundes-Rechenzentren und cloudbasierten Plattformen (Cloud-Anbieter), für den Betrieb der Fachanwendungen von MeteoSchweiz. Damit wird ein ausfallsicherer Betrieb der geschäftskritischen Anwendungen geschaffen (Prio A EFK-Empfehlung).

Bis Ende des zweiten Halbjahrs 2027 sind weitere sechs geschäftskritische Applikationen in die Cloud migriert und ausfallsicher.

Soll-Termin: 31.12.2027

Vereinfachung des Warnsystems für meteorologische Warnungen: Umstellung der Warnproduktion auf die mit den kantonalen Behörden abgestimmten neuen Warnschwellen

Die neuen Warnschwellen, die im Rahmen des Programms zur Optimierung des Warnsystems berechnet und mit den kantonalen Behörden abgestimmt wurden, werden operationalisiert und die nötigen Umsysteme angepasst, inklusive der Produktions- und Vermittlungssysteme.

Bis Ende des zweiten Halbjahrs 2027 werden die Warnungen gemäss den neuen Warnschwellen herausgegeben. Die nötigen Schulungen und eine Informationskampagne sind durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Aufhebung der manuellen Wetterbeobachtungen und stufenweise Einführung eines automatisierten Messsystems: Einführung der automatisierten Flugwettermeldungen am Flughafen Zürich im 24h-Betrieb

Mit dem Programm AMAROC verfolgt MeteoSchweiz das Ziel, die Produktion der Flugwettermeldungen vollständig zu automatisieren. Dadurch kann die Resilienz des Services verbessert und die Effizienz in der Leistungserbringung erhöht werden.

Bis Ende des ersten Halbjahrs werden die Flugwettermeldungen am Flughafen Zürich rund um die Uhr automatisch erstellt. Die entsprechenden Betriebsabläufe sind angepasst. Ein manuelles Monitoringsystem stellt die Qualitätssicherung sicher.

Soll-Termin: 30.06.2027

KI-basierte Wettervorhersage für die Schweiz: Inbetriebnahme erster KI-basierter Vorhersageprodukte für den Alpenraum

KI-basierte Methoden gewinnen für meteorologische Vorhersagen zunehmend an Bedeutung und eröffnen neue Möglichkeiten für kurzfristige Prognosen. Der Einsatz KI-basierter Verfahren eröffnet neue Möglichkeiten für die schrittweise Weiterentwicklung und Neuausrichtung bestehender Vorhersagesysteme im Bereich der kurzfristigen Wettervorhersage. Ziel ist es, eine tragfähige Basis für den weiteren Ausbau KI-basierter kurzfristiger Wettervorhersagen bei MeteoSchweiz zu schaffen.

Bis Ende des zweiten Halbjahrs stehen erste KI-basierte Vorhersageprodukte für kurzfristige Wettervorhersagen im Alpenraum im Betrieb zur Verfügung. Die Produkte sind in bestehende Systeme eingebunden und werden anhand definierter Qualitätskriterien überwacht und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung und strategische Ausrichtung der Vorhersagesysteme.

Soll-Termin: 31.12.2027

Open-Source-Klimaanalysen: Bereitstellung eines ersten Klimaanalyse-Tools (CAT) als Open-Source-Software

Neben frei verfügbaren Daten und Informationen ist die frei verfügbare Software (Open Source Software) ein weiterer, wichtiger Schritt zu transparenten und nachvollziehbaren Produkten. Damit ermöglicht MeteoSchweiz, dass externe Anwenderinnen und Anwender Produkte auf ihre spezifischen Bedürfnisse anpassen und erstellen können, und stellt gleichzeitig die inhaltliche Qualität sicher.

Bis Ende des zweiten Halbjahrs steht ein erstes Klimaanalyse Tool (CAT) mit Anbindung an die OGD-Plattform als Open-Source-Software zur Verfügung. Die Nutzungserfahrungen dienen als Entscheidungsgrundlage für die Fortführung und den weiteren Ausbau von Open-Source-Software.

Soll-Termin: 31.12.2027

Modernisierung der zentralen Datenhaltungsplattformen von MeteoSchweiz: Start des Programms «Daten und Datenwertschöpfungsketten bei MeteoSchweiz», Einreichung des Investitionsbedarfs im Rahmen der Bedarfserhebung sowie Verankerung der Datenstrategie in der neuen MeteoSchweiz-Strategie

Die Erneuerung der Dateninfrastruktur ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit von MeteoSchweiz. Das Programm «Daten und Datenwertschöpfungsketten bei MeteoSchweiz» setzt die Datenstrategie von MeteoSchweiz aufgrund einer gesamtheitlichen Bedarfsanalyse um.

Bis Ende des zweiten Halbjahrs ist das Programm zur Umsetzung der MeteoSchweiz-Datenstrategie gestartet. Der Investitionsbedarf für die Bedarfserhebung ist für den nächsten Budgetzyklus eingereicht, und die Datenstrategie ist in der neuen MeteoSchweiz-Strategie verankert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Vollständige Erneuerung der Datenerfassung des Bodenmessnetzes mittels Cloudnutzung:

Erneuerung von mindestens 50 weiteren Bodenstationen auf total 200

Das Bodenmessnetz von MeteoSchweiz bildet die Grundlage für die meisten Produkte. Als solches gehört das Messnetz zur kritischen Infrastruktur von MeteoSchweiz. Das Erfassungssystem hat seine Lebensdauer erreicht und muss erneuert werden. Die gewählte Lösung nutzt die neuen IoT (Internet of Things)- und Cloud-Technologien und stellt den Betrieb des Messnetzes für die nächste Generation sicher. Im zweiten Halbjahr ist das neue Datenerfassungs- und Datenkommunikationssystem an mindestens 50 weiteren Bodenmessstationen eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT (BAG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zum totalrevidierten Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) eröffnen. Damit soll insbesondere die Motion WBK-N 21.4341 umgesetzt werden und die Keimzellenspende für verheiratete wie auch unverheiratete Paare zugelassen werden. Die Koordination mit der Revision des Abstammungsrechts wird sichergestellt, unter anderem in Bezug auf die Regelung der zivilrechtlichen Folgen der privaten Samenspende.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Solidarität innerhalb der obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) und Grenzen der Finanzierbarkeit: Auslegeordnung» (in Erfüllung der Po. Cassis 11.3218 und GPK-S 23.4342):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Postulate Cassis 11.3218 und GPK-S 23.4342 betreffend Solidarität in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) und Grenzen der Finanzierbarkeit gutheissen. Der Bericht soll eine Auslegeordnung zum Thema vorlegen und aufzeigen, was es für die Einführung von Schwellenwerten bei der Vergütung von OKP-Leistungen brauchen würde. Weiter werden die Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Bericht einfließen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Förderung der ärztlichen Zweitmeinung» (in Erfüllung des Po. Ruiz Rebecca 17.4182):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Ruiz Rebecca 17.4182 zur Förderung der ärztlichen Zweitmeinung gutheissen. Der Bericht soll darlegen, wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung in der Schweiz ausgestaltet und umgesetzt werden kann. Als Grundlage für den Bericht soll unter anderem eine Umfrage bei den betroffenen Akteuren dienen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie» (in Erfüllung des Po. Vincenz-Stauffacher 21.4115): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Vincenz-Stauffacher 21.4115 betreffend die Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welchen Beitrag präventive Beratungen zur Krankheitsverhinderung und zur Gesundheitsförderung leisten können und ob Defizite im regulatorischen Bereich bei der Kostenübernahme bestehen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG, Etappe 3b): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG, Etappe 3b) verabschieden. Die Änderungen beinhalten insbesondere die Neuregelung des Versandhandels mit Arzneimitteln, die Umsetzung von Massnahmen gegen Versorgungsengpässe, die Harmonisierung der Kompetenzen der Chiropraktorinnen und Chiropraktoren mit dem Medizinalberufegesetz (MedBG), die Einzelabgabe von Arzneimitteln sowie die Einführung einer Aufsichtsabgabe für Medizinprodukte.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Anpassung der Franchise) (in Umsetzung der Mo. Friedli Esther 24.3636): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Umsetzung der Motion Friedli Esther 24.3636 betreffend die Anpassung der Franchise verabschieden. Ziel ist es, die Gesundheitskosten zu senken und gleichzeitig die Eigenverantwortung der Versicherten zu fördern.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) (Umsetzung der KVG-Änderung zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) zur Umsetzung der KVG-Änderung zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen für die erste Etappe in Kraft setzen. Die KVG-Änderung zur einheitlichen Finanzierung soll in zwei Etappen, am 1. Januar 2028 und am 1. Januar 2032, in Kraft gesetzt werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung der Transplantationsverordnung (Einführung der Widerspruchsregelung): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird die Änderung des Transplantationsgesetzes und der Transplantationsverordnung gestaffelt im Jahr 2027 in Kraft setzen. Im ersten Halbjahr 2027 werden die Bestimmungen zum Organ- und Gewebespenderegister in Kraft gesetzt, welche unter anderem die verpflichtende Abfrage des Registers bei der Abklärung der Spendebereitschaft im Spital umfassen. Im zweiten Halbjahr erfolgt die Inkraftsetzung der weiteren Bestimmungen. Diese umfassen unter anderem den Systemwechsel von der heute geltenden Zustimmungslösung hin zur erweiterten Widerspruchsregelung sowie die Festlegung von Fristen für die Geltendmachung des Widerspruchs durch die nächsten Angehörigen und für vorbereitende medizinische Massnahmen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht zur Evaluation des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Evaluationsbericht zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) gemäss Artikel 14 NISSG gutheissen. Dieser Bericht soll das Parlament über die Wirksamkeit und Notwendigkeit des NISSG seit seinem Inkrafttreten am 1. Juni 2019 informieren. Im Bericht sollen die Massnahmen im Bereich Solarien, kosmetische Behandlungen mit Laser, Laserpointer, Veranstaltung mit Laser und Schall evaluiert werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht zum Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) eröffnen. Mit dem Ordnungsrecht sollen die im BGAP enthaltenen Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bereich der Pflege konkretisiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Ausführungsrecht zur Anpassung des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht zur Änderung des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG) eröffnen (2. Etappe Umsetzung Pflegeinitiative). Diese wird eine Anpassung der Gesundheitsberufekompetenzverordnung (GesBKV) und gegebenenfalls auch der Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung (GesBAV) sowie der Registerverordnung GesBG umfassen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision des Humanforschungsgesetzes (HFG) und Stammzellenforschungsgesetzes (StFG):

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Revision des Humanforschungsgesetzes (HFG) eröffnen. Dabei soll der Zugang zu Daten für die Forschung erleichtert und das Stammzellenforschungsgesetz (StFG) in das HFG integriert werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bundesgesetz über den digitalen Datenraum Gesundheit (BDG): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen festlegen, insbesondere betreffend Gouvernanz des Gesundheitsdatenraums Schweiz. Dabei wird sich die Frage stellen, in welcher Form neben dem Bund auch weitere Akteure in die Trägerschaft und somit in die Verantwortung und Finanzierung des Gesundheitsdatenraums Schweiz miteinbezogen werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von healthcare-assoziierten Infektionen (Strategie NOSO): 17.12.2027: BRB zur Schlussevaluation Strategie NOSO

Im 2026 hat der Bundesrat die nationale Strategie NOSO verabschiedet. Er hat das BAG beauftragt, diese in Zusammenarbeit mit den Kantonen und allen betroffenen Partnern umzusetzen. Diese Strategie stützt sich auf das Epidemiengesetz (Art. 5). Um die Zahl der healthcare-assoziierten Infektionen und den damit verbundenen Verlust an Lebensqualität sowie Langzeitfolgen und Todesfälle in der stationären Versorgung in der Schweiz (Spitäler und Alters- und Pflegeheime) zu reduzieren, setzt die nationale Strategie NOSO fünf thematische Handlungsfelder mit jeweils unterschiedlichen strategischen Zielen und insgesamt 16 Schlüsselmassnahmen.

Die Resultate der Schlussevaluation der Strategie NOSO sowie ein Vorschlag für die Weiterführung der Aktivitäten im Bereich Bekämpfung und Prävention der healthcare-assoziierten Infektionen werden dem Bundesrat unterbreitet.

Soll-Termin: 31.12.2027

Übergeordnete Präventionsstrategie betreffend NCD, Sucht und psychische Gesundheit:

Verabschiedung

Im August 2024 hat der Bundesrat das Erarbeiten einer Nachfolgestrategie NCD/Sucht in Auftrag gegeben. Diese soll von den drei Trägerorganisationen, Bundesamt für Gesundheit (BAG), Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) und Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz (GFCH), erarbeitet werden.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die übergeordnete Strategie zur Prävention von NCD, Sucht und der psychischen Gesundheit verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid (in Erfüllung der Mo. Hess Lorenz 24.4452): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid verabschieden. Die Strategie wird 2027 unter Einbezug der relevanten Akteure erarbeitet. Damit wird der Auftrag der Motion Hess Lorenz 24.4452 erfüllt.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Femiziden in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Arslan 24.3782): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Arslan 24.3782 betreffend die Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Femiziden in der Schweiz gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Einrichtung einer spezialisierten Einheit für grosse Unternehmensgruppen (Large Cases Unit – LCU): Etablierung der LCU-Einheit

Die Schweiz ist für multinationale Unternehmen ein attraktiver Standort. Multinationale Unternehmen haben komplexe und undurchsichtige Organisationsstrukturen und ihr Geschäftsmodell kann sich schnell ändern. Um den Beitrag dieser Unternehmen zum BIP besser zu messen, wird die neue Einheit makroökonomische Kennzahlen von multinationalen Unternehmensgruppen systematischer prüfen.

Einrichtung einer spezialisierten Einheit (Large Cases Unit – LCU), die besonders grosse und komplexe – meist multinationale – Unternehmensgruppen systematisch analysiert zur Qualitätssicherung zentraler makroökonomischer Kennzahlen, insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).

Soll-Termin: 31.12.2027

Entwicklung des Nationalen Adressdienstes (NAD): Inbetriebnahme minimale Variante

Das Parlament hat am 20. März 2026 das Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) verabschiedet. Es ist Grundlage für den Nationalen Adressdienst (NAD), ein zentrales System zur Verwaltung und Bereitstellung von Adressdaten für die gesamte Schweiz.

Das minimale funktionsfähige Produkt (MVP) für den Betrieb des Nationalen Adressdienstes wird implementiert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Anwendung des modernisierten Systems für die Resultate und Statistiken zu den eidgenössischen Wahlen: Inbetriebnahme neues System

Durchführung der Datenerhebung und Publikation von Resultaten und Statistiken der eidgenössischen Wahlen 2027 mit dem modernisierten System in Echtzeit.
Das neue System ist im Betrieb.

Soll-Termin: 30.09.2027

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Reform der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 2030): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Reform der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 2030) verabschieden. Mit der Reform sollen die AHV-Finzen für den Zeithorizont 2030–2040 konsolidiert und die Versicherung an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst werden. Die Reform sieht Massnahmen vor, die darauf abzielen, das System – insbesondere hinsichtlich der Beiträge – gerechter zu gestalten und die Anreize zu verstärken, bis zum Referenzalter und darüber hinaus zu arbeiten. Eine Anhebung des Referenzalters ist hingegen nicht vorgesehen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Revision der beruflichen Vorsorge eröffnen. Die Änderung soll die Effizienz und Transparenz der beruflichen Vorsorge stärken und das Vertrauen in die 2. Säule fördern.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Integrationsreform) verabschieden. Die Revision umfasst Massnahmen zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität der IV sowie zur Stärkung der beruflichen Eingliederung mit dem Ziel, die Neurenten zu senken und die Austritte aus der Versicherung zu fördern. Zudem umfasst sie Massnahmen zur Optimierung der Leistungen und Weiterentwicklung des Systems der IV.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bundesgesetz über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung (UKibeG): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 über die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung (UKibeG) beschliessen und gleichzeitig die entsprechenden Verordnungsbestimmungen im UKibeG und für die weiteren geänderten Erlasse (Familienzulagengesetz, Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft, Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung) in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderungen der Verordnungen zum Bundesgesetz über Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu den Verordnungsänderungen zum Bundesgesetz über Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS) eröffnen. Die Vorlage schafft die rechtlichen Grundlagen für die gemeinsamen und vom Bund betriebenen Informationssysteme der 1. Säule. Zudem ermöglicht sie die elektronische Kommunikation in den Sozialversicherungen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Evaluation des Bundesgesetzes über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 gemäss Artikel 28 des Bundesgesetzes über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) den Bericht zur Umsetzung des Gesetzes verabschieden. Der Bericht soll die Wirksamkeit, die finanziellen Folgen und die Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmenden analysieren. Gleichzeitig soll er Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe vorschlagen, welche sich aus den gemachten Erfahrungen sowie dem im erwähnten Bericht festgestellten Handlungsbedarf ergeben.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Überarbeitung und Aktualisierung der nationalen Alterspolitik» (in Erfüllung des Po. Stocker 24.3085): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Überarbeitung und Aktualisierung der nationalen Alterspolitik» in Erfüllung des Postulats Stocker 24.3085 gutheissen. Dieser aktualisiert die «Strategie für eine schweizerische Alterspolitik» von 2007 und soll Bund, Kantone und Gemeinden als Bezugsrahmen dienen, um die Herausforderungen der demografischen Alterung bis 2040 in relevanten Politikbereichen anzugehen. Der Fokus soll dabei auf dem Grundsatz des «guten Alterns» liegen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Bekämpfung der Armut durch die Verlängerung des Präventionsprogramms und die Verabschiedung einer nationalen Strategie» (in Erfüllung der Mo. Revaz 23.4450): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Strategie in Erfüllung der Motion Revaz 23.4450 gutheissen. Die Strategie dient dazu, Kantone und Gemeinden in ihren Anstrengungen zur Prävention und Bekämpfung von Armut zu unterstützen. Wichtige Handlungsfelder werden die Bereiche Bildung, Gesundheit, Erwerbsarbeit (inkl. Vereinbarkeit von Beruf und Familie) sowie Wohnen sein.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Schutzkonzepte zur Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen» (in Erfüllung der Mo. Funicello 23.4191, Studer 23.4192, Gysin Greta 23.4193, von Falkenstein 23.4194, Wismer-Felder 23.4195, Bertschy 23.4196 und der Po. RK-N 24.3472, Kamerzin 24.3334, von Falkenstein 24.3683 und Clivaz Christophe 24.3298): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Umsetzung diverser parlamentarischer Vorstösse zur Prävention des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welche erfolgversprechenden Strategien bestehen, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Jugendschutzregelungen der Film- und Videospiegelbranche verbindlich erklären und über den Zeitpunkt der vollständigen Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnung entscheiden.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Modernisierung der Dienstleistungen für Versicherte der AHV: Implementierung

Modernisierung des elektronischen Datenaustauschs zwischen den AHV-Ausgleichskassen und der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS). Die Automatisierung bringt eine Optimierung der Verwaltungsprozesse in der 1. Säule und ermöglicht den Versicherten transparente Informationen über ihre Daten (Individuelles Konto der AHV und Rentensimulationen).

Einrichtung eines Registers für die Individuellen Konten (IK) der AHV bei der ZAS im Jahr 2027 und Entwicklung der grafischen Benutzeroberfläche für die Versicherten.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (BLV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Neue Ernährungsempfehlungen: Wissenschaftliche Grundlagen und vernachlässigte Aspekte» (in Erfüllung der Po. Egger Mike 24.4312, Paganini 24.4313, de Montmollin 24.4334 und Meier Andreas 25.3212): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Postulate Egger Mike 24.4312, Paganini 24.4313, de Montmollin 24.4334 und Meier Andreas 25.3212 gutheissen. Der Bericht soll die neuen Ernährungsempfehlungen sowie die überarbeitete Lebensmittelpyramide in Bezug auf folgende Aspekte untersuchen: Veränderungen in der Lebensmittelpyramide, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten, Nährwert des Fleisches und Auswirkungen auf andere Entscheidungsfelder.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales Kundenportal: Weiterentwicklung des Kundenportals

Das digitale Kundenportal soll um das Themenfeld «Internationaler Handel» (z. B. Einfuhr von Hunden und Katzen) erweitert werden. Gesuche und Anfragen sollen digital eingereicht und vom BLV digital weiterbearbeitet werden können.

Die Weiterentwicklung des Kundenportals ist betriebsbereit.

Soll-Termin: 31.12.2027

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE (IVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung IKT-Strategie 2024–2029: Erstellung Konzept und Planung standortübergreifendes neues LIMS

Ziel der IKT Strategie des IVI ist es, die Leistungen der IT auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten, die Zusammenarbeit zwischen den Standorten zu erleichtern und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Das Konzept für ein standortübergreifende neues LIMS für die Standorte Bern und Mittelhäusern ist erstellt und die Planung der Umsetzung liegt vor.

Soll-Termin: 31.12.2027

Erhöhung Diagnostikkapazität bei Tierseuchen: Erarbeitung Konzept

Schnelle Diagnostik ist im Seuchenfall essenziell, um sofortige Kontrollmassnahmen umzusetzen, die Weiterverbreitung möglichst zu verhindern und durch Nachweis der Seuchenfreiheit nach dem Krisenereignis möglichst schnell wieder uneingeschränkter Zugang zu internationalen Märkten für Tiere und tierische Produkte zu haben. Mit dem Projekt soll unter Einbezug von anderen Diagnostiklaboratorien, sogenannten over flow Laboratorien, ein System aufgebaut werden, das im Krisenfall die Diagnostikkapazität für hochansteckende Tierseuchen erhöht.

Das Konzept für over flow Laboratorien ist erstellt mit den klar definierten Rollen von Bund, Kanton und teilnehmenden Laboratorien und mit den nötigen Verträgen untermauert.

Soll-Termin: 31.12.2027

EJPD

GENERALSEKRETARIAT EJPD (GS-EJPD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) (Anpassung an die technische Entwicklung):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes (URG) verabschieden. Ziel ist es, das URG den aktuellen technischen Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) anzupassen. Dies da auch die KI die geistigen Arbeitsergebnisse anderer Personen nutzt und oftmals zugleich in Konkurrenz zu den Urheberinnen und Urhebern dieser geistigen Arbeitsergebnisse steht.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung Schengen/Dublin: Umsetzung

Im Rahmen der Programmführung wird u.a. die jährliche Zwischenevaluation (QR-Bericht) durchgeführt. Falls die Einführung des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) nicht wie geplant im Jahr 2026 erfolgen kann, wird die Einführung auf 2027 verschoben. Für 2027 ist die Einführung verschiedener Interoperabilitätskomponenten u.a. für das Einreise-/Ausreisesystem (EES) und Schengener Informationssystem (SIS) geplant.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (BJ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Nationale Strategie gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Nationale Strategie gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt verabschieden. Die zusammen mit den Kantonen und Gemeinden und unter Einbezug der Zivilgesellschaft erarbeitete und unter der Co-Federführung von EDI und EJPD stehende Strategie soll Betroffene effektiv vor Gewalt schützen, die Koordination weiter verstärken und Massnahmen besser aufeinander abstimmen. Ziel dieses verstärkten Engagements des Bundes ist ein umfassender, kohärenter Ansatz, der bestehende strategische Instrumente zusammenführt, den politischen Austausch institutionalisiert und Massnahmen breit abstützt.

Soll-Termin: 30.06.2027

Anpassung der Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit den Anforderungen des Schengen-Besitzstands: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung der Gesetzesgrundlagen im Zusammenhang mit den Anforderungen des Schengen-Besitzstands verabschieden. Die gesetzgeberischen Massnahmen ergeben sich aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der Datenschutzempfehlungen, die im Rahmen der Schengen-Bewertung der Schweiz 2024/2025 abgegeben wurden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung (BV) (in Umsetzung der Mo. SPK-S 26.3005):

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Änderung der Bundesverfassung (BV) in Umsetzung der Motion SPK-S 26.3005 eröffnen. Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Botschaft für einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung vorzulegen. Dabei sollen die Grundprinzipien der von Bund und Kantonen getragenen «Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)» beachtet werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beseitigung von Zugangsschranken zur Gewährung des Öffentlichkeitsprinzips: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 gestützt auf die Ergebnisse der Evaluation des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) über allfällige Massnahmen zur Beseitigung von Zugangsschranken entscheiden. Die Evaluation bildet die Grundlage um den allfälligen Revisionsbedarf des BGÖ zu identifizieren sowie andere Massnahmen (z.B. Sensibilisierung, Leitlinien) vorzuschlagen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) eröffnen. Mit der Revision soll insbesondere den Ergebnissen der Evaluation der Offenlegungspflichten bei der Politikfinanzierung Rechnung getragen werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Beitritt zur Konvention des Europarats über die künstliche Intelligenz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung bezüglich eines möglichen Beitritts der Schweiz zur Konvention des Europarats über die künstliche Intelligenz eröffnen. Die Konvention ist der erste völkerrechtlich bindende internationale Vertrag, der KI-Systeme entlang ihres gesamten Lebenszyklus reguliert. Sie stellt den Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Vordergrund.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens» (in Erfüllung des Po. Bertschy 20.3879): Genehmigung / Gutheissung

Im Bericht soll dargelegt werden, wie eine schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens mit einem möglichst freien, interkantonalen Wettbewerb umgesetzt werden kann. Dabei soll mittels einer Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) aufgezeigt werden, welchen Nutzen eine Liberalisierung für die Volkswirtschaft und die Konsumentinnen und Konsumenten hätte. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens» (in Erfüllung des Postulats Bertschy 20.3879) gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung des Gleichstellungsgesetzes (GIG): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Ergebnisse der Schlussevaluation zu den Wirkungen der Lohnvergleichsanalyse zur Kenntnis nehmen und auf dieser Grundlage einen Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen sowie über eine allfällige Revision des Gleichstellungsgesetzes fällen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision Obligationenrecht (OR) zur Modernisierung des Gewährleistungsrechts beim Kauf (in Erfüllung der Mo. 23.4316 RK-S und 23.4345 RK-N): Eröffnung Vernehmlassung

In Umsetzung der Mo. RK-S 23.4316 und RK-N 23.4345 soll das Schweizer Gewährleistungsrecht modernisiert und an den geltenden Mindeststandard in der Europäischen Union (EU) angeglichen werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Revision des Obligationenrechts (OR) (Modernisierung des Gewährleistungsrechts beim Kauf) in Umsetzung der Mo. RK-S 23.4316 und RK-N 23.4345 eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Drittes Zusatzprotokoll (ZP III) zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen (EUeR): Verabschiedung der Botschaft

Das EUeR wird im Bereich der grenzüberschreitenden technischen Überwachungsmassnahmen modernisiert werden.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Ratifikation der Dritten Zusatzprotokolls (ZP III) zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen (EUeR) verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision Zivilgesetzbuch (ZGB) Abstammungsrecht (in Umsetzung der Mo. Caroni 22.3235): Eröffnung Vernehmlassung

In Umsetzung der Mo. Caroni 22.3235 sollen die rechtlichen Grundlagen für ein zeitgemässes Abstammungsrecht entworfen werden.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer Revision des ZGB (Abstammungsrecht) eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Initiative für ein multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Völkerrechtsverbrechen (Übereinkommen von Ljubljana und Den Haag): Verabschiedung der Botschaft

Es handelt sich hierbei um ein multilaterales Rechtshilfeübereinkommen bei Völkerrechtsverbrechen.

Der Bundesrat wird Anfang 2027 die Botschaft über die Ratifikation des multilateralen Übereinkommens Ljubljana und Den Haag verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Europäische Herausgabe- und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel im Strafrecht - Schweizerische Anpassungsgesetzgebung und Abkommen mit der EU (e-Evidence-Gesetz): Eröffnung der Vernehmlassung

Eröffnung der Vernehmlassung

Es geht um die Anpassung des Schweizer Rechts an die EU-Gesetzgebung im Bereich des grenzüberschreitenden Zugriffs auf Daten als Beweismittel.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer Anpassungsgesetzgebung (e-Evidence-Gesetz) eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR POLIZEI (FEDPOL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Staatsverweigerer. Eine Gefahr für Demokratie und innere Sicherheit?» (in Erfüllung des Po. Schläfli 24.3692): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Staatsverweigerer. Eine Gefahr für Demokratie und innere Sicherheit?» in Erfüllung des Postulats Schläfli 24.3692 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, inwiefern Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer, Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter sowie Reichsbürgerinnen und Reichsbürger in der Schweiz tätig sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Aktualisierung des 2015 erstellten Berichtes zu Menschenhandel und Prostitution» (in Erfüllung des Po. Binder-Keller 25.3808): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Binder-Keller 25.3808 betreffend die Aktualisierung des 2015 erstellten Berichtes zu Menschenhandel und Prostitution gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Übernahme und Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II): Verhandlungsmandat

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 das Verhandlungsmandat zum Prümer Abkommen mit der EU verabschieden. Mit der Verordnung Prüm II sollen dem bereits bestehenden automatisierten Austausch biometrischer Daten neue Datenkategorien hinzugefügt werden, wie zum Beispiel Gesichtsbilder sowie Kriminalakten. Zudem können biometrische Daten aus Drittstaaten über Europol beantragt werden, da sich Europol an der Prümer Zusammenarbeit beteiligen wird.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bundesgesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eröffnen. Mit dem Bundesgesetz sollen verschiedene rechtliche Anpassungen umgesetzt werden, um das Dispositiv zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verbessern. Diese enthalten Massnahmen zur Vermögensabschöpfung, zur Stärkung der Geldwäschereibekämpfung, ausländerrechtliche Massnahmen, Zeugenschutzmassnahmen, aber auch die Stärkung des Informationsaustausches und Massnahmen im Justizvollzug.

Soll-Termin: 31.12.2027

Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel 2028–2032: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den vierten Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel 2028–2032 verabschieden. Die Schweiz setzt bei der Bekämpfung des Menschenhandels auf Prävention, Strafverfolgung, Opferschutz und Zusammenarbeit. In Anlehnung an internationale «Best Practice» werden in der Schweiz seit 2011 Nationale Aktionspläne mit effektiven Massnahmen entwickelt. Mit dem vierten Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel wird der bisherige «Whole of System» Ansatz in der Menschenhandelsbekämpfung weitergeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die aktualisierte Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung verabschieden. Die Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung wurde 2015 verabschiedet und 2024 erstmals aktualisiert. Dabei wurde unter anderem der Überprüfungs- und Aktualisierungsrhythmus auf vier Jahre verkürzt. Die Strategie wird daher bis Ende 2027 evaluiert und bei erkanntem Bedarf angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Passenger Information Unit (PIU): Umsetzung

Die Strafverfolgungsbehörden der Schweiz sollen künftig Flugpassagierdaten (sogenannte Passenger Name Record - kurz PNR-Daten) zur Bekämpfung von Terrorismus und Schwerstkriminalität bearbeiten dürfen. Für die Bearbeitung der PNR-Daten wird die «Passenger Information Unit» (PIU) aufgebaut. Diese wird sich je hälftig aus Mitarbeitenden des Bundes und der Kantone zusammensetzen. Die Passenger Information Unit (PIU) wird anfangs 2027 eröffnet und nimmt ihren Betrieb auf.

Soll-Termin: 30.06.2027

AFIS 2026: Abschluss

Das Nationale Automatisierte Fingerabdruck Identifikationssystem AFIS unterstützt seit 1984 die Identifikation von Personen und Tatortspuren aufgrund der biometrischen Merkmale von Finger- und Handflächenabdrücken. Mit dem Projekt AFIS2026 soll das bisherige automatisierte Fingerabdruck-Identifikationssystem AFIS durch ein neues ersetzt werden. Neben den bestehenden Merkmalen von Finger- und Handflächenabdrücken wird im neuen System auch ein Modul für den Gesichtsbildabgleich integriert sein.

Die Erneuerung des Systems AFIS 2026 wird im 2027 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2027

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG (SIR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Projekt Organisationsentwicklung: Durchführung der Evaluation

Seit 2025 bereitet das Institut eine strukturelle Neuausrichtung vor. Die neue Struktur wird Anfang 2027 in Betrieb genommen.

Bis Ende 2027 wird auf der Grundlage der ersten Erfahrungen eine erste Evaluation der neuen Struktur durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Thematische Neuausrichtung: Fachtagung mit Stakeholdern wird durchgeführt

Der Institutsrat hat 2026 drei neue Themenkreise definiert, an denen das Institut seine Tätigkeiten ausrichten soll.

Im Jahr 2027 wird anlässlich des 45-jährigen Bestehens des Instituts eine Fachtagung mit relevanten Stakeholdern durchgeführt mit dem Ziel, diese Themen im Austausch mit den Stakeholdern fachlich zu schärfen und konkrete Anschluss- und Kooperationsmöglichkeiten zu identifizieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bestandespflege der Bibliothek: Konzepte für 3 Sammlungen verabschiedet

Eine qualitativ hochstehende Bibliothek erfordert eine langfristige und systematische Bestandespflege.

Im Jahr 2027 erarbeitet und verabschiedet das Institut für ausgewählte Sammlungen grundlegende Konzepte zur systematischen Bestandespflege.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION (ESBK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Casinolandschaftsbericht 2028: Erhebung Basisdaten

Der Bundesrat hat die ESBK am 29.11.2023 beauftragt mit der Erstellung eines neuen Casinolandschaftsberichts. Die ESBK wird diesen Bericht verfassen und 2028 zusammen mit Empfehlungen zuhanden des EJPDs verabschieden. Gestützt darauf wird der Bundesrat die Gesamtsituation neu beurteilen und über das weitere Vorgehen, auch bezüglich der Konzessionen der Zonen Schaffhausen und Südbünden, entscheiden.

Die Erhebung der Basisdaten ist eingeleitet und teilweise abgeschlossen, die Berichtsstruktur ist definiert.

Soll-Termin: 31.12.2027

STAATSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Resettlement-Programm 2028–2029: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 gemäss Umsetzungskonzept Resettlement das Programm 2028–2029 genehmigen. Das Konzept regelt die Planung und Umsetzung der Resettlement-Programme mit dem Ziel, die Schweizer Resettlement-Politik zu verstetigen und die Planbarkeit für die Unterbringung sowie die längerfristige Betreuung der Flüchtlinge durch Kantone und Gemeinden zu verbessern.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verordnung über den freien Personenverkehr (VFP): Genehmigung / Gutheissung

Zur Umsetzung des Pakets Schweiz-EU und im Hinblick auf die innerstaatliche Umsetzung sind zahlreiche Verordnungsanpassungen nötig, auch im Bereich der Zuwanderung. Diese müssen bereits vor dem Volksentscheid vorbereitet werden, um anschliessend ein möglichst rasches Inkrafttreten zu ermöglichen. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 unter Vorbehalt der Referendumsabstimmung die Verordnung über den freien Personenverkehr (VFP) gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Rechtliche Umsetzung wichtiger Massnahmen im Rahmen der Asylstrategie 2027: Ergebnis der Vernehmlassung

Im Rahmen der Asylstrategie 2027 erarbeitet der Bund zusammen mit den Kantonen, Städten und Gemeinden Massnahmen zur Verbesserung des Asylsystems der Schweiz. Die Massnahmen basieren auf dem politischen Mandat der Asylstrategie und definieren die strategischen Stossrichtungen, welche als Grundlage für die Ausarbeitung von strategischen Zielsetzungen sowie eines Umsetzungsplans mit konkreten Massnahmen dient. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 von den Ergebnissen der Vernehmlassung, in den Bereichen, in denen gemeinsam gesetzgeberischer Handlungsbedarf eruiert wurde, Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen beschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Monitoringkonzept zur Schutzklausel: Kenntnisnahme

Das Monitoring umfasst eine jährliche Überprüfung von definierten Indikatoren für die im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) vorgeschlagene inländische Umsetzung der konkretisierten Schutzklausel des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (FZA-Schutzklausel). Diese Überprüfung ist die Grundlage für den Entscheid des Bundesrates über eine Aktivierung der Schutzklausel.

Der Bundesrat wird das Monitoringkonzept zur Schutzklausel im zweiten Halbjahr 2027 zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2027

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD (ISC-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Software-Referenzarchitektur V5: Anwendung der Software-Referenzarchitektur V5 bei sämtlichen Neuentwicklungen und Migration von mindestens 60% der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die Secure Private Cloud Bund

Das EJPD steuert seit 2003 die Entwicklung seiner Individual-Fachanwendungen mittels der EJPD Software-Referenzarchitektur. Damit lassen sich eine hohe Standardisierung und eine grosse Homogenität in der Anwendungslandschaft mit Skaleneffekten in Entwicklung und Betrieb erzielen. Die neue Software-Referenzarchitektur V5 basiert auf Microservices, welche standardisiert in sogenannten Containern auf Cloudplattformen wie der Secure Private Cloud Bund betrieben werden können. Erste bedeutende Anwendungen werden seit 2022 auf der neuen Plattform erfolgreich in der geforderten hohen Qualität (Verfügbarkeit, Sicherheit und Stabilität) betrieben.

Alle neuen Anwendungen (Individualentwicklungen) werden gemäss Software-Referenzarchitektur V5 entwickelt und auf der Secure Private Cloud Bund betrieben. Dabei sollen die Plattform und die Architektur es ermöglichen, jederzeit neue Software-Releases (Funktionen und Sicherheits-Patches) schnell und unterbruchsfrei zu installieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

VBS

GENERALSEKRETARIAT VBS (GS-VBS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Weltraumunternehmensgesetz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Weltraumunternehmensgesetz verabschieden. Die Zielsetzung der gesetzlichen Grundlage ist, die RUAG International Holding AG – Beyond Gravity (RIH/BG) organisatorisch und inhaltlich so auszurichten, dass sie zu den übergeordneten sicherheitspolitischen Interessen des Bundes beitragen kann. Weiter bietet das Gesetz einen rechtlichen Rahmen, um inhaltliche Vorgaben sowie die Kontrolle durch den Bund und die Steuerungsinstrumente des Eigners zu verankern. Zudem wird die Rechtsgrundlage so gestaltet, dass RIH/BG eine Basis für einen nachhaltigen wirtschaftlichen und profitablen Geschäftsgang erhält.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Projekt DigiSec zur Digitalisierung der Sicherheitsprozesse: Erstellung Einführungspläne bei allen Ämtern und der Gruppe Verteidigung

Das Projekt DigiSec soll die Realisierung der Digitalisierung der Sicherheitsprozesse entlang der Informationssicherheitsverordnung ISV sicherstellen.

Die Digitalisierung der Sicherheitsprozesse soll bei den Ämtern des VBS schrittweise eingeführt werden. Zu diesem Zweck müssen die notwendigen Einführungspläne erstellt und durch das GS-VBS validiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Programm Portfoliomanagementsystem VBS: Abschluss WTO Beschaffung und Start Aufbau der Portfoliomanagement-Lösung im VBS

Im Rahmen eines Programms soll ein IT-System zur Führung des Portfoliomanagements VBS beschafft werden.

Der Proof of Concept mit den Anbietern und die WTO Beschaffung sollen abgeschlossen werden, damit die Umsetzung und Einführung der IT-Lösung realisiert werden können.

Soll-Termin: 31.12.2027

Zustand der wichtigsten IKT-Vorhaben im VBS: Bericht an den Bundesrat

Der Zustand und die Entwicklung der wichtigsten IKT-Vorhaben des VBS sind dem Bundesrat in einem jährlichen Bericht zur Kenntnis zu bringen.

Das VBS ist beauftragt, dem Bundesrat bis Ende 2027 jährlich über den Zustand der wichtigsten IKT-Vorhaben sowie die Umsetzung und Wirksamkeit der ergriffenen Steuerungs- und Aufsichtsmaßnahmen sowie die Ergebnisse der neuen EFK-Prüfungen und den Umgang damit Bericht zu erstatten.

Soll-Termin: 30.06.2027

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES (NDB)

PROJEKTE UND VORHABEN

Jährlicher Bericht des Nachrichtendienstes zur Beurteilung der Bedrohungslage: Kenntnisnahme durch den Bundesrat

Der NDB erstellt einen jährlichen Bericht zur Bedrohungslage und legt diesen dem BR zur Kenntnis vor. Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist dem BR zur Kenntnisnahme unterbreitet.

Soll-Termin: 30.04.2027

Beobachtungsliste Nachrichtendienst: Verabschiedung durch den Bundesrat

Die Beobachtungsliste enthält Organisationen und Gruppierungen, bei denen die begründete Annahme besteht, dass sie die innere oder äussere Sicherheit bedrohen (Art. 72 NDG). Die Beobachtungsliste 2027 wird dem BR zur Verabschiedung unterbreitet.

Soll-Termin: 31.08.2027

Revision Nachrichtendienstgesetz: Auswertung der Vernehmlassung

Das Nachrichtendienstgesetz (NDG) soll revidiert werden. Die Revision erfolgt in mehreren Paketen und steht im Einklang mit der sicherheitspolitischen Strategie des Bundesrates.

Die Vernehmlassung zum Teil II der Revision des Nachrichtendienstgesetzes (Zusatzpaket) wird ausgewertet. Das Zusatzpaket beinhaltet insbesondere heutige Cyberbedrohungen mit sicherheitspolitischer Relevanz. Die Fähigkeit des NDB, sicherheitsrelevante Cyberaktivitäten frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen, ist besonders wichtig. Bei Cyberangriffen ist der Zeitfaktor entscheidend. Deshalb soll der NDB bei Cyberbedrohungen künftig rascher handeln können.

Soll-Termin:

BUNDESAMT FÜR SPORT (BASPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Olympische und Paralympische Winterspiele 2038: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 über das weitere Vorgehen in der Begleitung des Projekts Olympische und Paralympische Winterspiele 2038 entscheiden. Das Internationale Olympische Komitee (IOK) führt mit der Schweiz einen privilegierten Dialog für die Austragung der Spiele.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Überprüfung der Kriterien im Bereich der Sportförderung» (in Erfüllung des Po. FK-S 25.4403): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht zur Überprüfung der Kriterien im Bereich der Sportförderung gutheissen. Es geht insbesondere um die Förderkriterien für die Unterstützung internationaler Sportanlässe bzw. um die bestehende Praxis sowie die Entwicklung in den letzten Jahren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Überprüfung der Kriterien für die Leistung von «Jugend und Sport»-Fördermitteln» (in Erfüllung des Po. FK-S 25.4404): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht zur Überprüfung der Kriterien für die Gewährung von «Jugend- und Sport»-Fördermitteln gutheissen. Der Bericht behandelt den Kreis der Zielgruppen, welche J+S-Fördermittel erhalten. Dabei geht es um die bestehende Praxis sowie die Entwicklung der letzten Jahre und die Darlegung, ob die Praxis und die Entwicklung der letzten Jahre mit den gesetzlichen Grundlagen mit der ursprünglichen Idee der Sportförderung (Unterstützung ehrenamtlich ausgeführter Aktivität im Sportbereich) im Einklang sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Strategiebericht zur Sport- und Bewegungsförderung 2040: Inkrafttreten eines ersten Aktionsplans

Der Strategiebericht zur Sport- und Bewegungsförderung 2040 stellt die konzeptionelle Gesamtsicht der zukünftigen Entwicklungen bei der Sportförderung des Bundes dar. Ein erster Aktionsplan zur Umsetzung des Strategieberichts zur Sport- und Bewegungsförderung 2040 ist in Kraft.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR CYBERSICHERHEIT (BACS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Handlungsmassnahmen aus dem Bericht «VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit»: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 über allfällige Verordnungsanpassungen bezüglich der Subsidiarität von Sicherheitsdienstleistungen im Cyberbereich entscheiden. Es geht darum, auf Bundesebene die vorhandenen Kompetenzen zu regeln und insbesondere die Unterstützungsleistungen der Armee im Cyberbereich zu vereinfachen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Wirksamkeitsprüfung und Weiterentwicklung der Nationalen Cyberstrategie (NCS): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht über die Wirksamkeit der Nationalen Cyberstrategie (NCS) zur Kenntnis nehmen. Es geht dabei um eine Standortbestimmung zum Stand der Umsetzung der Massnahmen und um die Grundlagen und Rahmenbedingungen zur Aktualisierung der Strategie.

Soll-Termin: 31.12.2027

Erarbeitung rechtlicher Grundlagen für die Cybersicherheit: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu neuen Rechtsgrundlagen für die Cybersicherheit eröffnen. Es geht darum, die nötigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, um bei den wichtigsten digitalen Daten des Bundes, der Kantone und Gemeinden, sowie der Betreiber kritischer Infrastrukturen für mehr Sicherheit zu sorgen und die dafür notwendigen rechtlichen und organisatorischen Regelungen zu treffen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Personeller Ausbau des BACS: Besetzung der geplanten Stellen

Die personellen Kapazitäten des BACS sind auszubauen, damit die priorisierten Leistungen zielgruppengerecht erbracht werden können.

Die geplanten Stellen sind besetzt und die für den Ausbau der priorisierten Leistungen des BACS erforderlichen personellen Kapazitäten sind aufgebaut.

Soll-Termin: 31.12.2027

Ausbau der Informationsplattform des BACS: Verbesserung des Informationsaustauschs zu Cyberbedrohungen durch standardisierte Analyseservices

Die Informationsplattform des BACS soll weiter ausgebaut und insbesondere mit Analyseservices zur Stärkung der Cyberresilienz ergänzt werden.

Der Informationsaustausch zu Cyberbedrohungen ist mit standardisierten Analyseservices verbessert. Daten zu Bedrohungen, Vorfällen und Schwachstellen können für priorisierte Zielgruppen konsolidiert ausgewertet und für Lagebilder, Warnung sowie Prävention genutzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Dienstleistungen für kritische Infrastrukturen: Bedarfsgerechte Anpassung der BACS-Dienstleistungen zur Unterstützung der kritischen Infrastrukturen

Die kritischen Infrastrukturen sollen aufgrund der weiteren Erfahrungen aus der Meldepflicht besser unterstützt werden.

Die kritischen Infrastrukturen werden aufgrund der weiteren Erfahrungen aus der Meldepflicht mit einem verbesserten, gezielten Dienstleistungsportfolio zum Schutz vor Cyberbedrohungen unterstützt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Meldungen zu Cybervorfällen: Vereinheitlichung des Umgangs mit Meldungen und Vorfällen

Der Umgang mit Meldungen zu Cybervorfällen, Schwachstellen und Bedrohungen soll vereinheitlicht werden.

Der Umgang mit Meldungen zu Cybervorfällen, Schwachstellen und Bedrohungen ist vereinheitlicht: Meldungen werden harmonisiert erfasst, standardisiert an die zuständigen Stellen weitergeleitet und für die interne Bearbeitung systematisch genutzt. Standardisierte Auswertungen zur Meldepflicht sind verfügbar; aus den Erkenntnissen werden präventive Massnahmen abgeleitet und umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Evaluation und Weiterentwicklung der Nationalen Cyberstrategie (NCS): Weiterentwicklung und Abstimmung mit der sicherheitspolitischen Strategie des Bundesrats

Die Nationale Cyberstrategie (NCS) soll überprüft und weiterentwickelt werden.

Eine Wirksamkeitsüberprüfung der NCS wurde durchgeführt und die NCS auf der Basis der Ergebnisse und in Abstimmung mit der Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz weiterentwickelt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Reduktion der Cyberangriffsfläche: Stärkung der Cybersicherheit von digitalen Produkten und Dienstleistungen

Die Cybersicherheit digitaler Produkte und Dienstleistungen wird durch die Erarbeitung rechtlicher Vorgaben und den Ausbau von Testfähigkeiten gestärkt.

Die Cybersicherheit digitaler Produkte und Dienstleistungen wird durch die Erarbeitung rechtlicher Vorgaben und den Ausbau von Testfähigkeiten gestärkt. Die Sicherheit von Open Source Software wird gefördert.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (BABS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Mehr Schutz von Kulturgütern» (in Erfüllung des Po. Riniker 23.3741): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht mit einem Umsetzungskonzept zum Schutz von Kulturgütern in der Schweiz (in Erfüllung Po. Riniker 23.3741) gutheissen. Dabei geht es um ein Konzept, wie der Bund im Falle einer grossflächigen natur-, technik- oder gesellschaftsbedingten Gefahrenlage oder eines bewaffneten Konflikts in der Schweiz Massnahmen zur Evakuierung und Sicherung von Kulturgütern umsetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen (in Umsetzung der Mo. SiK-S 23.3001): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu den überarbeiteten Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen eröffnen. Dabei geht es insbesondere um eine klare Verbesserung der Schutzwirkung und die Klärung der Zuständigkeiten und Prozesse für den ordentlichen wie den Krisenfall. Dabei ist die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung, mit den Kantonen und ihren verselbständigten Einheiten, mit den verselbständigten Einheiten des Bundes sowie mit Privaten und den Eigentümern der kritischen Infrastrukturen zu regeln.

Soll-Termin: 31.12.2027

Umsetzung der Dachstrategie Schutzbauten: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das weitere Vorgehen zu den alternativen Schutzeinrichtungen beschliessen. Dabei geht es um den Schutz von Personen in den grössten Ballungszentren, die sich in einem bewaffneten Konflikt nicht in der Nähe des zugewiesenen Schutzraumes aufhalten können.

Soll-Termin: 31.12.2027

Strategie für eine robuste und resiliente Gesundheitsversorgung in allen Lagen (in Umsetzung der Mo. SiK-S 25.3001): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Umsetzung der Strategie für eine robuste und resiliente Gesundheitsversorgung in allen Lagen beschliessen. Die Strategie legt dar, wie das Gesundheitswesen im Krisen-, Katastrophen- und Kriegsfall eine robuste und resiliente Versorgung der Bevölkerung sicherstellen kann, welche Voraussetzungen für die Leistungserbringung erfüllt werden müssen und wer die Kosten trägt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Verteidigungsfähigkeit gegen Biowaffen stärken» (in Erfüllung des Po. SiK-N 25.3016): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Verteidigungsfähigkeit gegen Biowaffen stärken» gutheissen. In Zusammenarbeit mit den Kantonen wird geprüft, ob die operativen Fähigkeiten und Ressourcen zur Antizipation aufkommender Risiken und zur Früherkennung gegen biologische Kampfstoffe und gefährliche Krankheitserreger der aktuellen Bedrohungslage angemessen sind.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Union Civil Protection Mechanism UCPM): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 unter Vorbehalt des Grundsatzentscheides und der noch ungeklärten Finanzierung die Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Union Civil Protection Mechanism UCPM) verabschieden. Der UCPM stärkt die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den teilnehmenden Staaten (Drittstaaten), um auf Ereignisse wie Naturkatastrophen, technische Gefährdungen (Bsp. Strommangellage) und gesellschaftliche Risiken (Pandemien bis bewaffnete Konflikte) zu reagieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bevölkerungsschutz im bewaffneten Konflikt: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 über das weitere Vorgehen und über notwendige Gesetzesanpassungen zum Bevölkerungsschutz im bewaffneten Konflikt entscheiden. Als Basis dient die entsprechende Gesamtkonzeption, welche, basierend auf der verschlechterten sicherheitspolitischen Lage, die Voraussetzungen und die Fähigkeiten aufzeigt, die es braucht, damit sich der Bevölkerungsschutz besser auf die Abwehr hybrider Bedrohungen sowie eines bewaffneten Konflikts ausrichten kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Sicheres Datenverbundsystem (SDVS) mit Lageverbundsystem: Vorliegen Konzept zur Anbindung der Bundesstandorte und Erschliessung erster Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen

Das nationale sichere Datenverbundsystem (SDVS) bildet die Grundlage für eine sichere und vernetzte Datenkommunikation. Zum SDVS gehören verschiedene Komponenten, darunter ein Datenzugangssystem (DZS) und ein Lageverbundsystem (LVS) sowie das sichere Datenverbundnetz (SDVN+).

Das Konzept für die resiliente Anbindung der Bundesstandorte liegt vor. Die ersten Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen sind erschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Neuausrichtung Nationaler Verbund Katastrophenmedizin KATAMED: Start Umsetzung Nationaler Aktionsplan

Mit der Neuausrichtung und Umbenennung des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) in KATAMED, den Nationalen Verbund Katastrophenmedizin, sollen die Partner des Gesundheitswesens der Schweiz gemeinsam besser auf Ausnahmesituationen vorbereitet werden.

Der Nationale Aktionsplan – NAP KATAMED ist gemeinsam mit den Partnern des Verbundsystems KATAMED in Umsetzung.

Soll-Termin: 31.12.2027

Ablösung Bevölkerungsinformations- und Alarmierungssystem (BIAS-Plattform): Abschluss Initialisierungsphase

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) plant und realisiert die Informations-, Alarmierungs- und Telematiksysteme des Bevölkerungsschutzes und sorgt für Betriebs-management, Werterhalt und Weiterentwicklung der Systeme. Es ist verantwortlich für die ständige Einsatz- und Betriebsbereitschaft dieser Systeme. Der Betrieb wird mit Dienstleistern von Bund und Kantonen, sowie mit externen Partnern, sichergestellt.

Initialisierungsphase ist abgeschlossen. Die Anforderungen und Rahmenbedingungen sind geklärt, so dass das neue Kernsystem wie auch die neue Sirenenfernsteuerung auf diesen Grundlagen basieren können.

Soll-Termin: 31.12.2027

Multikanalstrategie für die Information, Warnung und Alarmierung der Bevölkerung (MIWAB):

Abschluss Initialisierungsphase zur Ablösung Polyalert

Angesichts zunehmender Herausforderungen durch extreme Unwetter und andere Gefahrenlagen setzt die Schweiz weiterhin auf eine vielseitige Multikanalstrategie für die Alarmierung der Bevölkerung. Hierfür hat das BABS eine Strategie zur Modernisierung der Alarmierungs- und Informationssysteme für die nächsten 10 Jahre erstellt.

Ablösung Polyalert: Initialisierungsphase ist abgeschlossen. Polyalert ist in Zukunft zweigeteilt, bestehend aus einem Kernsystem und einer Sirenenfernsteuerung. Die Konzeptphasen für das Kernsystem wie auch die Sirenenfernsteuerung sind gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2027

STAATSSSEKRETARIAT FÜR SICHERHEITSPOLITIK (SEPOS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Einführung Sicherheitsdienstpflicht (in Umsetzung der Mo. SiK-N 25.3015 und SiK-S 25.3420):

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Einführung der Sicherheitsdienstpflicht eröffnen. Mit der Vorlage geht es darum, die Personalbestände von Armee und Zivilschutz angesichts geopolitischer Herausforderungen zu sichern. Dabei sollen Zivildienst und Zivilschutz in einem neuen «Katastrophenschutz» fusioniert werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision des Informationssicherheitsgesetzes (ISG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Revision des Informationssicherheitsgesetzes (ISG) eröffnen. Das ISG führt die wichtigsten Rechtsgrundlagen für die Sicherheit von Informationen und Informatikmitteln des Bundes zusammen. Die Revision berücksichtigt notwendige Anpassungen aufgrund zunehmender und veränderter Risiken und Bedrohungen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Memorandum of Understanding (MoU) «Air Situation Data Exchange» (ASDE+): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 das aktualisierte Memorandum of Understanding (MoU) «Air Situation Data Exchange» (ASDE+) genehmigen. Das Abkommen ermöglicht den Austausch klassifizierter Sensor- und Luftlagedaten über zivile und militärische Flugobjekte mit dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Supreme Headquarters Allied Forces Europe der Nato (SHAPE).

Soll-Termin: 30.06.2027

Memorandum of Understanding (MoU) «Luftlagedatenaustausch»: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 das Memorandum of Understanding (MoU) «Luftlagedatenaustausch» genehmigen. Beim MoU geht es um den Austausch von klassifizierten Sensor- und Luftlagedaten über zivile und militärische Flugobjekte mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich.

Soll-Termin: 30.06.2027

Aktualisiertes Abkommen zur Luftpolizei Kooperation: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das aktualisierte Abkommen zur Luftpolizei Kooperation mit den Nachbarstaaten genehmigen. Dabei geht es darum, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Luftwaffen zur Sicherung des Luftraums zu erweitern, um den Austausch von klassifizierten Sensor- und Luftlagedaten über zivile und militärische Flugobjekte zu ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Sicherheitspolitische Strategie des Bundesrats (Sipol-S): Umsetzung und Begleitung durch SEPOS

In der Sipol-S wird das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz analysiert. Die Strategie untersucht globale Trends und die konkreten Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz. Sie zeigt auf, welche Interessen und Ziele die Schweiz mit ihrer Sicherheitspolitik verfolgt und wie die Instrumente der Sicherheitspolitik zur Erreichung dieser Ziele beitragen müssen.

Die Massnahmen aus der Sicherheitspolitischen Strategie (Sipol-S) des Bundesrates werden mit allen beteiligten Sicherheitspartnern umgesetzt und durch das SEPOS als verantwortliches Staatssekretariat begleitet.

Soll-Termin: 31.12.2027

Interdepartementale Arbeitsgruppe (IDAG) Beeinflussungsaktivitäten / Desinformation: Konsolidierung und Vertiefung

Eine Interdepartementale Arbeitsgruppe (IDAG) zu Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation dient der Stärkung des Lagebildes, der nationalen und internationalen Koordination sowie der Entwicklung möglicher Gegenmassnahmen.

Die IDAG ist konsolidiert und hat ihre Arbeiten vertieft. Sie erstellt ein umfassenderes Lagebild, hat die nationale Koordination und Sensibilisierung gestärkt und pflegt regelmässige internationale Austausche.

Soll-Termin: 31.12.2027

Projekt DigiSec: Konfiguration der Prozesse

DigiSec ist ein Projekt zur Digitalisierung von Sicherheitsprozessen (ISMS) gemäß Informationssicherheitsverordnung (ISV) im VBS.

Die Konfiguration der Prozesse für das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) bei DigiSec ist zum Ende des ersten Quartals vollständig abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Obligatorischer Orientierungstag für Frauen: Vorbereitung Begleitung im Parlament

Der Bundesrat will den jungen Schweizerinnen einen vertieften Einblick in die Möglichkeiten und Chancen in der Armee und im Zivilschutz ermöglichen. Zu diesem Zweck will er einen obligatorischen Orientierungstag für junge Frauen einführen, wie er für junge Männer bereits Pflicht ist.

Die parlamentarische Beratung wird von Seiten des VBS bzw. des SEPOS begleitet und offene Fragen werden beantwortet bzw. geklärt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Informationssystem Sicherheitsprüfung: Vorbereitung der Ablösung des Systems

Das Informationssystem zur Sicherheitsprüfung (SIBAD) dient der effizienten Vornahme und Verwaltung der Personensicherheitsprüfungen des Bundes.

Das Informationssystem SIBAD soll abgelöst werden mit dem Ziel eines erhöhten Digitalisierungsgrads mit einem grossem Effizienzgewinn.

Soll-Termin: 31.12.2027

VERTEIDIGUNG (V)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Armeebotschaft 2027: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Armeebotschaft 2027 verabschieden. Die jährliche Armeebotschaft umfasst das Rüstungsprogramm und das Immobilienprogramm VBS. Das Rüstungsprogramm stellt die mittel- und langfristige technische Erneuerung der Armee sicher. Mit dem Immobilienprogramm bestreitet das VBS den laufenden Unterhalt der Infrastrukturen der Armee und die Infrastrukturinvestitionen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Streitkräfteentwicklung: Erarbeitung Grundlagen entlang Zielbild

Längerfristige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Armee

Grundlagen zur Doktrin, Organisation, Ausbildung, Material und Personal sind entlang dem Zielbild 2040 der Armee erarbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2027

Internationale Kooperation: Erhöhung Teilnahme an multinationalen Übungen

Vertiefung der bestehenden internationalen Kooperation der Armee.

Die Teilnahme an multinationalen Übungen und gemeinsamen Trainings mit ausländischen Partnern wird erhöht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Ausbildung: Training in Verbandsübungen

Ausbildung im Grundausbildungsdienst und im Ausbildungsdienst der Formationen der Armee

Der Kampf der verbundenen Waffen ist in Verbandsübungen im Grundausbildungsdienst und im Ausbildungsdienst der Formation trainiert. Erkennbare Fortschritte sind erreicht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bereitschaft der Armee: Einübung Bereitschaftsvorgaben

Die Bereitschaft der Armee definiert den Zustand, welcher notwendig ist, um einen Einsatz vorgabengemäss bestreiten zu können.

Die Bereitschaftsvorgaben der Armee sind eingeübt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beschaffungen: Ausrichtung Transformationsplanung auf die Teilstrategie V 2026

Die Beschaffungsprozesse sind in Zusammenarbeit mit der armasuisse vereinfacht und beschleunigt. Die Transformationsplanung ist auf die Teilstrategie V 2026 ausgerichtet. Dabei wird die Kohärenz zu Immobilien- und IKT-Vorhaben sichergestellt. Beschaffungsprozesse sind in Zusammenarbeit mit armasuisse vereinfacht und beschleunigt.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE (ARMASUISSE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz: Vorbereitung Realisierung «Schutzmassnahmen Bahn» und "Entsorgung der Munitionsrückstände"

Im ehemaligen Munitionslager Mitholz besteht ein höheres Risiko infolge einer Explosion von Munitionsrückständen als bisher angenommen. Bundesrat und Parlament haben die umfassende Räumung beschlossen.

Die Vorbereitung der Ausführung und die Ausschreibungen für die Realisierungstranche «Schutzmassnahmen Bahn» sind so weit fortgeschritten, dass nach Vorliegen der Plangenehmigung im 1. Halbjahr 2028 plangemäss mit der Bauausführung gestartet werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

Rüstungspolitische Strategie: Umsetzung von sieben Massnahmen

Die Umsetzung der Rüstungspolitischen Strategie erfolgt entlang der im Aktionsplan im Anhang der Strategie definierten Massnahmen und der dort definierten Fristen.

Vorbehaltlich Anpassungen an den Massnahmen durch die vom Bundesrat eingesetzte Interdepartementale Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Rüstungspolitischen Strategie sollten bis Ende 2027 sieben Massnahmen umgesetzt sein, wovon jedoch nur zwei in der alleinigen Umsetzungsverantwortung von armasuisse liegen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Erhöhung der Energieversorgungssicherheit: Realisierung Bauprojekte mit Batteriespeicher/PV-Anlagen

Die Energieversorgungssicherheit ist ein wichtiger Aspekt für die Leistungsfähigkeit der Armee und soll darum kontinuierlich erhöht werden.

Die Standortliste ist bezüglich Eignung für Bauprojekte im Bereich Batteriespeicher, Photovoltaikanlagen und Einbindung Ersatzstromanlage mit einer zwischen armasuisse und Verteidigung abgestimmten Priorisierung 1-3 vorliegend. Planung von Bauprojekten an mindestens 10 der priorisierten Standorte vorhanden.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO (SWISSTOPO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Konsolidierung der Geoplattform

Unter NGDI wird ein von allen für die Bereitstellung von Geobasisdaten Verantwortlichen gemeinsam entwickeltes, genutztes und fortgeführtes System von politischen, institutionellen und technologischen Massnahmen verstanden. Dieses System stellt sicher, dass Verfahren, Daten, Technologien, Standards, rechtliche Grundlagen, finanzielle und personelle Ressourcen zur Gewinnung und Nutzung von Geoinformationen ziel- und bedarfsorientiert den beteiligten Verwaltungen, Organisationen und Bürgern auf allen Entscheidungsebenen (lokal, regional und national) zur Verfügung gestellt werden können. Die Geoplattform Schweiz SWISSGEO stellt durchgängige, automatisierte Geodatenprozesse von der Datenintegration bis zur Nutzung sicher und ist integraler Bestandteil des Ökosystem Geoinformation zum Nutzen von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Soll-Termin: 31.12.2027

Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Datenaufbereitung eines Sechstels der Landesfläche der Schweiz

Der geologische Untergrund soll durch die Bereitstellung von digitalen, flächendeckenden und harmonisierten Daten digitalisiert werden.

Die Umsetzung erfolgt gemäss dem Aktionsplan «Digitalisierung des Untergrundes» und der Projektplanung «Nationales geologisches Modell NGM» (Top-Projekt VBS). Die mehrjährigen Ziele werden weiterverfolgt: Erstellung flächendeckender geologischer Datensätze, Schaffen eines zentralen Zugang zu geologischen Daten von nationalem Interesse, Verknüpfung von neuen mit bereits vorhandenen Daten von swisstopo und Auf- und Ausbau der dem NGM zugrundeliegenden geologischen Basismodelle. Im NGM arbeiten Bund, Kantone und private Akteure eng zusammen.

Soll-Termin: 31.12.2027

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Gesamtkonzept zur Konkretisierung des Zielbilds zur künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung verabschieden. Dieses beschreibt insbesondere den Zielzustand 2028 bis 2031 bezüglich Leistungsauftrag und Organisation sowie Finanzierung und Governance der Digitalen Verwaltung Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2028–2031»: Beschluss

Mit der Strategie der DVS schaffen Bund, Kantone und Gemeinden ein gemeinsames Verständnis für die Umsetzung und Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung. Die kooperativ ausgelegte Strategie definiert, welche Handlungsfelder auf allen drei föderalen Ebenen prioritär bearbeitet und welche gemeinsamen strategischen Schwerpunkte in den Jahren 2028 bis 2031 gesetzt werden.

Die Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2028–2031» ist durch den Bundesrat verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Entflechtung 2027: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 vom Schlussbericht des Projekts Entflechtung 2027 Kenntnis nehmen. Im Bericht werden mögliche Lösungsansätze zur Entflechtung von Aufgaben zwischen Bund und Kantonen dargelegt. Gestützt auf den Schlussbericht soll später entschieden werden, welche Aufgaben wie entflochten werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Festlegung Eckwerte mehrjährige Finanzbeschlüsse 2029-2032: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 im Hinblick auf die nächste Legislatur über die finanziellen Eckwerte zu den mehrjährigen Finanzbeschlüssen von grosser Tragweite beschliessen. Über diese Finanzbeschlüsse wird rund ein Viertel der Ausgaben des Bundes gesteuert. Namentlich sind das die Bereiche Bildung und Forschung, Armee, internationale Zusammenarbeit, Agrarpolitik, regionaler Personenverkehr, Umwelt und Kultur. Die Festlegung der Zielwachstumsraten gibt Bundesrat und Parlament die Gelegenheit, die politischen Prioritäten der anstehenden Legislatur 2028–2031 zu setzen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Neue Ausgaben müssen gegenfinanziert werden» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 24.3704): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Neue Ausgaben müssen gegenfinanziert werden» gutheissen. Der Bericht soll mögliche Massnahmen zur Gegenfinanzierung kostenintensiver Vorlagen aufzeigen. Er soll dazu beitragen, die Ausgabenproblematik zu entschärfen und damit den Bundeshaushalt nachhaltig zu stabilisieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Subventionsvergabepraxis optimieren» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 24.3927): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Subventionsvergabepraxis optimieren» gutheissen. Der Bericht soll Varianten zur Optimierung der Subventionsvergabe aufzeigen und die jeweiligen Vor- und Nachteile darlegen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Zentralisierung der operativen Finanztätigkeiten: Zentralisierung der operativen Finanztätigkeiten der Verwaltungseinheiten der Departemente UVEK und WBF im DLZ FI.

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 30.04.2025 werden die operativen Finanztätigkeiten der Departemente EDI, VBS (ziviler Teil), WBF, UVEK sowie der BK im Dienstleistungszentrum Finanzen (DLZ FI) der EFV zentralisiert.

Per Ende 2027 sollen die operativen Finanztätigen aller Verwaltungseinheiten der Departemente UVEK und WBF im DLZ FI zentralisiert und die Einsparpotentiale realisiert sein.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision Finanzhaushaltverordnung (u.a. Verzicht Legislaturfinanzplan): Inkraftsetzung

Das Parlament hat mit dem Entlastungspaket 2027 beschlossen, inskünftig auf den Legislaturfinanzplan zu verzichten (Art. 146 Abs. 4 ParlG). Die Finanzhaushaltverordnung muss entsprechend nachgeführt werden (Art. 5 FHV zum Legislaturfinanzplan). Bei Bedarf werden weitere Themen in die Revision miteinbezogen. Der Bundesrat wird die FHV-Revision im 1. Halbjahr 2027 in Kraft setzen. Damit wird der Parlamentsbeschluss vor Beginn der neuen Legislatur 2027-2031 (Wintersession 2027) umgesetzt.

Soll-Termin: 30.06.2027

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm «Digitale Transformation ZAS», Weiterentwicklung der Geschäftsprozessarchitektur, hauptsächlich in den Bereichen SAK und IVSTA, um die technologische Obsoleszenz zu minimieren und die Digitalisierung voranzutreiben: In der Ausführungsphase, mehr als 10 Projekte werden in Umsetzung sein

Ziel des Programms ist es, die Geschäftsprozessarchitektur in eine agilere Umgebung zu überführen, welche die Digitalisierung der Prozesse und den Austausch mit den Versicherten und Partnern fördert. Der technologischen Obsoleszenz wird darin ebenfalls Rechnung getragen, da bestimmte Komponenten des Informationssystems nicht mehr den aktuellen Marktstandards entsprechen. Die Führung und Kontrolle des Programms basieren auf der Planung. Diese beschreibt, wie die festgelegten Ziele erreicht werden und zeigt den aktuellen Projektstand sowie die zukünftige Entwicklung (Prognose) auf.

Soll-Termin: 31.12.2027

E-Sozialversicherungsplattform EP1 – erste Phase des Projekts: Modernisierung von TeleZAS und Einrichtung einer Austauschplattform mit den Ausgleichskassen: Formale Validierung der Zielarchitektur

Dieses Projekt ist Teil des vom Bundesamt für Sozialversicherungen getragenen nationalen Projekts E-Sozialversicherungsplattform (EP1). Sein Ziel ist die Modernisierung der Anwendung TeleZAS und die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform für die Vollzugsorgane der 1. Säule.

Die Ziel-Softwarearchitektur wird so festgelegt, dass sie den aktuellen Standards entspricht und einfacher zu warten ist.

Soll-Termin: 31.12.2027

Renov'UPI: technische Neuausrichtung der Anwendung «Neues zentrales Versichertenregister» (NRA-UPI) zur Verringerung der technischen Last und Erhöhung der Sicherheit: Formale Validierung der Ziel-Softwarearchitektur

Im Rahmen einer Analyse des UPI-Registers wurden zwei zentrale Zukunftsschwerpunkte definiert, die als Leitmotiv für das Projekt dienen. Einerseits die nachhaltige Integration des Betriebes der Anwendung UPI bei der ZAS sicherzustellen sowie andererseits die Abhängigkeit zum Lieferanten zu reduzieren (sofern sich dies als effizient und strategisch vorteilhaft erweisen sollte). Die Weiterentwicklung der Anwendung UPI soll demnach schrittweise intern übernommen werden. Das dafür erforderliche technische Know-how soll gezielt aufgebaut werden, um die Übernahme zu gewährleisten.

Die Ziel-Softwarearchitektur wird so festgelegt, dass sie den aktuellen Standards entspricht und einfacher zu warten ist.

Soll-Termin: 31.12.2027

Zulagen für Betreuungskosten: Anpassung des Familienzulagenregisters und Erstellung des Registers der anerkannten Betreuungseinrichtungen: Genehmigung des Projektauftrags

Es soll eine neue Zulage für Betreuungskosten eingeführt werden, die auf dem Modell der Familienzulagen basiert und an die Erwerbstätigkeit der Eltern geknüpft ist, sofern das Kind in einer Einrichtung betreut wird. Die Studie wird durchgeführt, es werden Lösungsvarianten ausgearbeitet, und auf der Grundlage der ausgewählten Variante werden der Managementplan sowie der Durchführungsauftrag festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2027

MOSAR IK+: Umgestaltung der Austauschprozesse mit den Ausgleichskassen im Bereich der individuellen Konten: Freigabe des Projektdurchführungsauftrags

Das BSV möchte den elektronischen Austausch zwischen den Ausgleichskassen und dem Versichertenregister (VR) modernisieren. Dabei sollen die Qualität der von den Ausgleichskassen gelieferten Daten zu den Versicherten verbessert und die Geschäftsprozesse effizienter gestaltet werden. Die Leitung des Projekts MOSAR – IK hat entschieden, das ursprüngliche Projekt MOSAR – IK in zwei Teile aufzuteilen, um die Risiken zu minimieren und sich dem Zeitplan des nationalen Projekts anzupassen. 1. MOSAR – IK 2. MOSAR – IK+.

Die Studie wird durchgeführt, es werden Lösungsvarianten ausgearbeitet, und auf der Grundlage der ausgewählten Variante werden der Managementplan sowie der Durchführungsauftrag festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung einer neuen Verkaufsstrategie Sondermünzen: Neue Verkaufsstrategie implementieren

Das Ziel besteht darin, die neu definierte Verkaufsstrategie konsequent zu implementieren und die gewonnenen Erkenntnisse nachhaltig in konkrete Massnahmen im Vertriebsalltag zu überführen.

Die neu definierte Verkaufsstrategie ist im Vertrieb eingeführt, von allen Mitarbeitenden verstanden und wird durch erste konkrete Massnahmen im Vertriebsalltag sichtbar umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bilaterales Abkommen zum automatischen Informationsaustausch über Kryptowerte mit den USA:

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zum Abkommen eröffnen. Das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und den USA hat zum Ziel, den automatischen Informationsaustausch über Krypto-Vermögenswerte zwischen der Schweiz und den USA umzusetzen. Dieses Abkommen, das auf dem Melderahmen für Krypto-Assets der OECD basiert, sieht einen jährlichen Austausch zwischen den zuständigen Steuerbehörden vor.

Soll-Termin: 31.12.2027

FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1 mit den USA in Kraft setzen. Mit dem Modell 1 wird ein automatischer und gegenseitiger Informationsaustausch über Kontodaten zwischen den zuständigen Behörden eingeführt werden. Die Schweiz wird von den USA auch Daten über Kunden mit Wohnsitz in der Schweiz erhalten. Darüber hinaus werden FATCA-Gruppenersuchen seitens der USA unter dem Modell 1 wegfallen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit den USA verabschieden. Das Protokoll ändert das DBA in wesentlichen Punkten. Es verbessert die Vermeidung der Doppelbesteuerung für natürliche Personen und Unternehmen im US-amerikanisch-schweizerischen Verhältnis und erhöht den Schutz gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme des Abkommens.

Soll-Termin: 30.06.2027

Greenwashing-Prävention im Finanzsektor: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 von der Evaluation der Selbstregulierung der Branche zur Verhinderung von Greenwashing Kenntnis nehmen und über einen allfälligen Handlungsbedarf beschliessen. Die Selbstregulierung setzt verschiedene Aspekte der Position des Bundesrates um, einschliesslich der Definition von nachhaltigen Anlagezielen, der Beschreibung der angewendeten Nachhaltigkeitsansätze und der Rechenschaftspflicht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Verbesserung der Versicherungsdeckung bei Baumängeln» (in Erfüllung des Po. RK-N 25.3005): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats RK-N 25.3005 verabschieden. Der Bericht soll aufzuzeigen, welche Schwierigkeiten und Lücken bezüglich Versicherungsdeckung bei Bauschäden – namentlich Baumängeln – insbesondere im Werkvertrag gemäss Obligationenrecht und in der Regelung der SIA-Norm 118 oder im Kaufvertrag bestehen können und evaluieren, wie die Situation verbessert werden könnte.

Soll-Termin: 30.06.2027

Stabilität des Finanzplatzes Schweiz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes (Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität und des Berichts der parlamentarischen Untersuchungskommission) verabschieden. Dabei wird ein umfangreiches Massnahmenpaket aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität 2024 und aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission «Geschäftsführung der Behörden – CS-Notfusion» 2024 umgesetzt. Zur Wahrung der Finanzstabilität sollen die Prävention und das Liquiditätsdispositiv gestärkt sowie das Instrumentarium im Krisenfall erweitert werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung Eigenmittelverordnung (ERV) nach Gesetzesrevision «Too-big-to-fail» (TBTf):

Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Änderung der Eigenmittelverordnung (Bestimmungen zur Eigenmittelunterlegung ausländischer Tochtergesellschaften) in Kraft setzen. Diese regelt insbesondere die Übergangsfristen zur Eigenmittelunterlegung ausländischer Tochtergesellschaften.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Finanzmarktinfrastukturgesetzes (FinfraG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Revision des Finanzmarktinfrastukturgesetzes (FinfraG) verabschieden. Diese Revision hat zum Ziel, die Stabilität des Finanzsystems und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes zu stärken. Der Vorschlag zielt darauf ab, bestimmte Bestimmungen zu den Infrastrukturen der Finanzmärkte sowie Anforderungen im Bereich des Marktverhaltens zu ändern.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Finanzinstitutsgesetzes (FINIG) im Hinblick auf innovative Geschäftsmodelle der Finanzinstitute: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Revision des Finanzinstitutsgesetzes verabschieden. Diese Revision hat zum Ziel, den Rechtsrahmen für innovative Geschäftsmodelle von Finanzinstituten zu verbessern. Der Änderungsvorschlag betrifft insbesondere das Bewilligungsregime für Geschäftsmodelle im Zusammenhang mit stabilen Kryptowährungen (Stablecoins) und Krypto-Assets.

Soll-Termin: 30.06.2027

Eidgenössische Volksinitiative «Für einen nachhaltigen und zukunftssicheren Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für einen nachhaltigen und zukunftssicheren Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)» verabschieden. Die Volksinitiative sieht vor, die ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Schweizer Finanzplatzes in der Bundesverfassung festzuschreiben und Geschäftstätigkeiten im Bereich der Förderung fossiler Energievorkommen zu verbieten.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) (in Umsetzung der Mo. Candinas 24.3202): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) verabschieden. Die Gesetzesvorlage setzt die Motion Candinas 24.3202 um. Die Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursämter sollen in Artikel 11 Absatz 1 BGSA aufgenommen werden. Durch Änderungen im BGSA und im OR soll zudem kantonalen Kontrollorganen sowie Dritten erlaubt werden, Hinweise auf Verstösse gegen das Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursrecht an die zuständigen Behörden weiterzuleiten. Weiter soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Kontrollbehörden direkten Zugang zu Verkehrszulassungsinformationen zu ermöglichen. Dadurch können Arbeitgeber und -nehmer bei Kontrollen anhand von Firmenfahrzeugen leichter identifiziert werden. Schliesslich will der Bundesrat eine Lücke im Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen (TJPG) schliessen, damit die zuständigen Stellen im Bereich der Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch, Versicherungsbetrug und Schwarzarbeit dem Transparenzregister Unstimmigkeiten melden dürfen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktive Interessenwahrung in multilateralen Gremien: Teilnahme am G20 Finance Track 2028 ist gesichert

Die Interessen der Schweiz in internationalen Finanz-, Währungs- und Steuerfragen werden in den relevanten multilateralen Gremien (insb. IWF, FSB, OECD, FATF, G20, UNO) aktiv vertreten und gewahrt. Die Teilnahme am G20 Finance Track wird angestrebt. Teilnahme am G20 Finance Track 2028 ist gesichert. Die Positionen der Schweiz sind in den relevanten Gremien eingebracht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Aktive Interessenwahrung bilateral und Verbesserung des Marktzugangs: Laufende Verhandlungen können vorangebracht und wo möglich abgeschlossen werden.

Die Interessen der Schweiz in internationalen Finanz-, Währungs- und Steuerfragen werden im bilateralen Verhältnis im Rahmen von Verhandlungen, Finanzdialog und mittels Ausbau des Beziehungsnetzes aktiv vertreten und gewahrt. Praktikable Lösungen zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend erbrachte Finanzdienstleistungen werden eingebracht und angestrebt. Die Interessen der Schweiz im bilateralen Verhältnis gegenüber Partnerstaaten werden vertreten. Mit ausgewählten Partnerstaaten wurden die Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend erbrachte Finanzdienstleistungen diskutiert und wo möglich praktikable Lösungen zur Verbesserung des Marktzuganges erzielt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Zugang zu ausländischen Entlastungsverfahren und Verbesserung der Standortattraktivität des Schweizer Kapitalmarkts: Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage und Aufnahme der Arbeiten betreffend die digitale Schweizer Ansässigkeitsbescheinigung und die Prüfung von Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Kapitalmarkts Schweiz.

Es werden die erforderlichen Rechtsgrundlagen geprüft und gegebenenfalls geschaffen, damit Schweizer Finanzintermediäre an ausländischen Entlastungsverfahren im Steuerbereich teilnehmen können. Zudem wird geprüft, mit welchen Massnahmen im Bereich der Schweizer Quellenbesteuerung (Verrechnungssteuer) die Attraktivität des Schweizer Kapitalmarkts erhöht werden könnte und mit den Kantonen die Ausstellung einer digitalen Schweizer Ansässigkeitsbescheinigung diskutiert. Die Vernehmlassungsvorlage zu den Rechtsgrundlagen für die Teilnahme von Schweizer Finanzintermediären an ausländischen Entlastungsverfahren ist erarbeitet. Mit den Kantonen sind die Rahmenbedingungen für die Ausstellung einer digitalen Ansässigkeitsbescheinigung erörtert und die ESTV wird bei der Prüfung und Beurteilung möglicher Massnahmen im Bereich der Verrechnungssteuer zur Steigerung der Attraktivität des Kapitalmarkts Schweiz unterstützt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Financial Action Task Force (FATF) Länderexamen: Schriftliche Eingabe zur effektiven Umsetzung, Vor-Ort-Besuch und Berichtsentwurf

Es werden die notwendigen Arbeiten durchgeführt, damit die Schweiz das FATF Länderexamen erfolgreich absolviert.

Die schriftlichen Eingaben zur effektiven Umsetzung sind koordiniert und rechtzeitig eingereicht. Der Vor-Ort-Besuch ist koordiniert, die Bundesstellen und den Privatsektor vorbereitet und zur Teilnahme motiviert. Die schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen der Schweiz zum Berichtsentwurf sind koordiniert und werden rechtzeitig eingereicht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Begleitung des parlamentarischen Prozesses zum "Too-big-to-fail"-Paket (TBTF): Alle Aufträge des Parlaments wurden fristgerecht erledigt

Die Grundlagen für die Beratung der TBTF-Gesetzesvorlagen in den Kommissionen und im Plenum sowie für die Erstellung hängiger Postulatsberichte zur Bankenregulierung sind erarbeitet. Aufträge, Anfragen und Vorstösse aus dem Parlament zur TBTF-Thematik sind beantwortet.

Die Arbeiten sind inhaltlich koordiniert und die notwendigen Vorbereitungen und Lieferobjekte rechtzeitig ans Parlament oder die Kommissionen eingereicht. Die Fachvertretung der Themen wird stets abgedeckt.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) (in Umsetzung der Mo. Engler 18.3235 und WAK-S 23.3012): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft über eine Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (MWSTG) verabschieden. Durch die Umsetzung zweier Motionen soll einerseits die Plattformbesteuerung auf elektronische Dienstleistungen ausgeweitet werden und andererseits die einheitliche Besteuerung von Leistungskombinationen bereits möglich sein, wenn die überwiegende Leistung 55 Prozent statt wie bisher 70 Prozent ausmacht. Auch in die Botschaft aufgenommen wird die Meldung an die Handelsregisterbehörden über obligatorisch im Mehrwertsteuerregister eingetragene Einzelunternehmen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Schaffung einer formellen Gesetzesgrundlage für die Übermittlung von Steuerdaten durch die Kantone an den Bund (in Umsetzung der Motion WAK-N 25.3025): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer formellen Gesetzesgrundlage für die Übermittlung von Steuerdaten durch die Kantone an den Bund eröffnen. Mit der Vorlage sollen die Kantone dem Bund künftig zu statistischen und aufsichtsrechtlichen Zwecken umfassende Daten zur direkten Bundessteuer und zu kantonalen Steuern übermitteln.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) und des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG) (Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft stärken): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Mehrwertsteuergesetz und zum Bundesgesetz über die Stempelabgaben (Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft stärken) verabschieden. Künftig soll bei der Mehrwertsteuer unabhängig vom Umsatz die jährliche Abrechnung gewählt werden können. Im Gesetz über die Stempelabgaben soll bei Sanierungen künftig eine Ausnahme von der Emissionsabgabe die Gesuche auf Erlass oder Stundung überflüssig machen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung der Verrechnungssteuerverordnung (VStV), der Verordnung über die Stempelabgaben, der Verordnung über die Steuerentlastung schweizerischer Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen ausländischer Gesellschaften sowie der Verordnung zum schweizerisch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 2. Oktober 1996 (Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft stärken): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die administrativen Entlastungsmassnahmen im Steuerbereich für Unternehmen auf Verordnungsstufe in Kraft setzen. Künftig soll bei der Verrechnungssteuer das Meldeverfahren auch ausserhalb des Mutter-Tochter-Verhältnisses angewendet werden können. Bei der Verrechnungssteuer und bei den Stempelabgaben soll zudem in bestimmten Fällen auf die obligatorische Zustellung der Jahresabschlüsse verzichtet werden können.

Soll-Termin: 30.06.2027

Überführung der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV) in ein Bundesgesetz:

Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Eckwerte der Vernehmlassungsvorlage zur Ablösung der Mindestbesteuerungsverordnung (MindStV) festlegen. Gemäss der Übergangsbestimmung in der Verfassung ist der Bundesrat gehalten, die Botschaft spätestens Ende 2029 zu verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Besteuerung auf Bundesebene von Plattformen für Fahr- und Essenslieferdienste» (in Erfüllung des Po. Poggia 25.3079): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Poggia 25.3079 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, ob das Steuerrecht Lücken bei der Besteuerung von Plattformen für Fahr- und Essenslieferdienstleistungen enthält. Dabei soll insbesondere auf das Mehrwertsteuerrecht eingegangen und eine Ausweitung der Plattformbesteuerung auf diesen Bereich behandelt werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Parteispendenabzug pro Person für beide Ehegatten zulassen» (in Erfüllung der Mo. WAK-S 24.3394): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Motion WAK-S 24.3394 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Auswirkungen eine Zulassung des Parteispendenabzugs für natürliche Personen gemäss Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe i des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer für beide Ehegatten pro Person hätte. Gleichzeitig prüft er, wie die Gleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Paaren ohne Mindereinnahmen erreicht werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Quantifizierung der Steuervergünstigungen» (in Erfüllung des Po. FK-N 25.3531):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats FK-N 25.3531 gutheissen. Der Bundesrat wird beauftragt, analog zu 2011 eine Studie in Auftrag zu geben, um den Umfang und den Nutzen der Steuervergünstigungen abschätzen zu können. Der Bundesrat wird primär die Liste der Vergünstigungen aktualisieren und deren finanzielle Auswirkungen schätzen, soweit die verfügbaren Daten dies zulassen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Die Fristen für die Rückerstattung der Verrechnungssteuer kürzen und damit den Bundeshaushalt entlasten» (in Erfüllung des Po. Broulis 25.3697): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Broulis 25.3697 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, ob eine Verkürzung der Frist rechtlich und administrativ sinnvoll ist, wie eine solche Verkürzung ausgestaltet werden könnte und welche Auswirkungen dies auf den Bundeshaushalt und die Unternehmen hätte. Dabei geht er auch auf die Frage ein, ob in einem negativen Zinsumfeld auch die vom Bund angebotenen Vergütungszinsen negativ sein sollten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Altersarbeit steuerlich entlasten» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Thomas 25.4023):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Rechsteiner Thomas 25.4023 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Massnahmen geeignet sind, damit die Pensionierten in der Schweiz vermehrt über das AHV-Alter hinaus weiterarbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Umsetzung weiterer Vorhaben

Die ESTV beabsichtigt, ihre Verfahren in den kommenden Jahren vollständig zu digitalisieren, um seitens Verwaltung die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Bundesgesetzes über elektronische Verfahren im Steuerbereich zur Verfügung stellen zu können.

Weitere Digitalisierungs-vorhaben aus dem ESTV-Projektportfolio werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Internationaler Informationsaustausch: Umsetzung der Vorhaben gemäss Terminvorgabe.

Zahlreiche Gesetzesvorhaben im Bereich des internationalen Informationsaustausches stehen vor der Umsetzung (Grenzgängerabkommen CH-F, CARF bzw. AIA für Crypto-Assets, FATCA Modellwechsel). Die anstehenden Vorhaben im Bereich des internationalen Informationsaustausches sind gemäss den terminlichen Vorgaben aus den Gesetzgebungsverfahren umzusetzen.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts werden der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Erweiterung Warenverkehrssystem Passar (DaziT): Produktiver Einsatz im Warenverkehr bei der Einfuhr

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst. Der Warenverkehrsprozess wird dabei für alle Verfahren und Verkehrsarten vereinfacht und standardisiert. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübertritt ohne Halt und damit verbunden eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft. Die Hauptfunktionalitäten von Passar 2.0 (Einfuhr inkl. Bewilligungen, Kontingente und überwachte Verfahren) sind produktiv und das Alt-System e-dec ist ausser Betrieb gesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Grenzkontrollen am EuroAirport Basel-Mulhouse: Abschluss der Verhandlungen mit Basel-Stadt

Die Personenkontrolle nach Artikel 9 Absatz 1 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG, SR 142.20) ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone. An den internationalen Flughäfen in Genf und Basel – aber nicht in Zürich – führt das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) im Auftrag der Kantone die Personenkontrollen durch. Gemäss einer Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (Bericht EFK-21335) sind die vom BAZG erbrachten Leistungen für die Durchführung der Grenzkontrolle an den Flughäfen Genf und Basel zu Vollkosten durch die Kantone zu vergüten und in Form einer Leistungsvereinbarung auszugestalten. Mit dem Kanton Genf wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt laufen noch, da aus Sicht des Kantons die originäre Zuständigkeit am EuroAirport rechtlich unklar ist.

Die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt in Bezug auf die Durchführung der Grenzkontrollen am EuroAirport sind abgeschlossen. Die Frage der originären Zuständigkeit für diese Kontrollen ist geklärt.

Soll-Termin: 30.06.2027

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Swiss Government Cloud: Erste Funktionalitäten produktiv nutzbar

Mit der Swiss Government Cloud (SGC) wird eine neue, auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Bundesverwaltung zugeschnittene Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur aufgebaut. Damit soll es die SGC der Bundesverwaltung künftig ermöglichen, das Massengeschäft im Cloud-Bereich über eine einheitliche Gesamtlösung abzuwickeln. Zu diesem Zweck wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt: Nebst dem Aufbau der Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur werden auch Investitionen in die Bereiche «Ausbildung, Beratung und Governance», «Betriebs- und kommerzielle Prozesse», «Cybersicherheit» und «Netzwerkinfrastruktur» getätigt.

Erste Funktionalitäten der SGC können produktiv genutzt werden.

Soll-Termin: 01.09.2027

IKT Standardisierung (iTASK-U LE BIT; IT der Armee separieren und konzentrieren): Umsetzung Entflechtungsroadmap 2027

Die per Blockmove von der Gruppe Verteidigung übernommenen IKT-Plattform-Services (BITS) werden im Auftrag iTASK-U entsprechend ihrer Zielausrichtung analysiert und schrittweise migriert: Nicht einsatzkritische Services werden im Rahmen des Programms IKT Standardisierung (iTASK-U LE BIT) technisch und prozessual in den BIT-Standard überführt, während einsatzkritische Services in den Betrieb des Kommando Cyber überführt werden sollen. Analog zu 2026 umfasst das Programm auf Seite BIT im Jahr 2027 sowohl Planungs- und Initialisierungsaktivitäten für das laufende und die folgenden Jahre als auch die konkrete Umsetzung entsprechender Migrationsvorhaben.

Die in der Entflechtungsroadmap 2027 (DLV2027) vorgesehenen Vorhaben des Leistungserbringers BIT werden umgesetzt. Gleichzeitig werden die Entflechtungsroadmap 2028 erarbeitet (DLV2028) und die Planung der Folgejahre skizziert.

Soll-Termin: 31.12.2027

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales HR-Dokumentenmanagement: Einführung Digitales HR Dokumentenmanagement

Mit dem digitalen Dokumentenmanagement werden Dokumente systemgestützt generiert, verarbeitet und abgelegt. Dadurch werden manuelle Arbeiten reduziert, Prozesse vereinheitlicht sowie Datenqualität und Transparenz bei HR-Dokumenten nachhaltig verbessert.

Bis Ende 2027 ist die digitale Erstellung, Freigabe und Ablage von HR-Dokumenten produktiv umgesetzt. Dokumente werden auf Basis der Daten in SAP SuccessFactors Employee Central systemgestützt generiert, elektronisch unterzeichnet und, soweit möglich, automatisiert ins e-Personaldossier übertragen.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Flexible Arbeitsformen: Bern, Sanierung Verwaltungsgebäude Taubenstrasse 16; Beginn Realisierung

Das aktuelle Unterbringungskonzept baut auf den bestehenden Grundsätzen des Unterbringungskonzepts 2024 (UK 2024) auf und schafft im Grossraum Bern auf den Campus-Arealen optimale Voraussetzungen für flexible Arbeitsformen. Folgende Stossrichtungen werden verfolgt: Optimale Flächennutzung mittels Umsetzung der Standards Multispace und Desksharing; effiziente, produktive und bereichsübergreifende Zusammenarbeit an konzentrierten Campus-Standorten sowie flexible Gebäude und Infrastruktur, um auf sich verändernde Situationen sowie betriebliche Bedarfe der Nutzenden reagieren zu können. Baubewilligung ist erteilt und der Baubeginn ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2027

WBF

GENERALSEKRETARIAT WBF (GS-WBF)

PROJEKTE UND VORHABEN

Zentralisierung operativer Tätigkeiten im Finanz- und im Personalbereich: Vollzug der Harmonisierung der administrativen HR-Prozesse mit den Ämtern und Umsetzung der Zentralisierung.

Das GS-WBF führt im Bereich HR, gemeinsam mit den Ämtern des WBF und gemäss Auftrag des Bundesrates, das Projekt zur Harmonisierung, Digitalisierung und Zentralisierung der administrativen Personalprozesse beim Dienstleistungszentrum Personal des Eidg. Personalamtes durch. Das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase.

Soll-Termin: 31.12.2027

Zentralisierung operativer Tätigkeiten im Finanz- und im Personalbereich: Abschluss der Zentralisierung der operativen Tätigkeiten im Finanzbereich im gesamten WBF.

Das GS-WBF setzt im Bereich Finanzen gemeinsam mit den Ämtern des WBF und gemäss Auftrag des Bundesrates das Projekt zur Zentralisierung der operativen Tätigkeiten im Finanzbereich im Eidgenössischen Finanzdepartement (Dienstleistungszentrum Finanzen der Eidg. Finanzverwaltung) um.

Soll-Termin: 31.12.2027

STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Abkommen über den digitalen Handel zwischen den EFTA-Staaten und Singapur (Digitalabkommen):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Digitalabkommen mit Singapur verabschieden. Mit dem Digitalabkommen wird die Rechtssicherheit im digitalen Handel mit Singapur verbessert, mögliche Diskriminierungen gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern vermieden, der freie und sichere Datenfluss unter Einhaltung spezifischer Massnahmen zum Schutz von Personendaten sichergestellt und die Zusammenarbeit der Schweiz mit Singapur im Bereich des digitalen Handels gefördert.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Klarheit über die Bedeutung des Upov 91 für die Schweiz und über dessen Auswirkungen» (in Erfüllung des Po. APK-N 24.4267): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Klarheit über die Bedeutung des Upov 91 für die Schweiz und über dessen Auswirkungen» gutheissen. Der Bericht untersucht die Auswirkungen der UPOV Konvention und deren Bedeutung für die Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2027

Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) verabschieden. Das THG erleichtert den Warenhandel der Schweiz im Bereich der Produktvorschriften. Die Teilrevision soll der Verlagerung des Handels in den virtuellen Raum Rechnung tragen. Beispielsweise soll der Begriff des Inverkehrbringers so angepasst werden, dass er auch Anbieter von Online-Marktplätzen umfasst. Für die Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen kann weiter vorgesehen werden, dass der für ein Produkt verantwortliche Wirtschaftsakteur einen Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz hat.

Soll-Termin: 31.12.2027

Freihandelsabkommen mit Vietnam: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einem neuen Freihandelsabkommen mit Vietnam verabschieden. Ziel ist es, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu sichern sowie Rechtssicherheit zu schaffen, um der Schweizer Wirtschaft möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Aktualisierung bestehender Freihandelsabkommen: Verabschiedung der Botschaften

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaften zur Modernisierung von bestehenden Freihandelsabkommen (China und UK) wenn möglich verabschieden. Ziel ist es, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu sichern sowie Rechtssicherheit zu schaffen, um der Schweizer Wirtschaft möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Standortförderung 2028-2031: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft Standortförderung 2028–2031 verabschieden. Die Standortförderung des Bundes ergänzt die Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik des Bundes, verbessert die Rahmenbedingungen für KMU, unterstützt Innovation, Digitalisierung und nachhaltige Produktionsprozesse und stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit. Sie fördert regionale Entwicklung, reduziert wirtschaftliche Disparitäten und erhöht die Standortattraktivität der Schweiz. Die Standortförderung des Bundes setzt für die Jahre 2028–2031 die drei folgenden Schwerpunkte: KMU administrativ entlasten, Zugang für KMU zu internationalen Märkten erleichtern und Regionen wirtschaftlich stärken.

Soll-Termin: 30.06.2027

Teilrevision des Bundesgesetzes über Produktesicherheit (PrSG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Produktesicherheit (PrSG) verabschieden. Das PrSG soll wie bis anhin die Sicherheit von Produkten gewährleisten und den grenzüberschreitenden freien Warenverkehr erleichtern. Soweit sinnvoll sollen mit der Teilrevision des PrSG wesentliche Elemente aus den europäischen Regulierungen zur Produktesicherheit und Marktüberwachung ins Schweizer Recht aufgenommen werden, wie beispielsweise die Anforderungen an den Onlinehandel sowie die Kompetenzen der Marktüberwachungsbehörden zur Kontrolle von Produkten im Onlinehandel.

Soll-Termin: 31.12.2027

Tourismusstrategie des Bundes ab 2027: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die neue Tourismusstrategie genehmigen. Damit werden die grossen Linien für die zukünftige Tourismuspolitik der Schweiz aufgezeigt, die möglichst die kommenden zwei Legislaturperioden umfassen, da die wesentlichen Herausforderungen, welche mit der Tourismusstrategie adressiert werden, mittel- bis längerfristiger Natur sind. Sie wird weiterhin auf die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus ausgerichtet sein, jedoch verstärkt die ökologische und gesellschaftliche nachhaltige Entwicklung im Fokus haben.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (in Umsetzung der Mo. WAK-S 25.3020): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 eine Botschaft zur Umsetzung der Motion WAK-S 25.3020 verabschieden. Damit werden Anforderungen an die Gebührentransparenz bei bargeldlosen Zahlungsverfahren im Vier-Parteien-Modell (Händler, Acquirer, Kartenherausgeber, Karteninhaber) gegenüber den Händlern geschaffen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung der Verordnung über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeugsektor (KFZ-Verordnung) (in Umsetzung der Mo. Guggen 22.3838):

Genehmigung/Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 eine Änderung der KFZ-Verordnung gutheissen. Dabei soll in Erfüllung der Motion Guggen 22.3838 klargestellt werden, dass die Bestimmungen des Kartellgesetzes auch für Agenturmodelle anwendbar sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

Wachstumsbericht des Bundesrates: Gutheissung / Genehmigung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 seinen Wachstumsbericht zur Stärkung der Schweizer Volkswirtschaft gutheissen. Zuletzt wurde ein solcher Bericht im Mai 2024 als Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft veröffentlicht. Mit dem Bericht soll auch das überwiesene Postulat Michaud Gigon 25.4260 erfüllt werden. Im Bericht soll aufgezeigt werden, wie die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit unter den sich verändernden Rahmenbedingungen sichern und stärken kann. Der Bericht soll einen strategischen Orientierungsrahmen bieten sowie Reformoptionen aufzeigen und als Grundlage für die wirtschaftspolitische Agenda für die Legislaturperiode 2027–2031 dienen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) (in Umsetzung der Mo. Candinas 24.3202): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) verabschieden. Die Gesetzesvorlage setzt die Motion Candinas 24.3202 um. Die Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursämter sollen in Artikel 11 Absatz 1 BGSA aufgenommen werden. Durch Änderungen im BGSA und im OR soll zudem kantonalen Kontrollorganen sowie Dritten erlaubt werden, Hinweise auf Verstösse gegen das Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursrecht an die zuständigen Behörden weiterzuleiten. Weiter soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Kontrollbehörden direkten Zugang zu Verkehrszulassungsinformationen zu ermöglichen. Dadurch können Arbeitgeber und -nehmer bei Kontrollen anhand von Firmenfahrzeugen leichter identifiziert werden. Schliesslich will der Bundesrat eine Lücke im Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen (TJPG) schliessen, damit die zuständigen Stellen im Bereich der Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch, Versicherungsbetrug und Schwarzarbeit dem Transparenzregister Unstimmigkeiten melden dürfen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt - Monitoring 2027»: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt – Monitoring 2027» gutheissen. Der Bericht analysiert die bisherigen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt mit einem Fokus auf die Künstliche Intelligenz. Er erörtert, inwieweit die bestehenden Rahmenbedingungen geeignet sind bzw. angepasst werden müssten, um einerseits die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und andererseits möglichen Risiken zu begegnen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft IDB Invest: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft IDB Invest verabschieden. Mit dem Beitrag fördert die Schweiz die Entwicklung des Privatsektors in Lateinamerika, fördert den Handel im Rahmen des Mercosur-Abkommens und erleichtert den Marktzugang für den Schweizer Privatsektor. Die Beteiligung steht im Einklang mit der Priorisierung der multilateralen Entwicklungsbanken. Die Interamerikanische Entwicklungsbank, zu der auch IDB Invest gehört, ist eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2027

Investitionsprüfgesetz (IPG) und Investitionsprüfverordnung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Investitionsprüfverordnung gutheissen und über das Inkrafttreten des Investitionsprüfgesetzes (IPG) befinden. In der Verordnung werden die Genehmigungspflicht und das Genehmigungsverfahren gemäss IPG präzisiert. Das IPG bezweckt, Übernahmen inländischer Unternehmen durch ausländische Investoren zu verhindern, wenn diese Übernahmen die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Schweiz gefährden oder bedrohen. Hierfür werden bestimmte Übernahmen von inländischen Unternehmen einer Genehmigungspflicht unterstellt. Betroffen sind Unternehmen, die in einem besonders kritischen Bereich tätig sind und durch ausländische Investoren übernommen werden, die staatlich kontrolliert sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Paket Schweiz – EU (Bilaterale III): Vorbereitung der Umsetzung des Pakets Schweiz – EU (Bilaterale III)

Nach der Verabschiedung der Botschaft über das Paket Schweiz – EU (Bilaterale III) gilt es, eine Umsetzung der Abkommen und inländischen Begleitmassnahmen ab einem allfälligen Inkrafttreten vorzubereiten. Für das SECO beinhaltet dies u.a. die Ausarbeitung und Anpassung von Vollzugshilfen im Bereich Lohnschutz, die Vorarbeiten zur Einführung einer Beihilfeüberwachung, die Arbeiten zur Aktualisierung des MRA und allfällige Übergangsmassnahmen, sowie die Vorarbeiten im Hinblick auf einen nächsten Schweizer Beitrag. Dies in enger Koordination mit der EU bzw. internen Stakeholdern wie Parlament, Kantonen, Wirtschaft und Sozialpartnern.

Soll-Termin: 31.12.2027

Wiederaufbau Ukraine: Umsetzung der Massnahmen zum Wiederaufbau

Im Rahmen des Länderprogramms Ukraine 2025-2028 unterstützt die Schweiz die vom Krieg betroffene Bevölkerung und setzt dabei auch Massnahmen für den Wiederaufbau der Ukraine um. Die Massnahmen umfassen die Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit und ergänzend dazu Massnahmen, die es erlauben, den Schweizer Privatsektor stärker in den Wiederaufbauprozess der Ukraine einzubinden, um eine widerstandsfähige und nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Auf Basis der neuen rechtlichen Grundlage soll dabei die Zusammenarbeit mit Schweizer Unternehmen gefördert werden, die bisher über keine Niederlassung in der Ukraine verfügen.

Die Massnahmen zum Wiederaufbau der Ukraine werden im Rahmen des Länderprogramms Ukraine 2025-2028 umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Informatikprojekt "EasyGov 2.0": Umsetzung und Einführung der Portalplattform EasyGov 2.0 mit Low-Code-Infrastruktur

Das Projekt «Strategische Neuausrichtung EasyGov» (kurz EasyGov 2.0) schafft die technischen und organisatorischen Grundlagen für eine stabile Weiterentwicklung der EasyGov-Plattform. Ziel ist die Ablösung des aktuellen EasyGov-Portals durch eine neue, moderne Portalplattform.

Das Projekt EasyGov 2.0 erneuert EasyGov technisch und organisatorisch grundlegend. Es wird eine neue, zukunftsgerichtete Plattform mit einer Low-Code-Infrastruktur aufgebaut und Partnerbehörden für neue Aufgaben befähigt. Bestehende Behördenleistungen werden von EasyGov 1.0 an EasyGov 2.0 angebunden, sodass sie den Unternehmen nahtlos zur Verfügung stehen. Zudem wird mindestens eine neue Behördenleistung auf der neuen Plattform umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Informatikprojekt Erneuerung Amtsblattportal: Go-Live

Die Erneuerung des Amtsblattportals hat die Modernisierung der digitalen Publikationsplattform für amtliche Meldungen zum Ziel. Über das Amtsblattportal werden digitale Amtsblätter auf allen föderalen Ebenen publiziert. Ziel ist die Ablösung des bestehenden Amtsblattportals durch das Amtsblattportal 2.0. Im 1. Quartal 2027 soll das Go-Live für das neue Amtsblattportal erfolgen.

Soll-Termin: 30.06.2027

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (BLW)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) (Agrarpolitik 2030+) (in Umsetzung der Mo. WAK-S 22.4251, Müller Leo 23.4212, de Montmollin 23.4515, Dettling 21.3896, Nicolet 21.4124, Guhl 19.3207, UREK-N 20.3010, Hegglin Peter 23.4028, Freymond 24.3068, Z'graggen 24.3973, WAK-S 24.4269 und Kaufmann 24.4586 sowie in Erfüllung der Po. de Montmollin 24.3281, Giacometti 22.4440, Bulliard 22.4168 und Schneider Meret 22.4556): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) sowie für das Bundesgesetz über die Plattform für den Datenaustausch in der Land- und Ernährungswirtschaft (PLEG) verabschieden. Die Agrarpolitik 2030+ soll die wesentlichen agrarpolitischen Rahmenbedingungen für acht Jahre auf Gesetzesstufe festlegen. Damit wird der Konzeptvorschlag im Bericht «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» vom 22. Juni 2022 konkretisiert (Mo. WAK-S 22.4251). In der Vorlage sollen die Anliegen weiterer überwiesener parlamentarischer Vorstösse aufgenommen werden. Die Agrarpolitik 2030+ steht unter dem Leitsatz «Mehr Handlungsspielräume, mehr Verantwortung – für die Ernährungssicherheit der Schweiz und eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft».

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft?» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 23.4074): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft?» in Erfüllung des Postulats Bourgeois 23.4074 gutheissen. Der Bericht wird relevante Daten zu Erträgen und Qualität im Pflanzenbau präsentieren und die Einflussfaktoren untersuchen, wobei der Fokus auf dem Pflanzenschutz liegt.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitale Transformation des BLW und des Schweizer Agrar- und Ernährungssektors: Unterzeichnung des Vertrags zwischen Bund und Kantonen

Im Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 19.3988, Jacques Bourgeois «Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes», wurde die Notwendigkeit für die Digitalisierung des Schweizer Agrar- und Ernährungssektors aufgezeigt. Dazu hat das BLW eine Digitalisierungsstrategie verfasst. Diese soll einen Beitrag für einen datenbasierten Agrar- und Ernährungssektor leisten. Die Umsetzung erfolgt mit dem Programm «Digitale Transformation des BLW und des Schweizer Agrar- und Ernährungssektors» im Zeitraum 2024 bis 2031.

Der Vertrag zwischen dem Bund und den Kantonen wird unterzeichnet und sieht die Einrichtung einer paritätischen Trägerschaft für die Steuerung des Datenübertragungsdienstes agridata.ch vor.

Soll-Termin: 31.12.2027

AGROSCOPE (AGROSCOPE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Absenkepfade - Unterstützung der Praxis: Erarbeitung von praxistauglichen Pflanzenschutzstrategien und Weiterentwicklung Prognosesysteme

Die Ziele der Absenkepfade "Nährstoffverluste" und "Pflanzenschutzmittel" sind prioritäre Herausforderungen der Landwirtschaft. Agroscope unterstützt die Praxis durch Wissensaustausch, die Entwicklung von Massnahmen, Verfahren, Technologien und ganzheitlichen Strategien.

Das Pflanzenschutz Prognose-System Agrometeo+ wird ab 2026 in einer strategischen Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz weiterentwickelt. Die neue Plattform wird 2027 von ausgewählten Akteuren aus Praxis und Beratung validiert. Mit den Zusatzmitteln für den angewandten Pflanzenschutz werden zehn Projekte zur Erarbeitung von praxistauglichen Strategien erarbeitet und in die Praxis überführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Klimaanpassung: Handlungsempfehlungen Trockenheit und Entscheidungshilfen zur Erhöhung der Wassernutzungseffizienz

Klimaveränderungen und extreme Wetterereignisse fordern eine Anpassung der Anbausysteme zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion. Neben der Züchtung und der Optimierung von Produktionssystemen ist die Bewässerung eine wichtige Massnahme, um Trockenheitslimitierungen für die Pflanzen auszugleichen und somit Ertrags- und Qualitätseinbussen zu verhindern.

Das Agroscope Forschungsprogramm 'Effiziente Wassernutzung' erarbeitet wissenschaftliche Entscheidungshilfen, um die Bewässerung unter Verwendung neuer Technologien effizienter zu steuern und zu automatisieren. Zusätzlich werden Alternativen zur Bewässerung erforscht, etwa trockenheitstolerante Sorten oder Methoden der Defizitbewässerung, die Pflanzen bewusst nur teilweise mit Wasser versorgen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Pflanzenzüchtung und Sortenprüfung: Projekte zur Verstärkung der Züchtung und Sortenprüfung sind etabliert

Geeignete, robuste Pflanzensorten sind eine zentrale Grundlage für eine nachhaltige Produktion. Im Zahlungsrahmen 2026-2029 hat das Parlament eine Verstärkung der Pflanzenzüchtung, Sortenprüfung und des Pflanzenschutzes bei Agroscope unterstützt. Das BLW und Agroscope haben 2025-2026 gemeinsam ein Projektportfolio mit kurz- und langfristiger Wirkung definiert.

Kurz- und mittelfristig wirkende Projekte der Sortenprüfung konnten 2026 initiiert werden. Die längerfristig ausgerichteten Züchtungsaktivitäten setzen Zusammenarbeiten mit geeigneten Partnern und den Zugang zu genetischen Ressourcen voraus, um die Synergien aus den Zusammenarbeiten für die Sortenentwicklung nutzbar machen. Beispiele für solche Projekte sind bei Aprikosen, Kartoffel (Sortenprüfung Krankheitsresistenz und Züchtung), Soja und Zwiebel zu finden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Transformation, Einkommen und soziale Nachhaltigkeit: Empfehlungen für wirtschaftliche Investitionen und sozial nachhaltige Hofübergaben

Die Wirtschaftlichkeit und Resilienz der Betriebe ist eine Grundvoraussetzung für ihre soziale Nachhaltigkeit. Dies gilt insbesondere auch im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungen und Investitionen in neue Infrastrukturen, unter Berücksichtigung variierender Preise und gegebener Kreditbedingungen.

Für Milchbetriebe werden Investitionen unter verschiedenen Preisszenarien simuliert, um die ökonomische Tragfähigkeit zu bewerten. Weiter wird der Einfluss ökonomischer, sozialer und struktureller Einflussfaktoren auf die Betriebe untersucht. Die Ergebnisse liefern Entscheidungsgrundlagen für Praxis, Beratung und Politik zur Bewertung der ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Soll-Termin: 31.12.2027

Umsetzung der Standortstrategie: Bereitstellung Infrastrukturen und Vorbereitung Umzüge 2028

Nach dem Entscheid des Bundesrats vom Mai 2020 zur Standortstrategie Agroscope erfolgt bis 2028 die Umsetzung. Grundlage für die ab 2022 laufende Verschiebung von Forschungsaktivitäten ist die bedarfsorientierte Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und deren Optimierung. Mit der Umsetzung der Standortstrategie werden Arbeitsplätze zwischen den Standorten verschoben. Die damit verbundenen Umzüge von Forschungsgruppen erfolgen primär in den Jahren 2026 und 2028.

Die Realisierung der Umzüge 2028 setzt die Bereitstellung der entsprechenden Infrastrukturen an den Standorten Posieux und Reckenholz voraus. Agroscope unterstützt das BBL in der Realisierung der entsprechenden Infrastrukturprojekte. Zudem erfolgen die notwendigen Vorarbeiten für die Inbetriebnahme und für die im Jahr 2028 geplanten Umzüge.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG (BWL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Energiekontingentierung (Digitalisierungsprogramm Hardi): Anbindung der IT-Applikation an die nationale Datenplattform

Mit der IT-Applikation Energiekontingentierung wird die Kontingentierung von Strom im Falle einer schweren Mangellage unterstützt. Insbesondere werden dabei die Kontingente aufgrund der gesetzlichen Vorgaben an die Verbraucher verfügt. Die Wirksamkeit soll überwacht und die Kontingenteinhaltung systematisch kontrolliert werden. Der Wirtschaft soll eine möglichst hohe Flexibilität bei der Handhabung der Kontingente ermöglicht werden, um die Einschränkungen durch die Kontingente minimal zu halten.
Anbindung der IT-Applikation Energiekontingentierung an die nationale Datenplattform.

Soll-Termin: 31.12.2027

Weiterentwicklung des Krisenmanagements WL: Schaffung der Grundlagen für ein Lagebild

Das Krisenmanagement der WL wird weiterentwickelt, um im Ernstfall rasch und effektiv auf Versorgungsengpässe reagieren zu können.
Identifikation und soweit möglich Klärung der Schnittstellen in der Krisenbewältigung zu Wirtschaft (Miliz und Branche) und Behörden sowie Schaffung einer Grundlage für ein Lagebild.

Soll-Termin: 31.12.2027

Strategie der wirtschaftlichen Landesversorgung: Kommunikation und Umsetzung

Nach der Definition der WL-Strategie steht das Jahr 2027 im Zeichen ihrer konsequenten Umsetzung, die in den Folgejahren weitergeführt wird. Im Einführungsjahr ist dabei naturgemäss mit einem erhöhten Umsetzungs- und Aufbauaufwand zu rechnen. Es ist vorgesehen, die Umsetzung der strategischen Massnahmen durch ein nachvollziehbares Massnahmencontrolling zu begleiten, das eine regelmässige Fortschrittskontrolle, transparente Berichterstattung sowie eine gezielte Steuerung der Zielerreichung unterstützt. Gleichzeitig soll die strategische Perspektive in den relevanten Prozessen und Entscheidungsstrukturen verankert werden. Dies schliesst bei Bedarf auch Kommunikationsmassnahmen ein, mit dem Ziel, die strategische Ausrichtung sowohl innerhalb der Organisation als auch gegenüber der Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar darzustellen.
Kommunikation und Umsetzung der 2026 erarbeiteten Strategie der wirtschaftlichen Landesversorgung.

Soll-Termin: 31.12.2027

Unternehmensarchitektur: Grundlagen für die Erstellung

Erstellung der BWL Unternehmensarchitektur

Die Grundlagen für die Erstellung einer nutzbringenden Unternehmensarchitektur (Sollprozess-, Daten- und Technologiearchitektur) sind erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Verordnungspaket zur Revision LVG: Vernehmlassungen durchgeführt

Vernehmlassungen durchführen und auswerten, damit Gesetz und Verordnungen in Kraft gesetzt werden können.

Die Vernehmlassungen sind durchgeführt und ausgewertet. Gesetz und Verordnungen können in Kraft gesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN (BWO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Volksinitiative «Ja zum Schutz vor missbräuchlichen Mieten (Mietpreis-Initiative)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Mietpreis-Initiative verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision der Wohnraumförderungsverordnung (WFV): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Änderung der Wohnraumförderungsverordnung (WFV) eröffnen. Nachdem das Wohnraumförderungsgesetz (WFG) geändert wurde, muss auch die entsprechende Verordnung überarbeitet werden. Bei vom Bund geförderten Wohnungen sind die Mietzinse nach den Kosten festzulegen. Ein neues Kostenmietmodell soll die Mietzinsgestaltung vereinfachen und für mehr Transparenz sorgen. Das neue Kostenmietmodell wird im Rahmen der Wohnraumförderungsverordnung umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Kriterien für Wohnprojekte von nationaler Bedeutung: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 einen Grundsatzentscheid bezüglich Kriterien für die rechtliche Definition des nationalen Interesses bei bedeutenden Wohnungsbauprojekten im Siedlungsgebiet fällen. Das Fehlen einer rechtsverbindlichen Definition von Kriterien kann bei Genehmigungsverfahren zu starken Verzögerungen führen und die Siedlungsentwicklung nach innen hemmen oder sogar verhindern.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Wohnungspolitik: Umsetzung der Massnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Zusammenarbeit mit Kantonen, Städten, Gemeinden und der Immobilienwirtschaft

Behandlung wohnungspolitischer Themen zur Unterstützung der Arbeit und Entscheidungsfindung von Bundesrat und Parlament

Unter der Leitung des Departementschefs WBF hat der Runde Tisch Wohnungsknappheit am 13. Februar 2024 einen Aktionsplan verabschiedet. Die darin enthaltenen und in der Kompetenz des BWO liegenden Massnahmen werden umgesetzt. Die 3. Umfrage unter den Stakeholdern wird zeigen, ob zusätzliche Massnahmen ergriffen werden müssen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Anpassung Mietzinsmodell: Beschluss Bundesrat

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 einen Bericht mit Grundlagenarbeiten zu einem neuen Mietzinsmodell zur Kenntnis nehmen. Nachdem eine Evaluationsstudie von IAZI gezeigt hat, dass das bisherige Mietzinsmodell in mehreren Punkten nicht mehr der heutigen Realität entspricht, sollen das geltende Mietzinsmodell und die Regeln für die Anpassung der Mietzinse zu überarbeitet werden. Gestützt auf die Empfehlungen aus dem Bericht beschliesst der Bundesrat die Anpassungen im Bereich des Mietrechts.

Soll-Termin: 31.12.2027

Situation des altersgerechten Wohnens in der Schweiz: Umsetzung Empfehlungen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 den Bericht zur Situation des altersgerechten Wohnens in der Schweiz genehmigen. Die Massnahme «Erarbeiten eines Berichts über altersgerechtes Wohnen in der Schweiz (mit Handlungsempfehlungen und best practices)» ist Teil des Aktionsplan Wohnungsknappheit und wurde in die Legislaturplanung 2023 2027 aufgenommen (Massnahme 118). Die Massnahme richtet sich auf die Sicherstellung von genügend preisgünstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum aus und schliesst die Förderung von altersgerechtem und hindernisfreiem Wohnraum ein. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass sich der Anteil der über 65jährigen in der Schweiz bis 2050 auf rund 25 Prozent erhöht. Die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt führt zu stagnierender Wohnmobilität bei Älteren und Fehlallokationen von Wohnraum. Der Bericht zeigt die aktuelle Situation im Wohnungsbestand auf und analysiert den zukünftigen Bedarf an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für ältere Menschen. Es werden Handlungsempfehlungen für Kantone, Gemeinden und privatwirtschaftliche Akteure sowie best practices vorgestellt.

Der Bundesrat beschliesst die Umsetzung der den Bund betreffenden Empfehlungen aus dem Bericht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Forschungsprogramm im Bereich Wohnungswesen für die Periode 2028 – 2031: Verabschiedung Forschungsprogramm für die Periode 2028 – 2031

Die Schwerpunkte der Forschungstätigkeit im Bereich Wohnungswesen sind in vierjährigen Forschungsprogrammen festgehalten. Die Programme greifen Entwicklungen auf, die einen staatlichen Handlungsbedarf notwendig machen könnten, erarbeiten und vermitteln praxisorientierte Grundlagen und unterstützen konkrete Ansätze zur Lösung bestehender Probleme.

Für die Periode 2028 – 2031 müssen die Schwerpunktthemen der Forschung im Bereich Wohnungswesen neu festgelegt werden. In Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen werden die Themen identifiziert und beschrieben. Das Programm wird auf Antrag des BWO und der Eidgenössischen Kommission für Wohnungswesen (EKW) vom Departementschef WBF verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENTST (ZIVI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Prüfung der Wiedereinführung der Gewissensprüfung als Zulassungsvoraussetzung zum Zivildienst» (in Erfüllung des Po. SiK-N 25.3010): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht zur Prüfung der Wiedereinführung der Gewissensprüfung als Zulassungsvoraussetzung zum Zivildienst gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems im Voranschlagsjahr: Vorbereitung Bundesratsantrag
Verordnungsänderung

Inkraftsetzung der Massnahmen zur Reduktion der Zulassungen zum Zivildienst

Umsetzung der Änderung des ZDG vom 26.09.2025 zur Reduktion der Zulassungen: Vorbereitung des Bundesratsantrags WBF zur Änderung der Zivildienstverordnung (ZDV) und Inkrafttreten spätestens per 01.07.2027.

Soll-Termin: 30.06.2027

Langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems: Mitarbeit zur Vorbereitung eines BRA des
VBS

Einführung der Sicherheitsdienstpflicht

Änderung der Bundesverfassung zur Umsetzung der gleichlautenden Motionen 25.3015 und 25.3420 (Federführung VBS): Mitarbeit an der Vorbereitung eines BRA VBS zur Eröffnung der Vernehmlassung vor Ende 2027.

Soll-Termin: 31.12.2027

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE (SAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Peer Evaluation durch die EA (European co-operation for Accreditation): Durchführung und Auflagenerfüllung

Die SAS wird periodisch mittels Peer Evaluation geprüft. Die Vorgaben sind in der Norm ISO/IEC 17011: 2017 «Konformitätsbewertung – Anforderungen an Akkreditierungsstellen, die Konformitätsbewertungsstellen akkreditieren» sowie in den Vorgaben der EA festgehalten. Die Prüfung findet statt und die daraus formulierten Auflagen werden erfüllt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Integration der SAS in das SECO: Abschluss

Voraussichtlich bis Ende 2026, aber spätestens bis Ende 2027 wird die SAS als eigener Leistungsbereich sowie als neue Leistungsgruppe (LG6) in das SECO integriert. Die SAS ist Teil des SECO.

Soll-Termin: 31.12.2027

Studie «Wert der Qualitätsinfrastruktur in der Schweiz»: Abschluss

Beauftragung und Begleitung einer Studie, die den Wert der Qualitätsinfrastruktur ermitteln soll. Der Auftrag wird zusammen mit dem Eidg. Institut für Metrologie (METAS) und der Schweiz. Normenvereinigung (SNV) durchgeführt.

Der ermittelte Wert und die weiteren Ergebnisse werden in der Kommunikation zur Qualitätsinfrastruktur und deren Weiterentwicklung eingesetzt.

Soll-Termin: 01.06.2027

STAATSSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION (SBFI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Beteiligung der Schweiz an den Massnahmen der EU im Bereich Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2028–2034: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Finanzierungsbotschaft für eine Beteiligung der Schweiz an den Nachfolgeprogrammen von «Horizon Europe», Euratom-Programm, ITER, dem «Digital Europe Programme» sowie «Erasmus+» und gegebenenfalls weiteren relevanten Programmen und Initiativen verabschieden. Damit wird er die finanziellen Mittel beantragen, die für eine Assoziierung an den entsprechenden Programmen von 2028–2034 erforderlich sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2029-2032 (BFI-Botschaft): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2029-2032 eröffnen. In der BFI-Botschaft zieht er Bilanz über die laufende Förderperiode und legt seine Förderpolitik sowie die für die Umsetzung benötigten Mittel für die nächste Förderperiode fest. Mit der BFI-Botschaft 2029-2032 wird der Bundesrat dem Parlament Finanzierungsbeschlüsse in den Bereichen Berufsbildung, Weiterbildung, Hochschulen (ETH-Bereich, kantonale Hochschulen und Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung) sowie Forschungs- und Innovationsförderung unterbreiten.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verordnung über die Raumfahrt: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer Verordnung über die Raumfahrt eröffnen. Die Raumfahrtverordnung enthält Vorschriften zur Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Raumfahrt (RFG).

Soll-Termin: 31.12.2027

Sachplan CERN: Objektblatt FCC: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Objektblatt zum Projekt Future Circular Collider (FCC) des Sachplans für die Bau- und Anlageprojekte des CERN verabschieden. Das Objektblatt des Sachplans dient in erster Linie dazu, Projekte oder Infrastrukturen von nationaler Bedeutung in der Raumplanung genau zu beschreiben und zu regeln. Mit der Verabschiedung des Sachplanblatts FCC durch den Bundesrat, wie von der Raumplanungsverordnung (Art. 21) vorgesehen, kann dieses seine Wirkung entfalten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «BFI-Botschaft: Berücksichtigung der neuen Herausforderungen im internationalen Wettbewerb um Wissenschaft und Technologie» (in Erfüllung des Po. WBK-N 25.3535): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «BFI-Botschaft: Berücksichtigung der neuen Herausforderungen im internationalen Wettbewerb um Wissenschaft und Technologie» in Erfüllung des Postulats WBK-N 25.3535 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, wie die wissenschaftlichen und technologischen Herausforderungen in den Bereichen Wissenserwerb, Wissensnutzung und Förderung des Know-hows in der Schweiz besser in der BFI-Botschaft berücksichtigt werden können.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Finanzierung von Innovationen und Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. WBK-S 25.3427): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Finanzierung von Innovationen und Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats WBK-S 25.3427 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, ob die Schweiz die Kontrolle über die zukunftsweisenden Innovationen verliert und wie die Rahmenbedingungen für verstärkte Investitionen in die Wachstumsphase von Startups verbessert werden können.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Positionierung der Schweiz als führender Standort für Quantencomputing und Innovation» (in Erfüllung des Po. Christ 24.4511): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Positionierung der Schweiz als führender Standort für Quantencomputing und Innovation» in Erfüllung des Postulats Christ 24.4511 gutheissen. Der Bericht soll eine systematische Übersicht zu den laufenden Aktivitäten in Bezug auf wirtschaftliche und technologische Chancen durch den Einsatz von Quantencomputern enthalten.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Nationales Bildungsmonitoring auf der Sekundarstufe II» (in Erfüllung des Po. Brizzi 24.4426): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Nationales Bildungsmonitoring auf der Sekundarstufe II» in Erfüllung des Postulats Brizzi 24.4426 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Instrumente zur Überprüfung der Kompetenzen und der Erreichung der Bildungsziele auf der Sekundarstufe II bereits vorhanden sind und welche Instrumente für das nationale Bildungsmonitoring auf der Sekundarstufe II implementiert werden könnten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Numerus clausus. Schluss mit dem Ausschluss von Medizinstudierenden aufgrund anderer Kriterien als Kompetenzen und Qualität» (in Erfüllung der Mo. Roduit 23.3293): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Motion Roduit 23.3293 genehmigen. Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Bereich der universitären medizinischen Aus- und Weiterbildung in Absprache mit den Kantonen Massnahmen zu ergreifen, sodass die Zulassung von Studierenden hauptsächlich auf Kompetenz- und Qualitätskriterien beruht.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht zur Umsetzung der Weltraumpolitik 2023: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht über die Umsetzung der Weltraumpolitik 2023 zur Kenntnis nehmen. Nebst der Kenntnisnahme der Umsetzung wird er gegebenenfalls das weitere Vorgehen bestimmen. Mit der Weltraumpolitik 2023 hat der Bundesrat sein Engagement für die Raumfahrt bekräftigt und die Ausrichtung des Bundes in seinen weltraumrelevanten Aktivitäten festgelegt. Damit hat er im Weltraumbereich eine koordinierte und in den internationalen Kontext eingebettete Politik formuliert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Nationale Strategie für Weiterbildung und Berufsbildung sowie Nachholbildung um den Einstieg beziehungsweise die Rückkehr ins Arbeitsleben zu fördern: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die «Nationale Strategie für Weiterbildung und Berufsbildung sowie Nachholbildung um den Einstieg bzw. die Rückkehr ins Arbeitsleben zu fördern» verabschieden. Die Strategie soll aufzeigen, wie Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt Rahmenbedingungen schaffen, damit Erwachsene sich aus- und weiterbilden sowie Potenziale für die Sicherstellung des inländischen Fachkräftebedarfs bestmöglich ausgeschöpft werden können.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Kohärenzsteigerung bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen: Genehmigung / Gutheissung

Das Projekt beabsichtigt die Aufhebung von Art. 69b Abs. 2 der Verordnung über die Berufsbildung (BBV), wodurch eine bessere Kohärenz bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen (reglementierter Beruf = Anerkennung, nicht reglementierter Beruf = Niveaubestätigung) erreicht werden soll.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Aufhebung von Art. 69b Abs. 2 der Verordnung über die Berufsbildung (BBV) gutheissen. Damit soll bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen eine bessere Kohärenz erreicht werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beitragsreglement der Akademien der Wissenschaften Schweiz: Genehmigung / Gutheissung

Das Beitragsreglement der Akademien der Wissenschaften Schweiz a+ und ihrer Mitglieder regelt die Gewährung von Beiträgen an Dritte im Rahmen ihrer Forschungsförderung. Es dient als Rahmenreglement, nach welchem sich die untergeordneten Reglemente der Mitgliedinstitutionen ausrichten und muss gem. Art. 9 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) durch den Bundesrat genehmigt werden.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Beitragsreglement der Akademien der Wissenschaften Schweiz a+ und ihrer Mitglieder genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2027

INFORMATION SERVICE CENTER WBF (ISCECO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Migration des Standarddienstes Geschäftsverwaltung Bund (SD GEVER) in den Rechenzentren-Verbund: Erstellung eines Konzeptes für die Migration des SD GEVER aus der Atlantica in die Swiss Government Cloud

Die Infrastruktur für GEVER Bund wird in den Rechenzentren-Verbund migriert.

Mit der Swiss Government Cloud (SGC) soll im BIT eine neue, auf die Anforderungen und Bedürfnisse des Bundes zugeschnittene Cloud-Infrastruktur aufgebaut werden. Die Realisierung des Vorhabens ist für die Jahre 2025 bis 2032 angesetzt. Voraussetzung für die Migration von SD GEVER aus der Atlantica-Cloud in die SGC ist ein Konzept bzw. Machbarkeitsstudie.

Soll-Termin: 31.12.2027

Erweiterung Generischer Aussonderungsservice (GASS): Erweiterung des GASS des SD GEVER in Zusammenarbeit mit einer Verwaltungseinheit zur Anbindung und Aussonderung von Informationen aus einer Fachanwendung

Der Service GASS ist ein Generischer Aussonderungsservice für Organisationen und Systeme der Bundesverwaltung, welche Dokumente an das Bundesarchiv (BAR) zur Langzeitarchivierung abliefern wollen.

Ziel ist es mit Hilfe einer Schnittstelle (Adapter) eine Fachanwendung anzubinden und Daten direkt über GASS an das Bundesarchiv (BAR) auszusondern (Archivierung), erfolgt der Nachweis durch das BAR können die Daten in der Fachanwendung gelöscht werden. Damit soll verhindert werden, dass die Archivierung von Daten über den indirekten Weg von der Fachanwendung in GEVER erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Migration der Fachanwendungen WBF in den Rechenzentren-Verbund: Portieren der restlichen circa fünfunddreissig Fachanwendungen aus den bestehenden abzulösenden (legacy) Netzwerkzonen (BV-Netz/ Shared Service Zone SSZ) in die neuen Zonen des RZ Verbunds gemäss DRB-Beschluss sowie freigegebenen und finanzierten Projektauftrag

Die WBF-Fachanwendungen werden mit dem Projekt in den Rechenzentren-Verbund migriert, in Betrieb genommen.

Zusammen mit den Ämtern werden die Migrationen aus dem Bundesverwaltungsnetz (BVN) und der Shared Service Zone (SSZ) geplant und durchgeführt. Nach Terminabstimmung mit den Ämtern werden erste Fachanwendungen in die neue Server Zone Bund (SZB) migriert. Nach erfolgreicher Migration werden die Rückbau-Arbeiten in den alten Netzen gestartet bzw. durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Migration der Fachanwendungen WBF in den Rechenzentren-Verbund: Ausarbeitung und Aktivierung des Betriebsmodells und -organisation des WBF für die Cloud-Nutzung sowie Bereitstellung von Ressourcen für die Ausführung der neuen Aufgaben

Die Verantwortung und Rollen zwischen allen Partnern sind definiert. Die Referenzarchitektur WBF, die nötigen Betriebstools und Dienste sind definiert und abgenommen. Die Support- und Verrechnungsprozesse für den Betrieb von Anwendungen in der Public Cloud sind definiert. Die Umsetzung ist geplant, realisiert und auditiert. Es ist geplant im Jahr 2027 eine Pilot-Anwendung in Betrieb zunehmen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Digitalisierungspartner WBF: Einführung der Marktleistung «Erstellung von Studien (HERMES)» für die Verwaltungseinheiten des WBF; Beauftragung mindestens einer Studie

Das ISCeco festigt seine Rolle als Digitalisierungspartner, indem es die digitale Transformation im WBF unterstützt.

Jedes Amt benötigt für ein neues Projekt eine Studie. In der Vergangenheit wurde dies oft Extern vergeben. Ziel ist es, diese Aktivitäten zu bündeln und die einheitliche Qualität sicherzustellen. Zusätzlich sollen sich Synergien ergeben aufgrund der Bündelung beim ISCeco.

Soll-Termin: 31.12.2027

UVEK

GENERALSEKRETARIAT UVEK (GS-UVEK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verkehrsträgerübergreifende Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der künftigen Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45) verabschieden. Ziel ist eine gezielte, koordinierte Weiterentwicklung von Schiene, Strasse und Agglomerationsverkehr, um den Mobilitätsbedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft nachzukommen. Im Rahmen dieser Botschaft wird der Bundesrat Verpflichtungskredite für die Ausbauschritte 2027 der Nationalstrassen und der Eisenbahninfrastruktur sowie für Beiträge an Massnahmen im Programm Agglomerationsverkehr ab 2028 beantragen. Zudem beantragt der Bundesrat mit dieser Botschaft den Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2028–2031 für Betrieb, Unterhalt und Anpassung der Nationalstrassen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Service E-Government UVEK (eGov.Swiss): Releases Plattformen Amtsservices u. Weiterentwicklung

Bereitstellen von Grundlagen und Services für die Digitalisierung von Fachprozessen der UVEK-Ämter sowie mit der Markttöffnung von eGov.Swiss auch für Ämter des EDI, WBF und voraussichtlich auch für das VBS und EJPD. Im ersten Quartal 2027 wird die Portalstrategie Bund dem Bundesrat vorgestellt, diese wird voraussichtlich Einfluss auf die weitere Tätigkeit des Service E-Government UVEK nehmen. Wesentliche Komponenten sind ein gemeinsames Portal (für Bürger, Unternehmen), eine Geschäftspartnerverwaltung, ein Case-Management und diverse Schnittstellen zu Bundesservices oder weiteren Applikationen. Das Erschliessen von Synergien unter den Fachapplikationen/Ämter spielt dabei eine wichtige Rolle. Weiterentwicklung und Wartung der Plattform und des gemeinsamen Portals werden im Rahmen von zwei bis drei grösseren Releases pro Jahr gewährleistet, wobei technisch bei Bedarf jetzt monatliche Releases möglich sind. Dabei werden neue Funktionalitäten und Services entwickelt, aber auch bestehende technische Komponenten und Infrastruktur up to date gehalten sowie die Security-Anforderungen überprüft und getestet. Darüber hinaus werden technologische und wirtschaftliche Optimierungen aus der Studie 2026 (Audit 2025) umgesetzt, um die Konkurrenzfähigkeit weiter zu steigern. Die Markttöffnung für Verwaltungseinheiten ausserhalb des Departements wird in Abstimmung mit der Portalstrategie Bund voraussichtlich weitergeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR VERKEHR (BAV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verkehrsträgerübergreifende Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45) verabschieden. Ziel ist eine gezielte, koordinierte Weiterentwicklung von Schiene, Strasse und Agglomerationsverkehr, um den Mobilitätsbedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft nachzukommen. Im Rahmen dieser Botschaft wird der Bundesrat Verpflichtungskredite für die Ausbauschritte 2027 der Nationalstrassen und der Eisenbahninfrastruktur sowie für Beiträge an Massnahmen im Programm Agglomerationsverkehr ab 2028 beantragen. Zudem beantragt der Bundesrat mit dieser Botschaft den Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2028–2031 für Betrieb, Unterhalt und Anpassung der Nationalstrassen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2029–2032: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2029–2032 verabschieden. Beim RPV handelt es sich um den Verkehr innerhalb einer Region, einschliesslich der Groberschliessung von Ortschaften, sowie dem Personenverkehr zwischen benachbarten, auch ausländischen, Regionen. Der Bund beteiligt sich an der Bestellung und Finanzierung des RPV, sofern dieser eine Erschliessungsfunktion hat.

Soll-Termin: 31.12.2027

Finanzierung des Betriebs, des Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur in den Jahren 2029–2032 (Zahlungsrahmen LV 2029–2032): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Finanzierung des Betriebs, des Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur in den Jahren 2029–2032 eröffnen. Nebst dem Ausbau des Eisenbahnnetzes finanziert der Bund auch Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur. Dafür schliesst er mit den Infrastrukturbetreiberinnen Leistungsvereinbarungen (LV) ab. Mit dieser Vorlage soll der entsprechende Zahlungsrahmen 2029–2032 festgelegt werden. Betrieb und Substanzerhalt werden analog zum Ausbau mittels Entnahmen aus dem Bahninfrastrukturfonds finanziert. Dabei haben die Mittel vorrangig den Bedarf für den Betrieb und den Substanzerhalt sicherzustellen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) und Verordnung zum Mobilitätsdateninfrastrukturgesetz (MODIV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 das Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) in Kraft setzen und die Verordnung über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIV) verabschieden. Damit werden die gesetzlichen Vorgaben unter anderem zu den Anforderungen an Daten und Dienste, zur Ausrichtung von Finanzhilfen beim Anschluss an die Mobilitätsdateninfrastruktur und zur Umsetzung des Datenschutzes konkretisiert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Verordnungsanpassungen zum Paket Schweiz-EU (Bilaterale III), Teil Landverkehr: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung für die Verordnungsanpassungen zum Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) im Teil Landverkehr eröffnen. Der Anpassungsbedarf ergibt sich aus dem Verhandlungsergebnis und den relevanten Gesetzesänderungen. Enthalten sind zudem diverse kleinere Verordnungsanpassungen zur punktuellen Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes (BSG) (in Erfüllung der Mo. Grüter 22.3907): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 – in Umsetzung der Motion Grüter 22.3907 – die Vernehmlassung für die notwendigen Anpassungen des Bundesgesetzes über die Binnenschiffahrt (BSG) eröffnen. Dies betrifft die Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in ein Informationssystem für die Verkehrszulassung. Die Anpassungen der Rechtsgrundlagen werden die Digitalisierung der Administration von Schiffsführenden und Schiffen ermöglichen, die interkantonale Zusammenarbeit verbessern sowie die Sicherheit auf Schweizer Gewässern auf hohem Niveau erhalten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Totalrevision der Binnenschiffahrtsverordnung (BSV): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Totalrevision der Binnenschiffahrtsverordnung (BSV) eröffnen. Mit der Revision sollen neue internationale Vorschriften berücksichtigt und verschiedene Bestimmungen klarer formuliert werden. Im Fokus steht unter anderem der Umgang mit innovativen Wassersportgeräten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die revidierte Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) gutheissen. Die Revision folgt auf die Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes und beinhaltet insbesondere die Unterstellung von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen unter die Schwerverkehrsabgabe.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Stand der Umsetzung des Seilbahngesetzes» (in Erfüllung des Po. KVF-N 24.3468): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats «Stand der Umsetzung des Seilbahngesetzes» KVF-N 24.3468 gutheissen. Der Bericht wird insbesondere die Umsetzung der Pflicht der Eigentümerinnen und Eigentümer von Seilbahnanlagen, definitiv stillgelegte Anlagen zurückzubauen, auf Bundesebene und kantonaler Ebene prüfen. Der Bundesrat wird - falls notwendig - verschiedene Massnahmen zur Finanzierung des Rückbaus dieser Anlagen präsentieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur» (in Erfüllung der Po. Würth 23.3703 und Farinelli 25.3080):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Postulate Würth 23.3703 (Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur) und Farinelli 25.3080 (Investitionskosten und Vorschriften. Ist wirklich alles notwendig?) gutheissen. Im Zuge der Erarbeitung des Berichts werden die Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit der Regelwerke überprüft und analysiert, welche finanziellen Entlastungen zu Gunsten des BIF mit einer Aufhebung oder einer Anpassung bestimmter Regelwerke und Normen erzielt werden können.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht vom November 2027 über die Verlagerung des Verkehrs Juli 2025 bis Juni 2027:
Genehmigung / Gutheissung

Alle zwei Jahre informiert der Bundesrat das Parlament über den Stand der Verlagerung. Der Verlagerungsbericht beurteilt die Wirksamkeit der Massnahmen und enthält die Ziele und Schwerpunkte für die nächste Zwischenperiode und das dazugehörige Vorgehen.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht über die Verlagerung des Güterverkehrs gutheissen. Er wird darin u.a. Bericht erstatten zum Stand der Umsetzung diverser parlamentarischer Vorstösse im Bereich der Verlagerungspolitik (Mo. 20.3003, 22.3000, 24.3389, 24.3390).

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT (BAZL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL) Serie 22: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Anpassung des bestehenden Objektblattes Bern Belp sowie das neue Objektblatt für Tavanasa verabschieden. Bei der Anpassung des Objektblatts Bern Belp geht es um die Aufnahme des im Flugplatz-Perimeters geplanten Solarparks. Für den bereits bestehenden Heliport Tavanasa wird erstmalig ein Objektblatt erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Verordnungspaket zur Umsetzung der Änderung des Luftfahrtgesetzes (LFG) (in Umsetzung der Mo. Candinas 18.3700, KVF-N 21.3020, Ettlín 21.3095 und KVF-N 21.3458): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Änderung des Luftfahrtgesetzes (LFG) in Kraft setzen und auf den gleichen Zeitpunkt die damit verbundenen Anpassungen in mehreren Verordnungen gutheissen. Die Teilrevision des LFG dient der Umsetzung von vier Motionen (Mo. Candinas 18.3700, Mo. KVF-N 21.3020, Mo. Ettlín 21.3095 und Mo. KVF-N 21.3458) sowie aktuellem gesetzgeberischem Regelungsbedarf. Das damit zusammenhängende Verordnungspaket beinhaltet Änderungen der Luftfahrtverordnung (LFV), der Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL), der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (VFSD), der Verordnung über die Sicherheitsuntersuchung von Zwischenfällen im Verkehrswesen (VSZV) sowie der Militärluftfahrtverordnung (MLFV).

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Dekarbonisierung Luftfahrt: Vorliegen der Ergebnisse aus Vollzug Beimischpflicht und Förderprogramm «Luftfahrt und Klima»

Das CO₂-Gesetz enthält die Massnahmen, welche gemäss dem Bericht «CO₂-neutrales Fliegen bis 2050» zur Erfüllung der Klimaziele in der Schweizer Luftfahrt notwendig sind.

Das BAZL prüft 2027 erstmals die Erfüllung der seit 01.01.2026 geltenden Beimischpflicht für erneuerbare Flugtreibstoffe in der Schweiz und stellt harmonisiert mit der EU entsprechende Auswertungen zur Verfügung. Zudem liegen erste Ergebnisse des Förderprogramms Luftfahrt und Klima vor (neue Spezialfinanzierung BAZL), das seinen Betrieb ebenfalls am 01.01.2026 aufgenommen hat.

Soll-Termin: 31.12.2027

Digitalisierung Sicherheitsaufsicht Luftfahrt: Umsetzung von Data Collection Systems (DCS) Releases

Das BAZL ist dabei, verschiedene Prozesse im Bereich der Aufsicht zu digitalisieren: die Umsetzung einer Luftfahrt Datensammlungsschnittstelle (Projekt DCS); die Aufsichtsprozesse im Bereich Lizenzierung (Projekt dLIS) und der Informationsfluss bei der Sicherheitsaufsicht über die Betriebe und Organisationen (Projekt dORG).

Die DCS Releases 4.2 (Airports), 5 (Routes) und 6 (Airspace) sind umgesetzt (Go live)

Soll-Termin: 31.12.2027

Digitalisierung Sicherheitsaufsicht Luftfahrt: Abschluss Entwicklungsphase beim digitalen Lizenzensystem (Projekt dLIS)

Alle Module von dLIS sind operationell im Einsatz. Es folgt der laufende Betrieb inkl. Wartung und Weiterentwicklung der Applikation.

Soll-Termin: 30.06.2027

Digitalisierung Sicherheitsaufsicht Luftfahrt: Beschaffung und Installation EMPIC Web Client im Rahmen der Digitalisierung der Organisationsaufsicht (Projekt dORG)

Mit der Beschaffung von EMPIC Web Client wird ein Portal für den Internet-Zugriff für die beaufsichtigten Unternehmen etabliert. Das erste Modul ist operativ eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Modernisierung und Digitalisierung Luftraum: Publikation der Anpassungen in der Verordnung des UVEK über die Verkehrsregeln für Luftfahrzeuge (VRV-L) zur Schaffung einer elektronischen Sichtbarkeitspflicht für die Luftraumteilnehmenden

Das BAZL implementiert ein Gesamtsystem, in dem alle Flugzeuge elektronisch erkennbar sind und miteinander kommunizieren können. Darüber hinaus flexibilisiert das BAZL unter Einbezug der Schweizer Militärflugfahrtbehörde, der Luftwaffe und Skyguide Luft-räume für zivilen bzw. militärischen Luftverkehr. Ebenfalls wird der Luftraum rund um den Flughafen Genf angepasst an aktuelle Luftverkehrsbedürfnisse. Die Vernehmlassung wurde 2025 durchgeführt, die VRV-L wird 2027 finalisiert und publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Luftfahrtpolitischer Bericht: Durchführung öffentliche Vernehmlassung

Der luftfahrtpolitische Bericht aus dem Jahr 2016 wird überarbeitet und soll 2028 vom Bundesrat verabschiedet werden.

Die öffentliche Vernehmlassung wird 2027 durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Integration Unbemannter Luftfahrzeuge mittels U-Space: Erste Beurteilung der Nutzung des U-Space in Zürich anhand der Betriebsdaten

Mit der Integration unbemannter Luftfahrzeuge (UAS) mittels U-Space-System soll ein sicherer, koordinierter und einheitlicher Drohnenbetrieb im Schweizer Luftraum ermöglicht werden, der auf einem geeigneten organisatorischen, technischen und regulatorischen Rahmen beruht.

Im Jahr 2027 werden erstmals Betriebsdaten zum U-Space in Zürich vorliegen, die eine Beurteilung der Funktionsfähigkeit des Systems und der Effizienz der angebotenen Dienste erlauben. Dabei soll untersucht werden, inwieweit der U-Space zu einer sicheren und koordinierten Integration unbemannter Luftfahrzeuge in den Luftraum beiträgt und ob Anpassungen am U-Space in Zürich erforderlich sind.

Soll-Termin: 31.12.2027

Betriebsreglement 2014/2017 des Flughafens Zürich: Erstellung der Verfügung

Der Bundesrat genehmigte im September 2025 das revidierte SIL-Objektblatt für den Flughafen Zürich. Gestützt darauf reichte die Flughafen Zürich AG (FZAG) beim Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL Unterlagen zur Änderung des Betriebsreglements ein.

Das durch die FZAG beantragte Betriebsreglement 2014/2017 wurde vom BAZL bis Mitte Februar 2026 öffentlich aufgelegt. Die Kantone können bis April 2026 dazu Stellung nehmen. Die Einsprachen und Stellungnahmen werden 2026 ausgewertet; die Verfügung zum Betriebsreglement soll bis Mitte 2027 erfolgen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Integration der Informationssicherheit in Zertifizierung- und Aufsichtstätigkeiten: Abschluss des Projekts Umsetzung Part-IS

Das Projekt stellt sicher, dass die neuen Informationssicherheitsregulierungen im Rahmen der existierenden Zertifizierungs- und Aufsichtsaktivitäten berücksichtigt werden. Unter anderem werden bestehende Prozesse angepasst und neue entwickelt, Inspektoren geschult, Organisationen sensibilisiert und eine spezifische Fachstelle aufgebaut.

Das Projekt kann erfolgreich abgeschlossen werden, wenn alle betroffenen Inspektoren geschult, neue und adaptierte Prozesse getestet und eingeführt sind, die Fachstelle personell angemessen ausgestattet ist und die Luftfahrtorganisationen ausreichend über die Vorgaben orientiert sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

BUNDESAMT FÜR ENERGIE (BFE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Energiegesetzes (EnG) (in Umsetzung der Mo. Grossen Jürg 23.3936): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Änderung des Energiegesetzes (EnG) verabschieden. Fehlende Ladeinfrastruktur ist einer der häufigsten Gründe, warum Fahrzeuglenkerinnen und -lenker kein Elektrofahrzeug anschaffen. Mit der Annahme der Motion Grossen Jürg 23.3936 «Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum» wurde der Bundesrat beauftragt, den Zugang zu Ladeinfrastruktur für Elektroautos im Mietverhältnis und im Stockwerkeigentum sicherzustellen. Grundeigentümer und -eigentümerinnen von Wohnliegenschaften sollen künftig auf Antrag dazu verpflichtet sein, die Grundinstallation zum Laden elektrischer Fahrzeuge zu erstellen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (BATE) und der zugehörigen Verordnung (VATE): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (BATE) und der zugehörigen Verordnung (VATE) beschliessen. Für den Strom- und Gasmarkt sollen in der Schweiz künftig strengere Regeln in Bezug auf Energiegrosshandelsgeschäfte gelten. Mit dem BATE wird ein dem EU-System weitgehend gleichwertiges System in der Schweiz geschaffen. Das BATE verpflichtet die Marktteilnehmer, der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) Angaben über ihre Transaktionen und Handelsaufträge zu übermitteln. Zudem enthält es ein Verbot von Insiderhandel und Marktmanipulation. Es dient dazu, mehr Transparenz zu schaffen, die Aufsicht zu stärken und das Vertrauen in die Integrität dieser Märkte zu festigen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) (Stromreserve): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Inkraftsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (Stromreserve) sowie der entsprechenden Verordnungsrevisionen beschliessen. Zur Absicherung der Stromversorgung in ausserordentlichen Situationen und zur Verhinderung einer Energiemangellage setzt die Schweiz auf eine gesetzlich verankerte Stromreserve. Diese besteht aus einer Wasserkraftreserve, einer thermischen Reserve bestehend aus Reservekraftwerken, Notstromgruppen und Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen (WKK-Anlagen) sowie einer Verbrauchsreserve.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) (Anhang 2 Speicherwasserkraftprojekte): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) eröffnen. Er hat den gesetzlichen Auftrag, die Liste der Speicherwasserkraftprojekte in Anhang 2 regelmässig zu überprüfen und der Bundesversammlung bei Bedarf sowie bei Nichtrealisierung von aufgeführten Projekten Ergänzungen der Liste zu beantragen. Die 16 Speicherwasserkraftprojekte mit übergeordnetem nationalem Interesse sollten bis 2040 die Winterstromversorgung stärken und insgesamt 2 Terawattstunden (TWh) zusätzliche saisonale Speicherproduktion ermöglichen. Da die angestrebte saisonale Winterspeicherproduktion voraussichtlich nicht erreicht wird, wird der Bundesrat eine Anpassung der Projektliste in die Vernehmlassung schicken.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Wasserrechtsgesetzes (WRG) (Wasserzins): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu einer Revision des Wasserrechtsgesetzes (WRG) eröffnen. Der Wasserzins ist eine öffentliche Abgabe für das Recht, ein öffentliches Gewässer an einem bestimmten Standort exklusiv zur Erzeugung von elektrischer Energie zu nutzen. Im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben sind die Kantone frei, den bei ihnen geltenden Wasserzins festzulegen. Das bundesrechtliche Wasserzinsmaximum ist in Artikel 49 WRG bis Ende 2030 geregelt und beinhaltet den Auftrag an den Bundesrat, der Bundesversammlung rechtzeitig eine neue Regelung vorzuschlagen. Mit der Revision soll das Wasserzinsmaximum für die Zeit ab dem 1. Januar 2031 festgelegt werden.

Soll-Termin: 30.06.2027

Änderung der Energieverordnung (EnV): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 eine Änderung der Energieverordnung (EnV) gutheissen. Die Änderung ist zur Neukonzipierung der Förderung im Gebäudebereich in Zusammenhang mit dem Entlastungspaket 2027 des Bundesrats erforderlich.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verordnungsänderungen zur Umsetzung des Stromabkommens mit der EU: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Vernehmlassung zu Verordnungsänderungen eröffnen. Mit diesen Ausführungsbestimmungen soll die inländische Umsetzung des Stromabkommens der Schweiz mit der EU auf Verordnungsstufe erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Energieeffizienzstrategie: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Energieeffizienzstrategie verabschieden. Diese Strategie wird den Energieverbrauch und die Effizienzpotenziale in verschiedenen Sektoren abschätzen und die bestehenden energiepolitischen Instrumente sowie allfällige Änderungen beleuchten. Mit der Verabschiedung der Energieeffizienzstrategie soll auch das Postulat Fivaz Fabien 24.4679 «Stellt der Stromverbrauch der künstlichen Intelligenz eine Gefahr für die Energiestrategie 2050 dar?» erfüllt werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Mehr Energieunabhängigkeit durch weniger Energieverschwendung. Energieeffizienzpotenzial ausschöpfen» (in Erfüllung der Mo. Christ 22.3336): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Mehr Energieunabhängigkeit durch weniger Energieverschwendung. Energieeffizienzpotenzial ausschöpfen» gutheissen. EnergieSchweiz, das Programm des Bundesrats zur Unterstützung der freiwilligen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien, soll dahingehend angepasst werden, dass das Energieeffizienzpotenzial in hohem Masse ausgeschöpft werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Potenzial der Speichertechnologien ausschöpfen» (in Erfüllung des Po. Mitte-Fraktion 22.3131): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Potenzial der Speichertechnologien ausschöpfen» gutheissen. Der Bericht wird u.a. die ersten Ergebnisse aus dem Runden Tisch zum Thema Energiespeicherung enthalten, den der Bundesrat im Rahmen der Verabschiedung der Wasserstoffstrategie in Auftrag gegeben hat. Am Runden Tisch nehmen die Energiebranche, die Kantone und die Städte teil.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Welche Rolle spielt die Energiespeicherung in der Schweiz?» (in Erfüllung des Po. Roduit 24.4563): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht «Welche Rolle spielt die Energiespeicherung in der Schweiz?» gutheissen. Der Bericht wird die gesamte Thematik der Energiespeicherung, inklusive Wärme, Strom und chemische Energieträger unter Einbezug der Sektorkopplung behandeln.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht zu den Ergebnissen des Runden Tisches Speicher und zum Aktionsplan (in Erfüllung der Mo. UREK-N 25.3943): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung der Motion UREK-N 25.3943 "Umfassende Speicherstrategie und Aktionsplan" gutheissen. Der Bericht wird über die Ergebnisse des Runden Tisches zum Thema Energiespeicherung informieren, den der Bundesrat im Rahmen der Verabschiedung der Wasserstoffstrategie in Auftrag gegeben hat. Am Runden Tisch nehmen die Energiebranche, die Kantone und die Städte teil.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Roadmap Versorgungssicherheit» (in Erfüllung des Po. Grünliberale Fraktion 22.3708): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Roadmap Versorgungssicherheit» in Erfüllung des Postulats der Grünliberalen Fraktion 22.3708 gutheissen. Mit dem Postulat wurde der Bundesrat aufgefordert, eine Roadmap vorzulegen, wie die Stromversorgungssicherheit der Schweiz kurz-, mittel- und langfristig garantiert werden kann. Die Roadmap soll aufzeigen, welche Technologien für Produktion, Effizienz und Konsumreduktion in welchem Zeithorizont zur Verfügung stehen, wie gross das jeweilige Potenzial ist und was dies voraussichtlich kosten wird.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision des CO₂-Gesetzes (Fahrzeuge 2030): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Revision des CO₂-Gesetzes im Bereich Fahrzeuge verabschieden. Die EU hat angekündigt, im Rahmen des sogenannten Automobilpakets ihre CO₂-Emissionsvorschriften für Neufahrzeuge anpassen zu wollen. Die Änderungen werden teilweise die Zeit ab dem 1. Januar 2030 betreffen. Die Totalrevision des CO₂-Gesetzes der Schweiz wird erst nach diesem Zeitpunkt in Kraft treten. Mit der Revision des CO₂-Gesetzes (Fahrzeuge 2030) sollen im CO₂-Gesetz deshalb die Vorschriften der EU nachvollzogen werden, soweit sie die Zeit ab 2030 betreffen.

Soll-Termin: 30.06.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Rahmenbewilligungsverfahren geologisches Tiefenlager: Veröffentlichung Sicherheitsgutachten und Einholen der Stellungnahmen der Fachbehörden Bund/Kantone zu Gesuchen und Gutachten

Das Bundesamt für Energie (BFE) leitet das Sachplanverfahren geologische Tiefenlager sowie die Rahmenbewilligungsverfahren für das geologische Tiefenlager und die Brennelementverpackungsanlage. Im ersten Halbjahr 2027 werden zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt anlässlich der Veröffentlichung der Gutachten des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) (inkl. der Stellungnahme der Nuclear Energy Agency (NEA)) sowie der Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) zu den Gesuchen. Aufforderung der Fachbehörden des Bundes (namentlich Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und Bundesamt für Umwelt (BAFU)) sowie aller Kantone zur Stellungnahme zu den Gesuchen und Gutachten nach Art. 43 des Kernenergiegesetzes (KEG).

Soll-Termin: 30.06.2027

Energieperspektiven 2060: Publikation der Ergebnisse

Die Energieperspektiven werden aktualisiert. Der Fokus der Energieperspektiven 2060 liegt auf der Fragestellung, wie der steigende Strombedarf aufgrund der Dekarbonisierung des Energiesystems insbesondere im Winter künftig gedeckt werden kann. Dies wird anhand verschiedener Szenarien untersucht. Die Szenarien unterscheiden sich unter anderem bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Stromproduktion, des Langzeitbetriebs bestehender Kernkraftwerke sowie des Baus neuer Kernkraftwerke. Neben der Entwicklung des gesamten Energiesystems bis 2060 werden auch die Auswirkungen des Umbaus des Energiesystems auf die gesamte Volkswirtschaft untersucht. Das Projekt startet im Herbst 2025 und wird Ende 2027 mit der Publikation der Ergebnisse abgeschlossen. Eine breit abgestützte, verwaltungsexterne Begleitgruppe begleitet die Arbeiten.

Im zweiten Halbjahr 2027 werden die Ergebnisse der Energieperspektiven 2060 publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision der Verordnung des UVEK über die Festlegungen zur Angabe des Energieverbrauchs und weiterer Eigenschaften von Personenwagen, Lieferwagen und leichten Sattelschleppern (VEE-PLS) (Energieetikette für Fahrzeuge): Inkraftsetzung der Verordnung

Mit dieser Verordnungsrevision erfolgt die jährliche Anpassung der Parameter für die Energieetikette von Personenwagen.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Inkraftsetzung der Verordnungsrevision für die Energieetikette von Personenwagen beschliessen. Die Revision wird jeweils per Anfang Juli 2027 kommuniziert und vom UVEK per 1. Januar 2028 in Kraft gesetzt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Branche genügend Zeit hat, die notwendigen Anpassungen vorzubereiten.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR STRASSEN (ASTRA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verkehrsträgerübergreifende Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45) verabschieden. Ziel ist eine gezielte, koordinierte Weiterentwicklung von Schiene, Strasse und Agglomerationsverkehr, um den Mobilitätsbedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft nachzukommen. Im Rahmen dieser Botschaft wird der Bundesrat Verpflichtungskredite für die Ausbauschritte 2027 der Nationalstrassen und der Eisenbahninfrastruktur sowie für Beiträge an Massnahmen im Programm Agglomerationsverkehr ab 2028 beantragen. Zudem beantragt der Bundesrat mit dieser Botschaft den Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2028–2031 für Betrieb, Unterhalt und Anpassung der Nationalstrassen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Verstösse gegen das Strassengesetz bleibt für viele Touristen ohne Kostenfolge» (in Erfüllung des Po. Zybach 24.4504): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht "Verstösse gegen das Strassengesetz bleibt für viele Touristen ohne Kostenfolge" (in Erfüllung des Po. Zybach 24.4504) gutheissen. Der Bericht analysiert einerseits die Sachverhaltsebene und nimmt andererseits eine Prüfung des aktuellen Rechtsrahmens sowie der Praxis im Bereich der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen vor. Neben allfälligem Anpassungsbedarf in diesen Bereichen soll im Bericht geprüft werden, ob weitere rechtliche Möglichkeiten zum Inkasso der Verkehrsbussen von Personen mit Wohnsitz im Ausland bestehen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Schweizer Kontrollschilder sicherer machen» (in Erfüllung des Po. Salzmann 25.4047): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Schweizer Kontrollschilder sicherer machen» (in Erfüllung des Po. Salzmann 25.4047) gutheissen. Der Bericht wird mit verschiedenen Varianten aufzeigen, wie Schweizer Kontrollschilder fälschungssicherer gemacht werden können. Zudem wird er Handlungsempfehlungen zu entsprechenden technischen Massnahmen formulieren. Der Bericht soll eine nationale Diskussionsgrundlage zur Gegenwart und Zukunft der Schweizer Kontrollschilder schaffen und den Dialog betreffend Fälschungssicherheit mit den Nachbarländern und mit der Europäischen Union (EU) vorbereiten bzw. eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) gutheissen. In das VTS-Revisionspaket fliesst die Weiterentwicklung der internationalen technischen Vorschriften für Fahrzeuge sowie diverse Bedürfnisse aus Wirtschaft und Kantonen ein. Anpassungen an internationale fahrzeugtechnische Vorschriften dienen der Harmonisierung der schweizerischen mit den EU- und UN-Regelungen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt. Auch dienen diese der Verbesserung der Verkehrssicherheit. Weiter wird mit dem Abbau von technischen Handelshemmnissen dem Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG) entsprochen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse, Ausgabe 2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Gesamtrevision des Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse (SIN) mit weiteren 55 aktualisierten Objektblättern fortführen und die Ausgabe 2027 verabschieden. Bei der Nationalstrassenplanung dienen die Sachplan-Objektblätter des SIN der räumlichen Abstimmung der Infrastrukturvorhaben des Bundes; überdies werden sie für die Plangenehmigung benötigt. Dies erfolgt basierend auf dem im Jahr 2026 verabschiedeten Konzeptteil, der Fortschreibung des Strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) Nationalstrasse im Rahmen von Verkehr '45 und dem zwischenzeitlichen Projektfortschritt von Vorhaben, die vom STEP nicht erfasst sind.

Soll-Termin: 30.06.2027

Bericht «Neue technologische Möglichkeiten für das Verkehrsmanagement nutzbar machen» (in Erfüllung des Po. Würth 25.3548): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht «Neue technologische Möglichkeiten für das Verkehrsmanagement nutzbar machen» (in Erfüllung des Po. Würth 25.3548) gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welche potenziellen technologischen Möglichkeiten heute für die Steuerung, Lenkung, Leitung und Information des Verkehrs bestehen und unter welchen Voraussetzungen sie in der Praxis angewendet werden könnten.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Anpassung der Fahrausbildung zum Erwerb der Motorrad-Unterkategorie A1: Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens durch den Bundesrat

Der Bundesrat hat das Mindestalter zum Führen von Motorrädern der 125er-Klasse (Unterkategorie A1) auf Januar 2021 hin von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Zwischen 2021 und 2024 hat sich die Zahl der mit einem Motorrad der Kategorie A1 getöteten oder schwerverletzten 16- und 17-Jährigen im Vergleich zu 2017-2020 von durchschnittlich 55 auf durchschnittlich 138 mehr als verdoppelt. Mit einer Anpassung der Fahrausbildung soll das Unfallgeschehen reduziert werden. Mögliche Handlungsfelder sind der Zeitpunkt, der Inhalt oder die Dauer der bestehenden praktischen Grundschulung für Motorrad-Fahrschüler (PGS), neue Ausbildungen sowie das Mindestalter.

Bis Ende 2027 soll der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt haben.

Soll-Termin: 31.12.2027

4. EU-Führerscheinrichtlinie: Verabschiedung der Verordnungsanpassung durch den Bundesrat

Am 25. November 2025 ist die 4. EU-Führerscheinrichtlinie in Kraft getreten. Inhalte, die auch für die Schweiz sinnvoll sind, sollen zur Übernahme ins schweizerische Recht vorgeschlagen werden (z.B. Erhöhung der Gewichtsgrenze bei der Führerausweiskategorie B für das Führen von Wohnmotorwagen und Einsatzfahrzeugen).

Bis Ende 2027 soll der Bundesrat die Revision der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Beitrag der Nationalstrasse zum Klimapaket Bundesverwaltung: Produktion von 17 GWh Solarstrom und Optimierungen in der Tunnelbeleuchtung

Im Rahmen des Klimapakets der Bundesverwaltung ist das ASTRA bestrebt, den Energieverbrauch der Nationalstrasseninfrastruktur weiter zu optimieren, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dieser besteht aus dem Strombedarf der Nationalstrassen-Infrastruktur und dem Wärmebedarf für den Betrieb der Werkhöfe.

Das ASTRA treibt den Ausbau der Photovoltaikanlagen für die Erhöhung der Eigenproduktion voran, rüstet alle Tunnel auf LED-Leuchten um, saniert die Werkhöfe und die Stützpunkte, und ersetzt Öl- und Gasheizungen. Der Ausbau soll weiter vorangebracht werden, auch wenn die Fortschritte langsamer als geplant verlaufen, so dass der Solarstromproduktion bis Ende 2027 auf mindestens 17 GWh erhöht werden kann. Zusätzlich wird die Umrüstung der Beleuchtung auf LED weiter vorangebracht werden, so dass insgesamt bis zu ca. 7.5 GWh an Fremdstromverbrauch eingespart werden können.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bau von Schnellladestationen für E-LKW entlang der Nationalstrassen: Begleitung der Projektplanung von Dritten

Mit einem Projektauftrag für den Bau von Schnellladestationen für E-LKW will das ASTRA die Elektromobilität im schweren Güterverkehr fördern. Zu diesem Zweck stellt es Flächen auf Rastplätze und SVKZ im Perimeter der Nationalstrassen Dritten zur Verfügung.

Nach erfolgtem Projektauftrag inkl. Zuschlagserteilung und Unterzeichnung der Reservationsvereinbarungen im 2026 schafft das ASTRA die Voraussetzungen und begleitet die Planungsarbeiten von Dritten, dass die SLS für E-LKW realisiert und damit ein initiales Schnellladenetz entlang der Nationalstrassen aufgebaut werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION (BAKOM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) verabschieden. Mit dem Gesetz werden die Rechte der Nutzenden gestärkt, die Transparenz von Kommunikationsplattformen verbessert und Meldeverfahren bei Hassrede eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Fernmeldegesetzes (FMG) – Schwerpunkt «Sicherheit»: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Fernmeldegesetzes (FMG) zur Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen beschliessen. Schwerpunkt dieser Teilrevision bildet die Sicherheit kritischer Infrastrukturen. Es sollen unter anderem Bestimmungen geschaffen werden, die es ermöglichen, bei Eintreten eines geopolitischen Risikos Massnahmen zur Gewährleistung der Fernmeldeinfrastruktur in der Schweiz zu ergreifen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Postgesetzes (PG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Änderung des Postgesetzes (PG) verabschieden. Die Vorlage bezweckt, die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten in der Schweiz zu modernisieren. Die Grundversorgung soll an die veränderten Bedürfnisse von Bevölkerung und Unternehmen angepasst werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Evaluation der Fernmeldegesetzgebung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den zweiten Evaluationsbericht zum Fernmeldegesetz (FMG) genehmigen. Ziel des Evaluationsberichts ist es aufzuzeigen, wie sich der Telekommunikationsmarkt in den letzten drei Jahren entwickelt hat, ob Marktversagen festzustellen ist und ob gegebenenfalls Massnahmen dagegen zu ergreifen sind.

Soll-Termin: 31.12.2027

Änderung des Postorganisationsgesetzes (POG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Änderung des Postorganisationsgesetzes (POG) verabschieden. Mit der Vorlage soll der Tätigkeitsbereich der Post mittels Anpassung des Zweckartikels präzisiert und ein Verfahren zur Überprüfung der Zweckkonformität wirtschaftlich relevanter Beteiligungserwerbe eingeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Teilrevision der Verordnungen im Fernmeldebereich zur Erhöhung der Netzsicherheit und zum Schutz vor Cyberbedrohungen: Verabschiedung

Sichere und verfügbare Fernmeldeinfrastrukturen bilden eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Vorlage bezweckt strengere Sicherheitsvorgaben für Geräte, Anlagen und Software und einen besseren Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Cyberbedrohungen.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr die Teilrevision der Verordnungen im Fernmeldebereich verabschieden. Mit der Teilrevision soll die Sicherheit der Fernmeldenetze sowie der Schutz von Cyberbedrohungen erhöht werden.

Soll-Termin: 31.12.2027

Konzession SRG 2029+: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat konkretisiert den Leistungsauftrag der SRG in einer Konzession, die periodisch neu erteilt wird. Er wird den Auftrag der SRG präzisieren und verstärkt auf Information, Bildung und Kultur sowie auf die neuen Nutzungsgewohnheiten des Publikums ausrichten. Das Online-Angebot soll stärker auf Audio- und Videoinhalte ausgerichtet werden.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr die Vernehmlassung zur Konzession für die SRG ab 2029 eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2027

World Radio Conference (WRC-27): Erfüllung der Zielvorgaben des Bundesrates

An der WRC-27, die im letzten Quartal 2027 in China stattfinden wird, werden namentlich weitere Frequenzen für neue Mobilfunksysteme (6G), für die Satellitenkommunikation sowie für die Klimaüberwachung und Wetterprognosen harmonisiert und festgelegt.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 das Verhandlungsmandat für die World Radio Conference 2027 verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2027

KI-Gipfel in Genf: Durchführung

Mit der Organisation eines KI-Gipfels in Genf will die Schweiz einen Beitrag zur internationalen KI-Governance leisten, Genf als multidisziplinäres Kooperationszentrum stärken und sich als innovativen KI-Standort präsentieren.

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wird gemeinsam mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im ersten Halbjahr einen KI-Gipfel in Genf durchführen.

Soll-Termin: 30.06.2027

BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Hochseeschutzabkommen (Übereinkommen im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zum Hochseeschutzabkommen verabschieden. Ziel des Hochseeschutzabkommens ist die gegenwärtige und langfristige Sicherstellung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere in Gebieten ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse. Die Vorlage zur Ratifikation und Umsetzung des Hochseeschutzabkommens umfasst einen Bundesbeschluss und ein neues Bundesgesetz.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Jagdgesetzes (JSG) (in Umsetzung der Mo. Friedli Esther 25.3715 und Broulis 25.3549): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Revision des Jagdgesetzes verabschieden. Die Regulation von Wölfen soll auch in Jagdbanngebieten möglich werden und der Umgang mit sogenannten Problemwölfen, die in Rudeln leben oder sich in deren Streifgebieten aufhalten, soll flexibler gestaltet werden. Die Revision setzt die Aufträge der Motionen Friedli Esther 25.3715 und Broulis 25.3549 um.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Waldgesetzes (WaG) (in Umsetzung der Mo. Würth 24.3983): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 über das weitere Vorgehen betreffend eine Revision des Waldgesetzes entscheiden. Ziel der Revision ist die Umsetzung des Auftrags der Motion Würth 24.3983 «Mehr Flexibilität beim Rodungsersatz». Der Rodungsersatz soll qualitativ neben den bestehenden Massnahmen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutz auch durch Aufwertungsmassnahmen der bestehenden Waldfläche erfolgen können.

Soll-Termin: 30.06.2027

Internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 über das weitere Vorgehen betreffend die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung entscheiden. Die Schweiz will ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Übereinkommen und der Biodiversitätskonvention erfüllen und einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der kollektiven Finanzziele im Bereich Klima und Biodiversität leisten.

Soll-Termin: 30.06.2027

Revision des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) (Klimapolitik nach 2030): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zu einer Revision des CO₂-Gesetzes verabschieden. Die Revision umfasst die Klimapolitik 2031 bis 2040. Gemäss Artikel 11 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) muss der Bundesrat der Bundesversammlung rechtzeitig Anträge zur Umsetzung der Ziele für die Periode 2025 bis 2030, die Periode 2031 bis 2040 und die Periode 2041 bis 2050 unterbreiten.

Soll-Termin: 31.12.2027

Rahmengesetz zu CCS/NET (Ausbau von CO₂-Entnahme und -Speicherung): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zum CCS/NET-Rahmengesetz verabschieden. Im neuen CCS/NET-Rahmengesetz werden harmonisierte Regelungen für die Planung und den Ausbau von CO₂-Pipelines und CO₂-Untergroundspeichern sowie Regelungen zur Verbesserung der Investitionssicherheit und zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bewilligungsverfahren festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2027

Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien, insbesondere PFAS: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien, insbesondere PFAS, verabschieden. Mit dem Aktionsplan sollen die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen gestärkt und die Arbeiten gebündelt werden. Zudem verfolgt der Aktionsplan das Ziel, die Öffentlichkeit besser über PFAS zu informieren.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Evaluation des Jagdgesetzes und des Verteidigungsabschlusses als mögliche Ergänzung» (in Erfüllung des Po. UREK-N 25.3027): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats UREK-N 25.3027 «Evaluation des Jagdgesetzes und des Verteidigungsabschlusses als mögliche Ergänzung» gutheissen. Das Postulat fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht die Erfahrungen mit dem neuen Jagdgesetz zu evaluieren und zu prüfen, ob weitere Anpassungen oder Präzisierungen nötig sind. Insbesondere soll geprüft werden, wie der bürokratische Aufwand weiter reduziert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen» (in Erfüllung des Po. Z'graggen 23.3676): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Z'graggen 23.3676 «Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht, wie die Biodiversität der Schweiz mit freiwilligen Vereinbarungen, Verträgen oder einem Memorandum of Understanding zwischen den 26 Kantonen, dem Bund und allenfalls weiteren Akteuren massgeblich verbessert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Quantifizierung der Kosten des Wolfsmanagements» (in Erfüllung des Po. Farinelli 24.4300): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Farinelli 24.4300 «Quantifizierung der Kosten des Wolfsmanagements» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht, über die Gesamtkosten des nationalen Konzepts zum Wolfsmanagement auf Bundes- und Kantonsebene. Der Bericht soll zudem die künftigen Kosten abschätzen und mögliche Massnahmen zur Kostenoptimierung aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Naturgefahren. Kriterien für eine differenzierte Nutzung von Gefahrengebieten» (in Erfüllung des Po. Wandfluh 25.3489): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Wandfluh 25.3489 «Naturgefahren. Kriterien für eine differenzierte Nutzung von Gefahrengebieten» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht, welche Kriterien durch die Kantone angewendet werden können, um eine differenzierte Nutzung von Gefahrengebieten zu ermöglichen. Dargelegt werden soll auch ein allfälliger Anpassungsbedarf der rechtlichen Grundlagen auf Ebene Bund.

Soll-Termin: 30.06.2027

Strategie «Wassermanagement – Trockenperioden, Starkniederschläge, Qualität der Wasserversorgung, Schutz der Wasserlebensräume»: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Strategie «Wassermanagement – Trockenperioden, Starkniederschläge, Qualität der Wasserversorgung, Schutz der Wasserlebensräume» verabschieden. Die Strategie bezieht die relevanten Sektoralpolitiken mit ein und wird allenfalls notwendige rechtliche Anpassungen für die Zielerreichung aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Überprüfung und allfällige Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für eine rasche Katastrophenhilfe des Bundes» (in Erfüllung des Po. FDP-liberale Fraktion 25.3669): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats FDP-liberale Fraktion 25.3669 «Überprüfung und allfällige Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für eine rasche Katastrophenhilfe des Bundes» gutheissen. Das Postulat fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht aufzuzeigen, welche gesetzlichen Regelungen für die zeitnahe Unterstützung einer inländischen Katastrophenhilfe vorhanden sind bzw. fehlen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Biodiversität, Umsetzung: AP Biodiversität, Phase II

Umsetzung der vom Bundesrat 2024 verabschiedeten zweiten Phase des Aktionsplans zur Strategie Biodiversität Schweiz. Der Aktionsplan II adressiert mit vorerst 15 Massnahmen bestehende Lücken, um insbesondere die Wirksamkeit der Programmvereinbarungen und Sektoralpolitiken zu verstärken.

Soll-Termin: 31.12.2027

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG (ARE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verkehrsträgerübergreifende Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2027 die Botschaft zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse (Verkehr '45) verabschieden. Ziel ist eine gezielte, koordinierte Weiterentwicklung von Schiene, Strasse und Agglomerationsverkehr, um den Mobilitätsbedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft nachzukommen. Im Rahmen dieser Botschaft wird der Bundesrat Verpflichtungskredite für die Ausbauschritte 2027 der Nationalstrassen und der Eisenbahninfrastruktur sowie für Beiträge an Massnahmen im Programm Agglomerationsverkehr ab 2028 beantragen. Zudem beantragt der Bundesrat mit dieser Botschaft den Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2028–2031 für Betrieb, Unterhalt und Anpassung der Nationalstrassen.

Soll-Termin: 30.06.2027

Verfahrensbeschleunigung im Bereich des Planungs- und Baurechts: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 die Botschaft zur Verfahrensbeschleunigung in der Raumplanung verabschieden. Ziel der Vorlage ist die Umsetzung von Massnahmen zur Beschleunigung der Planungs-, Baubewilligungs- und Rechtsmittelverfahren im Bereich der Raumplanung und des Baurechts sowie zur Vermeidung von rechtsmissbräuchlichen Einsprachen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Umsetzungsbericht 2024-2027 zur Agglomerationspolitik und zur Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete 2024-2031: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Umsetzungsbericht 2024-2027 zur Kenntnis nehmen. Darin wird über den Stand der Umsetzung der sechs Massnahmen des Aktionsplans zur Agglomerationspolitik und zur Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete 2024-2027 informiert und aufgezeigt, wie die raumrelevanten Sektoralpolitiken zu einer kohärenten Raumentwicklung beitragen.

Soll-Termin: 31.12.2027

Bericht «Erschliessung von Raumreserven über Gleisfeldern an Zentrumsanlagen» (in Erfüllung des Po. Dittli 25.2707): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2027 den Bericht in Erfüllung des Postulats Dittli 25.2707 gutheissen. Darin wird aufgezeigt, welche organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen es bräuchte, um die im Postulat geforderte Mehrfachnutzung der städtischen Gleisfelder zu erreichen.

Soll-Termin: 31.12.2027

PROJEKTE UND VORHABEN

Anpassung Sachplan Verkehr, Teil Programm, aufgrund der Botschaft zur Bewältigung der künftigen Mobilitätsbedürfnisse: Verkehr '45: Eröffnung der Anhörung

Gegenstand dieser Sachplananpassung werden jene Anpassungen bilden, die mit der Botschaft zum Verkehr '45 im Zusammenhang stehen. Im Vordergrund wird dabei die gesamtverkehrliche Koordination der Vorhaben auf der Ost-West Achse stehen.

Das UVEK wird die Anhörung zur Anpassung des Sachplans Verkehr, Teil Programm, im zweiten Halbjahr 2027 eröffnen. Die betroffenen Kantone erhalten so die Gelegenheit sich zu den vorgesehenen Anpassungen zu äussern. Da es sich dabei um die Änderung eines strategischen Teils eines Sachplans handelt, muss der Bundesrat die Bundesversammlung über die vorgesehene Anpassung informieren und der zuständigen Kommission den Entwurf gegebenenfalls zur Konsultation unterbreiten (Art. 19a RPV). Die inhaltlichen Eckwerte der Sachplananpassung lassen sich erst nach Bekanntsein des Inhalts der Botschaft zum Verkehr '45 bestimmen.

Soll-Termin: 31.12.2027

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE (SUST)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ersatz Datenbank zur Erfassung und Auswertung von Ereignis- und Untersuchungsdaten (EMAS):

Basisversion mit vollständiger Erfüllung aller Grundanforderungen operativ einsetzbar

Für das Management des Untersuchungsprozesses auf den Stufen Untersuchungs-, Bereichsleiter und Leiter Untersuchungsdienst müssen entlang des Prozesses Daten erfasst und ausgewertet werden können. Die SUST verfügt zu diesem Zweck über eine Datenbank (EMAS 1.0). Diese muss aus technischen, insbesondere IT Security-Anforderungen, aber auch aus beschaffungsrechtlichen Gründen ersetzt werden. In einem ersten Schritt wurde die Beschaffung gemäss den Anforderungen der WTO durchgeführt und im Frühling 2025 mit der Entwicklung von EMAS 2.0 begonnen. In den Jahren 2026 bis 2027 soll die Datenbank implementiert werden. Abschliessend sollen in den Jahren 2028 und 2029 Optimierungen umgesetzt werden, welche insbesondere die Bewirtschaftung im Vergleich zu heute einfacher und effizienter machen.

2026 wird die Datenbank EMAS 2.0 in einer Grundversion («Minimum Viable Product») lauffähig sein, welche insbesondere alle aktuellen IT Security-Anforderungen des Bundes erfüllt. Nach der Migration der Daten aus der «alten» Datenbank EMAS 1.0 kann Ende 2026 EMAS 1.0 ausser Dienst gestellt werden. Im Jahr 2027 werden bekannte funktionale Unzulänglichkeiten behoben und die an die aktuellen gesetzlichen Grundlagen angepassten Abläufe abgebildet. Im Sommer 2027 soll die Datenbank EMAS 2.0 in ihrer Basisversion funktionell sein. In den Jahren 2028 und 2029 werden Verbesserungen realisiert, beispielsweise durch die Implementierung von Schnittstellen zu Umsystemen (z.B. GEVER).

Soll-Termin: 01.07.2027

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR (REGINFRA)

PROJEKTE UND VORHABEN

ComCom: Eröffnung und Durchführung der Vergabe von Mobilfunkfrequenzen, Aufsicht über die Mobilfunk- und Grundversorgungskonzessionen

Im Jahr 2027 wird die ComCom zur Neuvergabe der Ende 2028 auslaufenden Mobilfunkfrequenzen eine Ausschreibung eröffnen und das Vergabeverfahren durchführen. Die ComCom wird zusammen mit dem BAKOM die Einhaltung der Grundversorgungs- und Mobilfunkkonzessionen beaufsichtigen.

Soll-Termin: 31.12.2027

EICom: Aufsicht unter Berücksichtigung der neuen Gesetzgebung (insb. BATE sowie Vorbereitungsarbeiten Stromabkommen)

Die Marktaufsicht der EICom erfolgt unter dem neuen Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (BATE). Dazu muss das Regulierungskonzept der EICom zur Marktaufsicht inkl. der IT-Infrastruktur wesentlich ausgebaut und angepasst werden. Weiter werden die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Stromabkommens initiiert. Insbesondere sind dabei Vorbereitungen im Zusammenhang mit dem Market Coupling erwähnenswert, welches nach allfälliger Annahme in der Volksabstimmung zeitnah umgesetzt werden müsste. Ebenfalls läuft die Tarifaufsicht inklusive Datenerhebung Kosten und Tarife unter Berücksichtigung der erweiterten und neuen Gesetzgebung (insb. Mantelerlass) weiter. Die Vorbereitung präventiver Massnahmen zur Sicherstellung der Netz- und Versorgungssicherheit (inkl. Aufsicht Cyber) werden ebenso weitergeführt. Sachverhalt und Handlungsbedarf betreffend Versorgungssicherheit und internationale Fragen sind zuhanden der Politik aufbereitet. Internationale Verträge zur Regelung des Verbundbetriebs sind angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2027

PostCom: Überprüfung der Laufzeiten für Einzelbriefe und -pakete auf Grundlage der revidierten Verordnung vom 29. August 2012 (Stand 1. April 2026)

Zur Sicherstellung einer landesweit guten Qualität der Grundversorgung werden Vorgaben zur Einhaltung der zwei vorgegebenen Beförderungsgeschwindigkeiten (Laufzeiten) der inländischen Briefe und Pakete nach Art. 29 Abs. 1 Bst. a VPG gemacht. Die Post hat diese beiden Laufzeitvorgaben jährlich schweizweit in jeweils mindestens 90 Prozent der Fälle einzuhalten.

Soll-Termin: 15.06.2027

RailCom: Überprüfung eines für den diskriminierungsfreien Netzzugang relevanten Themas (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) im Rahmen der begleitenden Aufsicht. Festlegen des Handlungsbedarfs, um allfällige Diskriminierungspotenziale zu reduzieren

Analyse, Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen betreffend die relevanten Aspekte (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2027

UBI: Überprüfung UBI-Organisation

Die Arbeitslast der Kommission und des Sekretariats ist in den letzten Jahren aufgrund einer grösseren Anzahl von Beschwerden und durch eine vom Bundesgericht statuierte neue Zuständigkeit signifikant gestiegen. Die bestehende Organisation und das Geschäftsreglement müssen einer vertieften Analyse unterzogen werden, damit die UBI die ihr übertragenen Aufgaben weiterhin effizient erfüllen kann. Dies setzt insbesondere auch eine Klärung der Rechtsnatur voraus, da bei einem Gericht Anpassungen im Geschäftsreglement einschneidenden Restriktionen unterliegen. Ferner muss bis Ende 2027 ein neuer Präsident/eine neue Präsidentin gefunden und gewählt sein (Amtszeitbeschränkung). Bis Ende Oktober 2027 sollte die UBI wieder konsolidiert sein.

Soll-Termin: 31.12.2027

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch